NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Juli 1981 | Einzelpreis 4.– DM | XXI. Jahrgang | D 3476 EX

7/81

Dem Rotstift wirkungsvoll begegnen

In Bonn hat der Rotstift seine Herrschaft angetreten. Keine, oft unter großen Opfern von den Gewerkschaften erkämpfte soziale Errungenschaft ist mehr sicher. Das angeblich so eng geknüpfte soziale Netz hat große Löcher bekommen. Es ist dabei, sich gänzlich aufzulösen. Und das dicke Ende soll noch kommen: spätestens mit dem Haushalt 1982.

Da wird von der SPD/FDP-Regierungskoalition, übrigens in Koalition mit der CDU/CSU, laut darüber nachgedacht und in Geheimgesprächen handfeste Tatsachen geschaffen, was alles auf sozialem Gebiet gestrichen werden kann. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte ist ebenso im Gespräch wie die Kürzung des Kindergeldes, wo es gleich mehrere Varianten gibt. Angeblicher Mißbrauch einiger weniger, den es ohne Zweifel gibt und immer geben wird, muß dafür herhalten, um Leistungen bei den Arbeitslosen abzubauen. Im Gespräch ist u. a. die Senkung des Arbeitslosengeldes von bisher 68 auf 60 Prozent des Nettoverdienstes. Darüber hinaus sollen die Sperrzeiten verlängert werden. Auch die Rentner, die im Bundestag ebenso wie die Arbeiter und Angestellten keine Lobby haben, sollen durch einen Krankenversicherungsbeitrag zur Kasse gebeten werden. Und noch Schlimmeres droht. Bundesfinanzminister Matthöfer plädiert für die Einsetzung einer Kommission, die weitere Vorschläge zur Besteuerung der Renten erarbeiten soll. War es bei Regierungsantritt erklärtes Ziel der SPD, mehr Arbeiterkindern den Zugang zum Studium zu ermöglichen, so wurde auch dieser Grundsatz über den Haufen geworfen. Zwei Tage vor Redaktionsschluß beschloß der Bundestag, die Anpassung des Bafög um sechs Monate hinauszuschieben und den Kreis der Berechtigten zu reduzieren. Und wo die Regierung, unterstützt von der CDU/CSU, so kräftig dabei ist, dürfen natürlich die Unternehmer nicht fehlen. Rigoros erhöhen sie nicht nur die Preise, sondern wollen gar, wie es kürzlich der Bundesverband Junger Unternehmer forderte, die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall um 20 Prozent beschneiden. Apropos Preissteigerungen: Hier zieht die Regierung – wie auf vielen anderen Gebieten auch – nicht nur kräftig mit den Unternehmern am gleichen Strang, sondern eilt ihnen noch weit voraus, wie es die bereits zum zweiten Male in diesem Jahr verordnete Fahrpreiserhöhung bei der Bundesbahn beweist. Sie wurde mit Recht vom GdED-Vorsitzenden Ernst Haar als „eine unzumutbare Belastung für die Arbeitnehmer" bezeichnet. Gar um 30 Prozent sollen die Portogebühren erhöht werden. Mit all diesen Maßnahmen und Streichungen wird versucht, das riesige Loch zu stopfen das durch die von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnte Hochrüstung entstanden ist.

Gegen eine solche Politik der Kanonen statt Butter setzen sich immer mehr Menschen, darunter auch zahlreiche gewerkschaftliche Gremien, zur Wehr. Auch der DGB-Bundesausschuß hat erklärt, daß er „sich kompromißlos" gegen alle Maßnahmen wenden werde, die die soziale Sicherheit beeinträchtigen. So weit, so gut. Verbale Erklärungen allein, und seien sie noch so zahlreich, helfen wenig. Christian Götz von der HBV schlug kürzlich die Entwicklung einer neuen Volksbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau vor, in der die Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen müßten.

G. M.

Bewegung gegen NATO-Beschluß mit einer Lawine zu vergleichen 2

Kommende Auseinandersetzungen schon jetzt gründlich vorbereiten 4

ÖTV Hessen: Mit Tarifrunde 1981 können wir „nicht zufrieden" sein 6

Preissteigerung auf jedem Gebiet: Ein Ende ist nicht abzusehen 8

Rotstiftpolitik der Regierung gegen Lehrer und Schüler gerichtet

Interview mit Kurt Veith, Vorsitzender der AjLE in der GEW 10

Christian Götz (HBV): Allparteien-Koalition plant Rundschlag zum Sozialabbau

Beschlüsse der 10. DGB-Frauenkonferenz 13–20

Der erste Eindruck trog: Kommunistenhatz geht weiter 21

DGB-Richtlinie für Funktionäre stößt immer mehr auf Kritik 22

HBV-Delegierte unterstützen Protestmarsch für Abrüstung 23

Auf dem 19. Kirchentag in Hamburg: Frieden das meistgebrauchte Wort 25

Dritte Etappe des Sozialabbaus: „Katalog der Grausamkeiten" 26

Fünfeinhalb Jahre Gefängnis für Singen der Internationale 28

Rebhahns Solidarnosc-Aktivitäten 30

Bewegung gegen NATO-Beschluß mit einer Lawine zu vergleichen

Sie ist mit einer Lawine zu vergleichen: die Bewegung gegen den NATO-Beschluß zur Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern auf dem Boden der Bundesrepublik. Lange vor dem gesetzten Zeitpunkt sind die 1 Million Unterschriften unter den Krefelder Appell gesammelt. Es mehren sich die Zustimmungen von Gewerkschaftern unter den von Sozialdemokraten initiierten Bielefelder Aufruf. Die Friedensbewegung ist nicht aufzuhalten. Auch nicht mit Rücktrittsforderungen des Bundeskanzlers und wiederholten Versuchen führender Gewerkschaftsfunktionäre, beispielsweise den Krefelder Appell ins kommunistische Abseits zu stellen.

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, auf die vielfältigen Erklärungen, Beschlüsse und Aktionen einzugehen, die in den letzten Wochen gegen die lebensbedrohende atomare Hochrüstungspolitik zu verzeichnen sind. So bleibt vorbehalten, eine Auswahl zu treffen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben will und es auch nicht kann. Herausragendes Beispiel ist in diesem Zusammenhang der Mitte Juni in Hamburg stattgefundene 19. Evangelische Kirchentag mit seinen zahlreichen Diskussionsforen und einer machtvollen 80 000-Mann-Kundgebung, auf den wir an anderer Stelle eingehen werden.

Selbst seiner Fraktion ist sich der Bundeskanzler in der Frage des NATO-Beschlusses nicht mehr sicher. Das zeigen die am 23. Juni beschlossenen Maßnahmen zur Einbindung jedes SPD-Bundestagsabgeordneten in eine strenge Fraktionsdisziplin. Diese Disziplinierung kann jedoch nicht verhindern, daß die Stimmung in der SPD auf andere Weise artikuliert wird. So sagten die Delegierten des am letzten Juni-Wochenende in Lahnstein stattgefundenen Juso-Bundeskongresses namens der 350 000 Mitglieder dem atomaren Aufrüstungskurs der Bundesregierung den Kampf an. „Der NATO-Rüstungsbeschluß", so hatte Juso-Vorsitzender Piecyk wenige Tage zuvor erklärt, „ist in der Konsequenz für die Bundesrepublik lebensgefährlich und muß deshalb auch in der Bundesrepublik gekippt werden".

Auf der gleichen Linie liegt ein Beschluß der am 17. Juni in Bonn stattgefundenen Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF). In der Diskussion machetn die SPD-Frauen deutlich, daß sie in der entscheidenden Frage Frieden und Abrüstung nicht bereit sind, blindlings der SPD-Führung zu folgen und eine falsch verstandene Solidarität mit dem Bundeskanzler zu akzeptieren. Eindringlich artikulierten die Delegierten ihre Ängste vor der „Bedrohung aus dem Westen". Sie lehnten es ab, die Bundesrepublik „zur Raketenbasis für die USA" machen zu lassen, denn „diese Waffen sind keine Verteidigungswaffen, sondern allein geeignet für einen Angriffskrieg".

Analog der Bewegung in der SPD verläuft die in Betriebsräten und Gewerkschaften. Einstimmig hat sich der Betriebsrat der Firma Honeywell in Hanau in einer Erklärung hinter den Krefelder Appell gestellt. Dabei stützt er sich auf einen entsprechenden Beschluß des IG-Metall-Gewerkschaftstages vom Herbst des vergangenen Jahres. „Wir sind der Meinung, daß Abrüstungsverhandlungen – und sind sie noch so langwierig und schwierig – besser sind, als daß die Bundesrepublik sich zum Vorreiter einer verstärkten Aufrüstungspolitik entwickelt", betonen die Betriebsräte.

„Die Regierten müssen die Regierenden auf den ‚richtigen Kurs' zurückzwingen", erklärte das geschäftsführende HBV-Hauptvorstandsmitglied Christian Götz am 12. Juni auf einer Funktionärskonferenz seiner Organisation in Düsseldorf. In der Bundesrepublik würde eine „neue Volksbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau" gebraucht. Dabei hätten die Gewerkschaften eine wichtige Rolle zu spielen. Und am 17. Juni sprach sich nach Beendigung einer Sternfahrt der nordrhein-westfälischen HBV-Jugend in Hattingen HBV-Bundesjugendsekretär Detlev Schmidt dafür aus, die Vorschläge der Sowjetunion zu prüfen, statt sie pauschal abzulehnen.

Eine Abfuhr erlitt Klaus-Dieter Zemlin, der in der „Deutschen Post" (Nr. 9/81) den Krefelder Appell als eine „dummdreist" von der DKP und ihrer Jugendorganisation gesteuerte Initiative diffamierte. Die Antwort gaben ihm die Mitglieder der Deutschen Postgewerkschaft selbst. Über vier Seiten in der Deutschen Post (Nr. 12/81) gehen Auszüge aus Leserbriefen. Zemlins diffamierende Polemik wird als „plumper Versuch" bezeichnet, die ständig stärker werdende Friedensbewegung in die kommunistische Ecke zu stellen. Auch die Vorwürfe von Postgewerkschaftern wie „Denunziation", „mangelndem Sachverstand", „Geschmacklosigkeit", „Unwahrheit", „traurig", „reaktionär und pervers", „bedenklich" und dergleichen mehr, sollte sich Zemlin, ebenso wie Niggemeier von der „einheit", der Zeitung der IG Bergbau und Energie, der die gleiche Linie vertritt, ins Stammbuch schreiben.

Ungeachtet aller Diffamierungen geht der Kampf gegen die Verwandlung der Bundesrepublik in ein atomarers Pulverfaß verstärkt weiter. Neue Aktionen sind angekündigt. Höhepunkte werden dabei vor allem der Antikriegstag und der Jahrestag des NATO-Beschlusses im Dezember werden. Nicht wenige Gewerkschafter erwarten, daß sich die DGB-Führung an die Spitze der Friedensbewegung stellt und sich die aus Gewerkschaftsjugendkreisen erhobener Forderungen nach Durchführung eines Friedensmarsches, einer Friedenswoche, sowie einer Unterschriftensammlung – wie es auch Joachim Scherzer im Leitartikel der „Deutschen Post" (Nr. 12/81) vorschlägt – zu eigen macht.

Gisela Mayer

GLOSSE

Soziales Netz

Wenn viele auch das Gegenteil behaupten: Das soziale Netz in der Bundesrepublik wird enger geknüpft. Jedenfalls für einige, die sich Volksvertreter nennen. Das ohne „neue Beweglichkeit" und auch ohne Tabu-Katalog. Da erhöhen sich die rheinland-pfälzischen Abgeordneten ihre Bezüge allerdings nur um 10.6 Prozent auf 5200 DM. Im gleichen Aufwasch wurde die steuerfreie Unkostenpauschale auf 1600 DM angehoben.

Bei soviel Großzügigkeit in der Nachbarschaft wollten auch die Hessen nicht abseits stehen. Sie begnügten sich mit bescheideneren 8 Prozent was jedoch mit 450 DM zu Buche schlägt und die runde Summe von 5350 DM ergibt. Aus Bonn ist zu vernehmen, daß auch unsere höchsten Volksvertreter, die MdBs, zulangen wollen. Schließlich haben ja auch sie erhöhte Kosten für Fahrpreise und Porto zu tragen. Oder will jemand behaupten, daß sie Netzkarten 1. Klasse und auch das Porto ersetzt bekommen und sich gar durch Beraterverträge ein kleines Zubrot verdienen.

Nun sage einer, er hätte je etwas vom „Gürtel-enger-Schnallen", von „Lohnpause", von „alle müssen sparen" gehört. Sollten dennoch solche und ähnliche Töne vernommen worden sein, so kamen sie bestimmt nicht aus Bonn, Mainz und Wiesbaden. okulus

DGB zum Sozialabbau

Der Bundesausschuß des DGB – das höchste Gremium zwischen den Gewerkschaftskongressen – hat sich am 3. Juni 1981 u. a. mit dem drohenden Abbau sozialer Leistungen und dem bevorstehenden Antikriegstag am 1. September beschäftigt. Gleichzeitig beschloß er gegen eine beachtliche Mehrheit eine Richtlinie für Funktionäre bei Sammlung von Unterschriften (dazu siehe Seite 22).

Das DGB-Gremium übte Kritik an der Bundesregierung, weil sie die Ausgaben für Sozialleistungen radikal kürzen will. In der Erklärung heißt es, daß der DGB-Bundesausschuß „sich kompromißlos gegen alle Bestrebungen zur Wehr setzt, die das für die Existenz für die Arbeitnehmer unverzichtbare System sozialer Sicherheit beeinträchtigen. Wer mit Vorstellungen spielt, Einsparungen im sozialen Bereich vorzunehmen, gefährdet den sozialen Frieden in der Bundesrepublik und setzt unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem einer Belastungsprobe aus, deren Folgen nicht abzusehen sind."

Statt der geplanten Kürzungen verlangt der DGB von der Bundesregierung, ein Investitionsprogramm aufzulegen, um das qualitative Wachstum der Wirtschaft zu fördern und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dies sei einer „Brüning-Politik vorzuziehen". Bekanntlich war Heinrich Brüning nach langjähriger Tätigkeit als Geschäftsführer des Christlichen Gewerkschaftsbundes während der Weltwirtschaftskrise vom März 1930 bis Mai 1932 deutscher Reichskanzler. Er versuchte, die Krise, toleriert von der SPD-Fraktion, mit Notverordnungen, d. h. Lohn- und Gehaltskürzungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Abbau sozialer Leistungen, zu bekämpfen. Mit dieser Politik hatte sich seinerzeit die Krise immer weiter verschärft und wurde der Machtantritt der Hitler-Faschisten erleichtert.

Keine Maßnahmen legte der DGB-Bundesausschuß fest, wie er seine Forderungen gegenüber der Bundesregierung zu verwirklichen gedenkt. Es gehört aber heute zum ABC der Gewerkschaftsbewegung: Ohne entsprechenden Druck sind die Herrschenden hierzulande nicht bereit, den eingeschlagenen Kurs der Verschlechterung der sozialen Lage aufzugeben. Man sollte sich zurückerinnern, wie 1960/61 durch große Massenkundgebungen des DGB eine vorgesehene Selbstkostenbeteiligung bei den Leistungen der sozialen Krankenversicherung verhindert wurde. Diesmal steht weit mehr auf dem Spiel. Mit Presseerklärungen allein kann man nichts bewegen.

Beschäftigt hat sich der DGB-Bundesausschuß mit dem Antikriegstag. Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter kündigte an, daß zum 1. September eine zentrale Veranstaltung in Düsseldorf stattfinden werde, an der 1000 geladene Funktionäre teilnehmen sollen. Vetter will dort den DGB-Standpunkt zu Frieden und Abrüstung entsprechend dem neugefaßten DGB-Grundsatzprogramm darlegen. Weitere Veranstaltungen plane der DGB in den Kreisen und Landesbezirken. Auf die Frage von NACHRICHTEN, ob sich der Bundesausschuß auch mit dem von der Gewerkschaftsjugend vorbereiteten Friedensmarsch beschäftigt habe, antwortete Vetter, dazu wäre kein Anlaß gewesen, weil dem Gremium noch kein entsprechender Antrag übermittelt worden sei.

W. P.

Massiver Eingriff

Auf helle Empörung in den Gewerkschaften ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gegen die ÖTV gestoßen. Mit der Einschränkung des Zugangsrechts für externe Gewerkschaftsvertreter zu kirchlichen Einrichtungen soll für mehr als 550 000 Beschäftigte das im Grundgesetz garantierte Recht auf Koalitionsfreiheit massiv beschnitten werden. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht wird damit den Kirchen in der Bundesrepublik als zweitgrößten Arbeitgebern das Recht eingeräumt, mit den von ihnen abhängigen Arbeitern und Angestellten – noch mehr als bisher – nach Gutdünken umzuspringen. Bereits das Betriebsverfassungsgesetz hat den Kirchen als Tendenzbetrieben besondere Rechte zugestanden.

War es in der Vergangenheit insbesondere die CDU/CSU, die mit dem willfährigen Mittel Bundesverfassungsgericht ihre Angriffe auf soziale und demokratische Rechte der Arbeiterbewegung unseres Landes startete und oft genug auch durchsetzte, so war es diesmal ausgerechnet die evangelische Kirche, die sich mit diesem Mittel als Vorreiter für den Abbau demokratischer Rechte erwiesen hat. Es steht zu befürchten, daß sich auch andere das Urteil zu eigen machen.

Heinz Oskar Vetter hat für den DGB deutlich gemacht, daß für die Gewerkschaften dieses Urteil nicht tragbar sei, schon deshalb nicht, weil hinter dem Richterspruch indirekt auch der Ruf nach einem Verbändegesetz stehe. Die ÖTV will auch weiterhin im kirchlichen Bereich aktiv bleiben (siehe auch Seite 27). Fest steht nach diesem Urteil, daß trotz schöner Sonntagsreden die Kirche auf ihrem kapitalistischen Herr-im-Hause-Standpunkt beharrt.

B. K.

Linksruck

Vier Wahlen veränderten innerhalb weniger Wochen das politische Gesicht Frankreichs. Am 10. Mai wurde der Sozialist François Mitterrand mit den Stimmen der Sozialisten und Kommunisten gewählt. Der Linksruck hielt auch in den beiden Wahlgängen zur Nationalversammlung am 14. und 21. Juni an. Im ersten Wahlgang erhielt die Linke 55,7 Prozent der Stimmen, 37,5 Prozent Sozialisten und Linksliberale, 16,2 Prozent Kommunisten und 2 Prozent andere. Nach dem zweiten Wahlgang ist die Sitzverteilung für die Linke noch weitaus besser.

Mit nicht erwarteter großer Einmütigkeit wurde in den einzelnen Wahlkreisen der Kandidat, der nach dem ersten Wahlgang am günstigsten stand, von der linken Wählerschaft unterstützt. Kündigte schon die Wahl Mitterrands an, daß die Mehrheit der Franzosen den politischen Wandel wollte, daß sie nicht länger bereit war, von den Rechten getreten und politisch entmündigt zu werden, so zeigten die Wahlen zur Nationalversammlung, daß der Wechsel fällig war.

Die bürgerliche Journaille unseres Landes versuchte, zuerst den Sieg der Linken angesichts des Stimmenrückgangs der Kommunisten in deren Wahlniederlage umzufälschen. Doch bald folgte die Ernüchterung, denn der Sozialist Mitterrand holte, trotz absoluter Mehrheit der Abgeordnetensitze für seine Partei, vier Kommunisten in die Regierung. Er vergaß nicht, daß es ohne die kommunistischen Stimmen keinen Präsidenten Mitterrand und auch keine absolute Mehrheit der Sozialisten in der französischen Nationalversammlung gegeben hätte.

Von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung in Frankreich ist, daß die beiden großen Gewerkschaftsbünde CGT und CFDT die neue Regierung unterstützen werden, wenn diese daran geht, ihr Wahlprogramm zu verwirklichen. Mitterrand ist für sieben Jahre gewählt und die Nationalversammlung für fünf Jahre. Es ist also Zeit, die Ziele, die in den 110 Punkten, mit denen Mitterrand den Wahlkampf bestritt, zu verwirklichen oder zumindest mit ihrer Verwirklichung zu beginnen.

Schon im Vorfeld der Wahlen wurden die Mindestlöhne um 10 Prozent, die Mindestrenten um 20 Prozent und das Kindergeld um 25 Prozent erhöht. Das Wohngeld wurde erheblich verbessert und der Bau von 50 000 Sozialwohnungen beschlossen. In den nächsten Monaten wird das gesamte Kreditwesen verstaatlicht und auch zahlreiche große Industriekonzerne in Gemeineigentum überführt. Weitere grundlegende Reformen, so die 35-Stunden-Woche, sollen folgen.

H. Sch.

Kommende Auseinandersetzungen schon jetzt gründlich vorbereiten

Mit einem Paukenschlag eröffneten Gesamtmetall und das Bundesverfassungsgericht (BVG) die neue Lohnrunde. Und in dieser trauten Gemeinschaft darf die Bundesregierung ebenfalls nicht fehlen. Die Metallunternehmer wollen die Autonomie der IG Metall noch weiter beschränken. Die Arbeitsgerichte sollen die „neue Beweglichkeit" entweder verbieten oder so einengen, daß sie wirkungslos sein würde. Der 2. Senat des BVG hat der Gewerkschaft ÖTV den Zutritt zu kirchlichen Einrichtungen verboten.

Der sozialdemokratische „Vorwärts" bemerkt hierzu am 25. Juni treffend, daß dieses Urteil „sich als furchterregender Schlag ins Kontor der bundesdeutschen Gewerkschaften und als Sprengsatz im gesamten Arbeitsrecht herausstellen" könnte. Bundeskanzler Schmidt und Bundesfinanzminister Matthöfer kündigten an, daß die Verbrauchsausgaben zugunsten einer Ausweitung investiv wirkenden Ausgaben eingeschränkt werden sollten.

Daraus ist schon ersichtlich, daß die nächste Lohnrunde, deren Vorbereitung nach den Sommerferien beginnt, selbst wenn die konjunkturelle Situation sich bessern sollte, keinesfalls leichter werden wird als die vergangene. Wenn daher Hans Janßen vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall meinte, daß die Metallunternehmer 1982 und auch in den folgenden Jahren versuchen würden, eine Wende der Tarifpolitik zu ihren Gunsten durchzusetzen, so ist dies sicherlich zutreffend und bedarf entsprechender gewerkschaftlicher Schlußfolgerungen.

Janßen kündigte an, daß die IG Metall die in diesem Jahr erfolgreich praktizierte Mobilisierung der gesamten Mitgliedschaft auch in der Tarifauseinandersetzung der kommenden Jahre fortsetzen müsse. Ohne diesen Einsatz, so Janßen, würde weder eine aktive Tarifpolitik zur Sicherung und Verbesserung der Einkommen noch Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen sein.

Was aber bedeutet es, die Einkommen zu sichern und zu verbessern? Wenn die realen Löhne und Gehälter erhalten werden sollen, dann muß alles ausgeglichen werden, was die Kaufkraft der Löhne und Gehälter seit dem letzten Tarifabschluß jeweils minderte, also die steigenden Preise, Abgaben und Belastungen der verschiedensten Art. Diese Steigerungen sind jeweils überprüfbar, und die Gewerkschaften brauchen sich nicht auf unsichere Prognosen oder gar Spekulationen verlassen. Die Erfahrungen besagen, daß die Preissteigerungen von Unternehmern und Regierung in der Regel zu gering prognostiziert werden.

Gegenwärtig beträgt die Preissteigerung 5,6 Prozent, und trotz aller gegenteiligen Versprechungen hält die steigende Tendenz an. Da aber der gegenwärtige Preisindex das Basisjahr 1976 hat und in ihm vor allem die Energiepreise völlig falsch gewichtet sind (siehe S. 8), schätzen selbst bürgerliche Wissenschaftler, daß die Teuerungsrate um 0,8 Prozent höher liegt, also in Wirklichkeit 6,4 Prozent beträgt. Auch die Steuerprogression ist weiterhin wirksam. Dem regierungsamtlichen Bulletin vom 12. Juni ist zu entnehmen, daß im 1. Quartal 1981 die Lohnsteuer um 7,4 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres stieg und damit weitaus schneller als die Bruttolöhne.

Schon aus diesen Zahlen wird deutlich, daß in der nächsten Lohnrunde rund 7 Prozent mehr Lohn durchgesetzt werden müßten, um nur die Kaufkraft der Löhne zu halten und ein weiteres Abgleiten der Reallöhne – so wie in den beiden letzten Jahren – zu verhindern. Die Forderung muß dann höher liegen. Nach bewährtem gewerkschaftlichen Grundsatz, daß ein guter Abschluß vorliegt, wenn 75 Prozent der Forderung durchgesetzt ist, müßten anhand unseres Zahlenbeispiels 9,5 Prozent gefordert werden.

Damit würden sich aber die Verteilungsrelationen verschlechtern, denn dann steckten die Unternehmer die Ergebnisse steigender Arbeitsproduktivität voll in ihre Taschen. Um also nur den Anteil am Sozialprodukt zu halten, muß die Steigerung der Arbeitsproduktivität hinzugerechnet werden. Der gewerkschaftliche Umverteilungsanspruch, der im Grundsatzprogramm noch einmal ausdrücklich bekräftigt wurde, wäre hierbei noch nicht einmal berücksichtigt.

Um den zu erwartenden starken Widerstand der Unternehmer durchbrechen zu können, müssen die kommenden unvermeidlichen Auseinandersetzungen gründlich vorbereitet werden. Dies kann nicht allein die Aufgabe einer Gewerkschaft sein, auch nicht einer so starken wie der IG Metall.

Heinz Schäfer

Im Einzelhandel noch kein Ergebnis

1,8 Millionen Beschäftigte im Einzelhandel sind empört: Seit Monaten warten sie auf die längst fällige Gehaltsanhebung. Denn bereits Ende Februar waren zum Beispiel die Tarifverträge in Hessen von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) gekündigt worden. Die meisten der anderen Tarifbezirke folgten ein und zwei Monate später. Mehrere Verhandlungsrunden sind inzwischen gelaufen. Sie brachten kein annehmbares Ergebnis.

Gerade für die Verkäuferinnen, die freundlich lächeln und immer adrett gekleidet sein müssen, ist die diesjährige Gehaltsrunde von großer Bedeutung. Sie stehen am Ende der Gehaltsskala und spüren darum jede Preissteigerung um so gravierender.

Wie nun aus der Düsseldorfer HBV-Zentrale zu erfahren war, ist die Gewerkschaft geneigt, den Einzelhandelsunternehmern weitestgehend entgegenzukommen und bereit, eine Erhöhung von 100 DM zu akzeptieren. Ob die Einzelhandelskonzerne, die ihren Vorstandsmitgliedern vor dem Komma sechsstellige jährliche Gehälter zahlen, dazu bereit sind, werden die nächsten Verhandlungsrunden zeigen, die in mehreren Tarifbezirken nach Redaktionsschluß stattfinden. Sollte das nicht der Fall sein, so sagt die HBV einen heißen Herbst voraus. Bereits in den vergangenen Wochen hatten Tausende von Einzelhandelsbeschäftigten mit bis zu dreistündigen Warnstreiks und Versammlungen während der Ladenöffnungszeiten ihre Kampfbereitschaft demonstriert. Schwerpunkte waren dabei Hamburg, Bremen und Frankfurt. G. M.

Bei Kautschuk noch kein Abschluß

Fristgemäß zum 30. Juni hatte die IG Chemie-Papier-Keramik die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die 60 000 Beschäftigten der Kautschukindustrie gekündigt. Die Forderungen liegen zwischen 7 Prozent in Hamburg/Schleswig-Holstein und 7,5 Prozent in Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz. Für die Kautschukbetriebe in mehreren anderen Bezirken gelten die Tarifverträge für den Chemiebereich. In mehreren Verhandlungsrunden gingen die Unternehmerangebote über 4,3 Prozent nicht hinaus. In Hamburg/Schleswig-Holstein wurde bereits das Scheitern erklärt und die Schlichtung angerufen. Die übrigen Tarifbereiche sollen folgen, wenn die nach Redaktionsschluß stattfindenden Verhandlungen nicht das gewünschte Ergebnis bringen, das nach Meinung der Gewerkschaft nicht unter 4,9 Prozent liegen dürfe.

Einkommensverteilung ungleich wie seit je

Das DGB-Grundsatzprogramm stellt unter Punkt 6.1 fest: „Die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensverteilung ist ungerecht." Dies ist durch statistische Erhebungen mehrfach bestätigt worden: Ende 1973 (neuere Zahlen gibt es nicht) besaß ein halbes Prozent aller Privathaushalte (gut 100 000 von 21,5 Millionen) 40 Prozent allen Betriebsvermögens und 62 Prozent aller Wertpapiere. Umgekehrt besaßen 11,6 Millionen Haushalte zwei Prozent des Betriebs- und 6,4 Prozent des Wertpapiervermögens. Oder: 53 Prozent aller Haushalte von nichtlandwirtschaftlichen Selbständigen hatten 1978 ein verfügbares Monatseinkommen von 6000 DM und mehr, von den Arbeiterhaushalten konnten nur 1,4 Prozent solche Einnahmen verzeichnen.

Es gibt wenige statistische Daten, aus denen der Charakter des Kapitalismus als Ausbeutergesellschaft so deutlich wird wie aus der Verteilung des Volksvermögens und Volkseinkommens auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Und da Vermögen und Einkommen auch gesellschaftliche Macht begründen, bilden Forderungen nach Änderungen dieses Zustands seit jeher einen Bestandteil gewerkschaftlicher Programmatik.

Auch im DGB-Programm werden Maßnahmen genannt, mit denen die Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten der Lohnabhängigen verändert werden soll: „Beteiligung aller Arbeitnehmer am Produktivvermögen"; „besondere Förderung der Ersparnis- und Vermögensbildung bei den unteren und mittleren Einkommensgruppen"; „Abbau von Steuerprivilegien für hohe Einkommen"; „Bekämpfung" ungerechtfertigter Preis- und Gewinnsteigerungen; „Maßnahmen" zur Stabilisierung des Preisniveaus, die keine Arbeitsplätze gefährden und die „Verteilungsgerechtigkeit sichern helfen"; aktive Tarifpolitik. Dieser Katalog entspricht weitgehend dem im 1963er Programm aufgeführten. Sieht man sich die Entwicklung in der Bundesrepublik an, so kann nicht davon gesprochen werden, daß sich die Lage zugunsten der Lohnabhängigen verbessert hätte oder auch nur gleich geblieben wäre.

Die Vermögensverteilung ist ungünstiger geworden. Selbst die spärlichen statistischen Erhebungen zeigen: Der Anteil der Gruppe mit 100 000 DM Produktivvermögen und weniger an der Gesamtsumme ist von 30 Prozent 1960 über 24 Prozent 1966 bis 1973 auf 11 Prozent gesunken. Der Anteil der Vermögen über einer Million stieg von 33 über 41 auf 46 Prozent. Diese Zahlen sagen aber wenig aus, weil die Obergrenze von einer Million zu niedrig ist. Der Siemens-Konzern weist 1979/80 ein Gesamtkapital von 32,3 Milliarden aus. Zwischen 1970 und 1980 fanden mehr als 4500 Unternehmens-Zusammenschlüsse statt.

Die „Kommandohöhen der Volkswirtschaft" werden nicht von Privathaushalten, sondern von wenigen Monopolen beherrscht, deren Aktien häufig sogar im Streubesitz sind und die deshalb in der Vermögensstatistik kaum eine Rolle spielen. 1978 hatten acht Industriekonzerne zusammen 206 Mrd. DM Umsatz; das waren fast 20 Prozent des gesamten Industrieumsatzes der Bundesrepublik. Die 350 größten Firmen hatten doppelt so viel Umsatz wie die restlichen 77 200. Die Verfügung über diese „Vermögen" und die in ihnen begründete Macht erfolgt weniger über Eigentumstitel als über Kreditbeziehungen, Aufsichtsratsverflechtungen, ökonomische Bindungen, Beteiligungen usw.

Ähnlich verläuft die Entwicklung bei der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik. Die vom DGB vorgeschlagenen Instrumente werden vom Staat, wenn überhaupt, dann eher entgegengesetzt verwendet. Die Spar- und Bausparförderung z. B. ist Ende 1980 erheblich beschnitten worden. Die Steuerverteilung entwickelt sich zugunsten des Kapitals: Der Anteil der Lohn-, Einkommens-, Umsatz- und Mineralölsteuer am Gesamtsteueraufkommen stieg zwischen 1979 und 1981 von 67,6 auf 70 Prozent; der Anteil der Gewerbe-, Körperschafts- und Vermögenssteuer sank von 14,8 auf 14,2 Prozent. 1965 hatten die Anteile bei 58,2 bzw. 19,3 Prozent gelegen. Die Lohnsteuerreform 1981 geht in dieselbe Richtung: je höher das Einkommen, desto größer der Anteil der Steuerersparnis. Die Ärmsten zahlen sogar noch drauf.

Auch die in Tarifverträgen vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen waren nicht geeignet, dem vom DGB formulierten Ziel einer Umverteilung zugunsten der Lohnabhängigen näher zu kommen. Seit 1973 sinkt der Anteil der Nettolohn- und -gehaltssumme am Volkseinkommen wieder, wie schon in den fünfziger und sechziger Jahre; zwischenzeitlich hatte er stagniert. Berücksichtigt man, daß gleichzeitig die Zahl der abhängig Beschäftigten und ihr Anteil an den Erwerbstätigen steigt, dann zeigt die so „bereinigte Lohnquote" eine dauerhafte Tendenz nach unten (1950: 45,4 Prozent; 1960: 38,5 Prozent; 1970: 36,5 Prozent; 1980: 32,1 Prozent). Die Tarifabschlüsse 1981, die Reallohnverluste zwischen zwei und drei Prozent bewirken dürften, werden diesen Prozeß beschleunigen.

Die Praxis selbst zeigt, daß die Verteilung des Volkseinkommens auf die sozialen Klassen Ergebnis des Kräfteverhältnisses zwischen diesen ist. Insofern ist die einschlägige Formulierung im DGB-Grundsatzprogramm wenig präzise. Eine „gerechte" Einkommensverteilung kann es gar nicht geben, solange die Arbeiter und Angestellten ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und den Mehrwert sich allein die Unternehmer aneignen.

Das Programm nennt denn auch keinen Maßstab dafür, was in diesem Zusammenhang gerecht ist. Eine „gerechte Vermögensverteilung" ist in einer kapitalistischen Gesellschaft von vornherein ausgeschlossen. Sie wäre erst gegeben, wenn sich die wichtigsten Produktionsmittel im Volkseigentum befinden, d. h. wenn der Kapitalismus überwunden ist. Selbst eine viel weiter als derzeit gehende „Beteiligung am Produktivvermögen" würde keine Beschneidung der Macht des Kapitals bedeuten. Auf die aber kommt es an, wenn von Vermögen die Rede ist. (Das heißt nicht, daß „Vermögensbildung" prinzipiell abzulehnen wäre, sofern sie nicht auf Kosten von Lohnerhöhungen erfolgt.)

Die Formulierungen des Grundsatzprogramms fallen insofern hinter die des DGB-Aktionsprogramms von 1979 zurück. Dort sind diese Zielstellungen mit „Höhere Löhne und Gehälter" und „Gerechtere Vermögensteilung" umschrieben. Damit wird besser ausgedrückt, worum es hierbei für den gewerkschaftlichen Kampf geht: Sicherung und Erweiterung des sozialen Besitzstandes der abhängig Beschäftigten.

Gert Hautsch

Teilerfolg für Unternehmer Seibel

Sechs Jahre sind es her, als der selbstherrliche Erwitter Chemie-Unternehmer Seibel die Belegschaft durch wiederholte Rechtsbrüche zu einem achtwöchigen Arbeitskampf – verbunden mit einer Betriebsbesetzung – provozierte. Nun wollte er mit der Gewerkschaft abrechnen. Er stellte Schadensersatzforderungen an die IG Chemie in Höhe von 7 Millionen DM. Nach einem Mitte Juni vom Landesarbeitsgericht Hamm gefällten Teilurteil für angebliche Sachschäden von 400 000 DM wurde die Unternehmerforderung auf 12 000 DM zusammengestrichen.

ÖTV Hessen: Mit Tarifrunde 1981 können wir „nicht zufrieden" sein

In einer Nachbetrachtung beschäftigt sich der Vorsitzende des Bezirks Hessen der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Heinz Wolf, in „ÖTV Aktuell", Nr. 3/81 mit der abgeschlossenen Tarifrunde. Unter anderem stellt er die Frage, ob die Gewerkschaft mit dem Ergebnis zufrieden sein kann. Da die von Heinz Wolf aufgeworfenen Fragen über den Bereich der ÖTV hinaus diskutiert werden, veröffentlichen wir die „Nachbetrachtung" mit freundlicher Genehmigung der ÖTV-Pressestelle Hessen unwesentlich gekürzt.

„Das Ergebnis der Tarifrunde 1981 – 4,3 Prozent und doppelte 120 DM – wird von unseren Mitgliedern recht unterschiedlich bewertet. Zwischen Zustimmung und heftiger Kritik schwankt die Skala der Betrachtung. Die einen meinen, es wäre bei nüchterner Betrachtung nicht mehr zu erwarten gewesen, und die anderen glauben, daß insgesamt gesehen dies kein hinreichendes und vertretbares Ergebnis sei. Richtig ist sicher, daß keine Veranlassung besteht, in Begeisterungsstürme auszubrechen . . .

Wer genau in die Organisation hineinhört, spürt den Widerspruch. Die Mehrheit der Mitglieder, die nicht mehr erwartet hat, gibt ihrer Zustimmung nicht mit Überzeugung Ausdruck, sie tut es resigniert. Die Hoffnungslosigkeit findet ihren Ausdruck in unseren Funktionärsversammlungen; sie sind so schlecht besucht wie noch nie. Funktionäre, die den Tarifabschluß erklären und erläutern, versuchen etwas zu ‚verkaufen'. Fast jeder weiß, daß mehr nicht ausgehandelt werden konnte, und trotzdem kann niemand das allgemeine Unbehagen verbergen.

‚Warum haben wir nicht gestreikt', wird uns hier und da entgegengehalten. Noch nicht mal zu Protestaktionen hätten wir aufgerufen, werfen uns andere vor. Diejenigen, die im Arbeitskampf die Entscheidung bringen müssen, schweigen dazu meistens. Sie wissen, daß Streik nicht nur eines Aufrufs und zündender Parolen bedarf; Streik als Kampfmittel der Arbeitnehmerschaft ist nicht zuletzt eine Frage der Verantwortung und der Fähigkeit des Durchhaltens bis zum Erfolg. Wir alle würden nicht daran gemessen werden, daß wir gestreikt haben, sondern einzig und allein, mit welchem Erfolg der Streik geführt worden ist.

Genau an dieser Stelle muß aber auch die Frage gestellt werden, warum die gewerkschaftliche Tarifrunde des Jahres 1981 so wenig unter den DGB-Gewerkschaften abgestimmt und koordiniert worden ist. Innerhalb des gewerblichen Bereichs und erst recht zwischen den Industriegewerkschaften und denen des öffentlichen Dienstes gab es offensichtlich nur wenig Kommunikation. Über Wochen und Monate mußte auf Ergebnisse des Lohnführers gewartet werden. Die Wirksamkeit, die Kraft und auch das Ansehen vieler Gewerkschaften haben darunter gelitten. Mußte das sein? Was eigentlich verhindert gemeinsames Vorgehen der DGB-Gewerkschaften bis hin zur gemeinsamen oder wenigstens miteinander abgestimmten Aktion? Diese Fragen unserer Mitglieder müssen beantwortet werden, und es sind nicht die örtlichen und regionalen Organe der ÖTV, die zur Beantwortung berufen sind!

Nicht wenige unserer Funktionäre vertreten heute die Ansicht, wir dürften unsere Tarifrunde auf keinen Fall mehr an vergleichbare Ergebnisse der gewerblichen Wirtschaft binden. ‚Fordern, was wir haben müssen, und dann rangehen und durch, egal wie man in der gewerblichen Wirtschaft abkommt.' Solche und ähnliche Worte sind jetzt täglich zu hören. So verständlich sie scheinen, aber realistisch sind sie nicht. Der öffentliche Sektor lebt nun einmal allein von dem, was in allen anderen Wirtschaftszweigen produziert wird und verteilt werden kann. Wir hängen, ob wir in der Verwaltung tätig sind oder in der öffentlichen Wirtschaft, mit unseren Einkommen, unseren Arbeitsplätzen und Stellenplänen u. v. a. m. von der Situation ab, in der sich die Wirtschaft des ganzen Landes befindet. Gerade deshalb ist es auch nicht nur die Haushaltspolitik schlechthin, die uns angeht und auf die wir mit einwirken müssen.

Es sind viele Indikatoren, die zur Weltwirtschaftskrise geführt haben. Der Trost jedoch, es ginge uns immer noch besser als anderen Nationen, ist nur ein sehr schwacher Trost. Auch viele unserer Mitglieder haben das Vertrauen in die Fähigkeit der Regierenden verloren. Es bringt sie auf, wenn primär Arbeitnehmern gepredigt wird, sie müßten den Gürtel enger schnallen. Dabei macht es keinen Unterschied, ob der Aufruf zum Verzicht von rechts oder links kommt. Die Aufrufe sogenannter linker Ideologen zum Wachstumsverzicht sind genauso ärgerlich wie die Aufforderungen von Regierungen zur Arbeitnehmersparsamkeit. Von der Lebenssituation und den Sorgen der Arbeitnehmerschaft und schon gar nicht von deren Wünschen und Träumen haben inzwischen beide Seiten nicht mehr den Schimmer einer Ahnung.

Die Arbeitnehmerschaft spürt instinktiv die Orientierungslosigkeit. Es wird zugewartet, abgewartet und gewurschtelt. Nichts wird politisch verbindlich entschieden. Die drängenden Probleme werden auf die lange Bank geschoben, dafür werden Fragen hochstilisiert, für die Arbeitnehmer nur wenig Verständnis haben. Man weiß auch nicht mehr, aus wieviel verschiedenen Parteien die Koalition eigentlich besteht, und man weiß genausowenig, was denn konkret die parlamentarische Opposition anders und besser machen würde, wenn sie das Sagen hätte.

Und wir Gewerkschaften? Tun wir genug? Reicht es aus, einmal im Jahr eine Tarifrunde zum Mittelpunkt gewerkschaftlichen Handelns zu machen? Reicht es aus, das ganze Jahr über mal zustimmende und mal ablehnende Meinungen zur Regierungspolitik zu äußern? Wir Gewerkschaften schweigen zu alldem viel zuviel. Haben auch wir den roten Faden verloren? Wir werden uns beeilen müssen, ihn wieder zu finden. Die Tarifabschlüsse des Jahres 1981 haben nämlich eines für uns alle gemeinsam: Wir werden am Ende des Jahres die traurige Feststellung treffen müssen, daß erstmals das Realeinkommen der Arbeitnehmer abgesenkt worden ist! Genau das aber kann und darf kein Dauerzustand werden!

Noch immer hängt in erster Linie vom Einkommen unsere Lebensqualität ab. Hier und auch im Hinblick auf Arbeitsplätze, Arbeitsbelastungen und -überbelastungen, den Abbau von Sozialleistungen und die Altersversorgung stehen uns für spätestens 1982 Auseinandersetzungen bevor, die unsere ganze gemeinsame Kraft verlangen. Wenn wir daran denken, können wir nicht zufrieden sein mit dem, was die Tarifrunde 1981 an Erlebnissen und Erfahrungen gebracht hat.

Es ist deshalb eine dringende Notwendigkeit, uns neu zu formieren. Die Resignation, die Lethargie und die immer mehr um sich greifende Gleichgültigkeit müssen ein Ende haben. Es ist dabei nichts erreicht, wenn wir eine nahezu schon feindselige Kritik nur gegen die ‚da oben' richten. Wir alle tragen Verantwortung und können unsere eigene Ratlosigkeit nicht aus Bequemlichkeit auf nur wenige Personen transferieren. Kritische Solidarität statt unsolidarischer Kritik, die nur von der eigenen werten Person ablenken will, haben wir notwendiger denn je. Niemand von uns kann mit der Tarifrunde 1981 wirklich zufrieden sein. Wahr ist, daß wir berechtigt unzufrieden sind . . ."

Für 200 000 Monteure bis 6,13 Prozent mehr

Für die rund 200 000 Montagestammarbeiter der Metallindustrie hat die IG Metall Anfang Juni eine Erhöhung der Fernauslösesätze bis zu 6,13 Prozent vereinbart. Danach erhalten die Monteure für Mehraufwendungen auf Montagestellen bis 150 Kilometer vom Wohnort entfernt für die ersten 60 Kalendertage eine Fernauslösung in Höhe von 44,25 DM pro Tag. Das entspricht nach Angaben der IG Metall einer Steigerung von 5,36 Prozent. Nach 60 Kalendertagen auf der gleichen Montagestelle wurde der bisherige Fernauslösesatz um 5,55 Prozent auf 42,75 DM heraufgesetzt.

Werden Monteure weiter als 150 Kilometer von ihrem Wohnort entfernt auf Montagestellen eingesetzt, erhalten sie während der ersten 60 Kalendertage eine Fernauslösung von 52,75 DM je Tag. Das entspricht einer Steigerung von 5,5 Prozent. Nach 60 Kalendertagen auf der gleichen Montagestelle wurde der bisherige Fernauslösesatz um 6,13 Prozent auf 49,35 DM angehoben. Das Trennungsgeld für Montagezeitarbeiter, die auf Fernbaustellen arbeiten, wurde von 33,50 DM je Kalendertag auf 37 DM, das sind 10,45 Prozent, erhöht. Schließlich wurde die Nahauslösungen für Monteure, die täglich nach Hause fahren, um 5,5 Prozent aufgestockt. Der neue Tarifvertrag trat ab 1. Juni in Kraft.

Ortsklassen sollen endlich wegfallen!

In Hessen sind von den 26 Stadt- und Kreisbereichen im Malerbereich noch 13 in der Ortsklasse II und vier sogar noch in der Ortsklasse III, und zwar die Innungsbereiche Hofgeismar und die Kreise Ziegenhain, Lauterbach und Eschwege. Hier beträgt der Lohnanspruch der Malergesellen gegenüber dem Bundesecklohn nur 92 Prozent. Im Bundesgebiet außerhalb Hessens gibt es nur noch in wenigen Landkreisen in Südbaden und Schleswig-Holstein die Ortsklasse II, sonst nur noch die Ortsklasse I. Der kürzlich stattgefundene Hessische Malertag der IG Bau-Steine-Erden forderte daher, wie der „Grundstein" Nr. 6/81 berichtet, diese unsozialen Ortsklassen sofort zu beseitigen.

Chemie-Abschluß: 4,9 Prozent

In den Schlichtungsverhandlungen für den Tarifbezirk Rheinland-Pfalz wurde am 12. Juni ein verbindlicher Schlichtungsspruch erreicht, der für alle anderen Bezirke Pilotfunktion besaß. Die Tariflöhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen wurden rückwirkend ab 1. Mai um 4,9 Prozent erhöht. Die Tarifverträge haben eine Laufzeit von 12 Monaten. Zusätzlich wurde eine Mindestverdienstklausel für Handwerker und Facharbeiter festgesetzt. Danach erhalten diese im Zeitlohn ab 1. Oktober mindestens 5 Pfennig pro Stunde über den Tarifstundenlohn. Wenn Horst Mettke, für die Tarifpolitik der IG Chemie-Papier-Keramik verantwortliches geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied, vermerkt, daß mit diesem Abschluß die Unternehmerstrategie, unter dem Metallabschluß zu bleiben, durchkreuzt worden sei, so ist allerdings darauf zu verweisen, daß das Volumen des Metallabschlusses höher als 4,9 Prozent war, da die IG Metall Pauschalbeträge für die ersten beiden Monate von jeweils 160 DM vereinbaren konnte.

Schnitkers Handeln: „Mief des Mittelalters"

In scharfer Form hat der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler die auf dem Deutschen Handwerkstag Mitte Juni in Münster erhobene Forderung des Präsidenten des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, nach Abbau der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zurückgewiesen. Wörtlich erklärte Steinkühler: „Daß der erste Funktionär der zentralen Arbeitgeberverbände des Handwerks, Schnitker, sich lautstark an die Spitze der erzkonservativen rückschrittlichen Bewegung stellt, entspricht dem Bild eines Mannes, dessen Denken und Handeln den Mief des Mittelalters trägt. Es entspricht offenbar dem Geist der Zeit, daß derartige Ungeheuerlichkeiten . . . heute offene Unterstützung weiter politischer Kreise finden." Alle Versuche, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall anzutasten, würden den entschlossenen Widerstand der abhängig Beschäftigten provozieren

Neuer Gehaltstarif in Reisebüros

Die über 25 000 im Reisebürogewerbe Beschäftigten erhalten ab 1. Juni eine Erhöhung ihrer Tarifgehälter um 4,9 Prozent. Darüber hinaus konnte die zuständige Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zusätzliche Anhebungen für die unteren Gehaltsgruppen bzw. -stufen durchsetzen. Um je 50 DM werden die Ausbildungsvergütungen im ersten und zweiten sowie um 70 DM im dritten Ausbildungsjahr angehoben. Außerdem erhalten die Auszubildenden ab 1. Januar 1982 mehr Urlaubsgeld.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

31. Juli / 31. August – 0,16 Mill.

Hohlglaserzeugung Hessen und Nordwest, Hohl- und Kristallglasindustrie Bayern (11 800); Hohlglasveredelung, papiererzeugende Industrie (59 500); Friseurhandwerk Nordrhein-Westfalen (30 900); Bäckerhandwerk Hessen (10 900); Milchindustrie Bayern, Süßwarenindustrie Rheinland-Pfalz, Brauereien Nordrhein-Westfalen (15 300); Nährmittelindustrie Schleswig-Holstein, Sektkellereien Hessen, Rheinhessen, Pfalz und Trier, Hotel- und Gaststättengewerbe Bremen, Energiewirtschaft (VEW u. a.).

30. September / 31. Oktober – 0,2 Mill.

Tischlerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen (96 000); Texaco und Shell Hamburg (10 000); Erdgas-, Erdöl- Bohr- und Gewinnungsbetriebe im Bundesgebiet (10 000); – 31. Oktober – Schuhindustrie Bundesgebiet (53 000).

31. Dezember – 0,9 Mill.

Landwirtschaft ohne Rheinland-Pfalz und Saarland (189 000); Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen, Saarland und Bayern (99 900); holzverarbeitende Industrie in einigen Bereichen (136 600); Schlosser- und Schmiedehandwerk in Baden-Württemberg (43 300); Fleischerhandwerk Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Westberlin (74 400); Seeschiffahrt- und Seehafenbetriebe (50 700); Tischlerhandwerk in Hessen, Saarland, Bayern und Westberlin (37 600).

31. Januar 1982 – 3,7 Mill.

Metallindustrie (einschl. VW) ohne Bayern, Schrott- und Heizungsindustrie mehrerer Bezirke (2,9 Mill.); Eisen- und Stahlindustrie (246 100); papier- und pappeverarbeitende Industrie ohne Südbaden (104 200); verschiedene Metallhandwerkszweige Bayerns (78 300); Groß-, Brennstoff- und Kfz-Handel Hessen, Bayern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (127 200); Kfz-Handwerk Nordrhein-Westfalen (35 100); Karosserie-, Mechaniker- und Kfz-Handwerk Baden-Württemberg (35 500); Schmiede-, Klempner-, Schlosser-, Mechaniker- und Kfz-Handwerk Schleswig-Holstein (20 300); Graveure, Galvaniseure und Gürtler Bundesgebiet und Westberlin (20 000).

Preissteigerung auf jedem Gebiet: Ein Ende ist nicht abzusehen

Die neue EWG-Preisverordnung macht's möglich: Die Vorschrift, die Preise nur noch in 100 Gramm und Kilogramm auszuweisen, hat dazu geführt, daß viele Handelskonzerne die Preise für ihre gängigen Fleischsonderangebote „sachte" erhöht haben. Dabei waren es nicht zuletzt die Preise für Fleisch und Fleischwaren, die bislang (wie fast alle Nahrungsmittel) dazu beitrugen, den amtlich ermittelten Preisanstieg abzuflachen. Nach den Ermittlungen der statistischen Ämter stieg ihr Preis seit 1976 „nur" um knapp 10 Prozent, die der Lebenshaltung insgesamt um 23 Prozent. Geraten die Nahrungsmittelpreise auf breiter Front in Bewegung, dann wird wegen ihrer großen Bedeutung für den Warenkorb (etwa 18 Pozent aller Ausgaben) die Inflationsrate noch schneller steigen, als das gegenwärtig schon der Fall ist.

Die „amtliche" Teuerungsrate betrug im Mai 1981 gegenüber dem Vorjahresmonat 5,6 Prozent, in Nordrhein-Westfalen sogar 5,8 Prozent. Der Anstieg des Preisindex für die „einfache Lebenshaltung eines Kindes" um 6,3 Prozent zeigt, daß nicht nur die regionale, sondern auch die soziale Betroffenheit durch die Preissteigerungen recht unterschiedlich ist.

Insgesamt betrug der Anstieg des „Preisindex der Lebenshaltung für alle privaten Haushalte" in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nach den amtlichen Ermittlungen 5,5 Prozent. Die meisten Bruttolohnabschlüsse der diesjährigen Tarifrunde – netto lag die Steigerung noch um 0,5 bis 1 Prozent niedriger – blieben schon hinter dieser Marke zurück. Tatsächlich werden unsere Realeinkommen aber noch stärker zurückgehen.

Reale Inflation größer als die „amtliche"

Es deutet sich nämlich schon jetzt an, daß sich im Jahresdurchschnitt eine höhere als die bislang amtlich ermittelte Teuerungsrate von 5,5 Prozent ergeben wird. Die gegenwärtige Hochzinspolitik der Bundesbank und die Verteuerung vieler Einfuhren durch die Abwertung der DM gegenüber dem Dollar werden stärker auf die Preise durchschlagen. Zusätzlich ist zu berücksichtigen: Zwar werden die Apothekerpreise für Frischgemüse wieder etwas zurückgehen, die der übrigen Nahrungsmittel aber schneller steigen. Die letzte Benzinpreissteigerung durch die Ölmultis um 3 Pfennig war nicht die „letzte". Durch die geplante Erhöhung der Haftpflichtversicherung sollen rund 4 Milliarden DM zusätzlich von den Autofahrern abgepreßt werden, und auch die sogenannte öffentliche Hand wird weiter kräftig zulangen.

Die „amtliche" Rate wird in einem komplizierten Verfahren ermittelt, das auf der Preisentwicklung von ausgewählten Waren und Dienstleistungen in 118 Städten der Bundesrepublik beruht. Viele Bereiche dieser Berechnung sind „geheim", die Preise werden von den Preiserhebern häufig am Küchentisch „ermittelt" oder gleich von den Unternehmern in die Erhebungslisten eingetragen; die Mieten werden für Wohnungen verfolgt, die seit vielen Jahren nicht mehr repräsentativ sind (zu all dem vergleiche die angezeigte Veröffentlichung im Kasten). Die Praktiken

Thema Preise

Dähne/Dieckhoff, Preisindizes für die Lebenshaltung und die Entwicklung der Verbraucherpreise, IMSF-Informationsbericht Nr. 32, 206 Seiten, 10 DM.

Zu beziehen über Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt/M. 1.

führten etwa im März zu „einem kleinen Hessenwunder" (Frankfurter Neue Presse, 28. 3. 1981): Die Teuerung ging allein in Hessen von 5,1 Prozent im Februar auf 4,9 Prozent im März zurück, was auch den Bundesdurchschnitt nach unten drückte. Hauptursache: Allein in Hessen stiegen die „amtlichen" Preise für leichtes Heizöl nur um 13 Prozent, im gesamten übrigen Bundesgebiet um 18 bis 20 Prozent. Die Zeitung vermutete, daß sich „da ganz einfach ein Fehler in der Computerbeschickung eingeschlichen hat". Mitnichten. Es handelt sich um einen ständigen „Fehler", der, weil besonders kraß, der Zeitung aufgefallen war.

Zu diesem kommt ein weiteres. Der Warenkorb, der der amtlichen Berechnung zugrundeliegt, stammt aus dem Jahre 1976, als die Ausgaben für Haushaltsenergie und Benzin noch vergleichsweise niedrig waren. Ihr galoppierender Preisanstieg seit 1979 kommt im amtlichen Preisanzeiger (Index) nur ungenügend zum Ausdruck (siehe „NACHRICHTEN" Nr. 5/1980). Eine Oldenburger Forschungsgruppe um Prof. Pfaffendorfer schätzt vorsichtig, daß allein deshalb die gegenwärtige reale Teuerungsrate um 0,8 Indexpunkte höher als die amtliche liegt: 6,4 statt 5,6 Prozent.

Hauptpreistreiber sind Bund und Gemeinden

Fast 70 Milliarden DM für Rüstung und Militär sowie für Westberlin (die Bundesregierung rechnet die 10 Milliarden DM für die „Frontstadt" zu den Rüstungsausgaben) fordern ihren Preis. Damit die Zuschüsse an die Bundesbahn nicht weiter steigen müssen, wurden ihr in diesem Jahr zwei Preiserhöhungen abverlangt. Damit die Post noch mehr Geld an den Bundeshaushalt abführen kann (1981: 3,8 Milliarden DM), sollen 1982 die Preise für Postleistungen im Schnitt um 30 Prozent steigen. Keine öffentliche Dienstleistung gab es – ob die Preise nun vom Bund oder von den Gemeinden festgelegt werden – deren Preisanstieg in den letzten 10 Jahren nicht deutlich höher war als der Anstieg der Preise für die Lebenshaltung insgesamt. Das Defizit der Bundesfinanzen drückt auf die Länderhaushalte, diese kürzen die Zuweisungen an die Gemeinden, die sich dann über Preis- und Gebührenerhöhungen an den Bürgern schadlos halten.

Wichtigstes Mittel: Höhere Tarifabschlüsse

Das wichtigste Mittel bleiben Tarifabschlüsse, die netto zumindest soviel ausmachen wie die voraussehbare Preissteigerungsrate. Dieses Ziel wurde 1981 – abgesehen von wenigen Ausnahmen – nicht erreicht. Zugleich scheint es notwendig, daß sich das gewerkschaftliche Engagement in der Kommunalpolitik verstärkt. Was sich hier an weiteren Erhöhungen der Nahverkehrstarife, Strom-, Gas- und Wasserpreise, der Abwasser- und Müllgebühren usw. abzeichnet, ist in vielen Städten so umfangreich, daß es schon allein ausreicht, um die Nettolohnsteigerungen aufzusaugen. Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf in diesem Bereich ist freilich, daß der finanzielle Druck unproduktiver Ausgaben, die noch dazu die Inflation anheizen, auf die öffentlichen Haushalte gemildert wird. Es spricht sich rum: Der neue Hochrüstungskurs ist nicht nur gefährlich, er ist auch unbezahlbar geworden.

Eberhard Dähne

Pleiten

Im laufenden Jahr ist zu erwarten, daß der Pleitenrekord der Krise 1974/75 deutlich übertroffen wird. In den ersten vier Monaten lag die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche und Konkurse um mehr als ein Fünftel über dem Vorjahresstand, allein im April wurden 27,5 Prozent mehr Insolvenzen gemeldet. Besonders rasant nimmt die Zahl der eigentlichen Firmenzusammenbrüche zu (in der Insolvenzenstatistik werden auch Konkurse von Privatvermögen mitgezählt). Mit 600 Fällen wurde der Vorjahresmonat im April um 35 Prozent übertroffen.

Die Schwerpunkte der Unternehmenszusammenbrüche liegen erwartungsgemäß im mittelständischen Bereich, 67 Prozent aller Fälle ereigneten sich in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten. Dabei ist hier die Dunkelziffer besonders hoch, zahlreiche Firmen dieser Größenordnung schließen „still", ohne offizielle Konkursanmeldung. Branchenmäßig betroffen sind vor allem das Baugewerbe, das Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie der Einzelhandel. Als Hauptursachen werden von der Hermes Kreditversicherungs-AG die zu knappe Eigenkapitaldecke der kleinen Betriebe und „Managementfehler" geortet.

Diese Aussage hat allerdings nur einen geringen Erklärungswert: bei Zunahme wirtschaftlicher Schwierigkeiten werden es immer die finanziell schwächsten Betriebe sein, die zuerst zusammenbrechen, und immer werden es die Betriebe sein, die sich nicht „anpassen" oder anpassen können. Immerhin ist festzuhalten, daß der Untergang solcher Betriebe nicht in erster Linie mit ihrer Leistungsfähigkeit in der Produktion zusammenhängt, sondern von finanzkapitalistischen und marktstrategischen Gesichtspunkten. Oft genug sind es technisch und personell durchaus gut ausgestattete Firmen, die Konkurrenz anmelden müssen.

Für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit hat die Pleitenzahl eine große Bedeutung. Nach Schätzungen des Verbandes der „Vereine Kreditreform" würden 1981 durch die 9100 registrierten Fälle etwa 255 000 Arbeiter und Angestellte „insolvenzbedingt freigesetzt", etwa 30 pro „Fall". Während sich zumindest die Kreditgeber gegen die mit Konkursen verbundenen Verluste versichern können, wird das Arbeitsplatzrisiko der Belegschaften ausschließlich von den Betroffenen selbst getragen. Die rasche Zunahme der Pleitenzahl ist einmal Ausdruck der kapitalistischen Krise, verschärft durch Strukturkrisen in einzelnen Branchen.

Verschärft wird die Situation durch die Hochzinspolitik der Bundesbank. Während die eigenkapitalmäßig schlecht ausgestatteten mittelständischen Betriebe von den Banken besonders ungünstige Konditionen eingeräumt bekommen, sind sie auf der Abnehmerseite häufig durch Zuliefererverträge mit großen Konzernen preismäßig gebunden, können sie die erhöhten Zinskosten also nicht oder nur teilweise weitergeben. Auf diese Weise liquidieren die vorgeblichen Verteidiger der „Marktwirtschaft" in Konzernen, Bundesregierung und Bundesbank in Wirklichkeit die Träger des „freien" Wettbewerbs im Mittelstand.

I. G.

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe[1]

	April 1981	Veränderung in v. H. gegenüber März 1981	Veränderung in v. H. gegenüber April 1980
Produktion	115,0	+ 4,2	– 2,6
Auftragseingänge[2]	137,5	– 1,7	+ 9,7

[1] Index 1976 = 100
[2] In jeweiligen Preisen

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Kapazitätsauslastung[1]

	März	Juni	September	Dezember
1979	83,5	84,9	84,7	85,8
1980	85,9	83,2	80,6	79,9
1981	79,7			

[1] Verarbeitende Industrie, in v. H. der betriebsüblichen Vollausnutzung
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 14/1981)

3. Preise

Index 1976 = 100	Mai 1981	Veränderung in v. H. gegenüber April 1981	Veränderung in v. H. gegenüber Mai 1980
Lebenshaltung	123,3	+ 0,4	+ 5,6
Industriepreise	125,3	+ 0,6	+ 7,0
Landw. Erzeugerpreise[1]	103,1	+ 0,8	+ 2,7
Importpreise[2]	140,3	+ 0,7	+ 11,8
Exportpreise[2]	120,3	+ 0,7	+ 4,9

[1] März 1981
[2] April 1981

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

4. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Mai 1981	Veränderung in 1000 gegenüber April 1981	Veränderung in 1000 gegenüber Mai 1980
Arbeitslose	1 110	– 37	+ 343
Kurzarbeiter	340	– 20	+ 248
Offene Stellen	242	0	– 102

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

5. Insolvenzen

Januar–April 1981	Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.
3 619	+ 22,1

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

Rotstiftpolitik der Regierung gegen Lehrer und Schüler gerichtet

Interview mit Kurt Veith, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft junger Lehrer und Erzieher

Seit einem Jahr ist Kurt Veith Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft junger Lehrer und Erzieher (AjLE) in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Er kennt die Probleme, mit denen sich Lehrer und Erzieher konfrontiert sehen. Dies sind u. a. Lehrerarbeitslosigkeit einerseits und auf der anderen Seite an den Schulen Unterrichtsausfall. Das ist auch der Inhalt der Fragen, die Kurt Veith unserer Redakteurin Gisela Mayer beantwortet.

NACHRICHTEN: *Die Arbeitslosigkeit unter den Lehrern nimmt zu. Können Sie uns einige Angaben über das tatsächliche Ausmaß machen?*

Kurt Veith: Bei den Arbeitsämtern in der Bundesrepublik waren im September des vorigen Jahres 9215 Lehrer arbeitslos gemeldet. Im September 1979 waren es 7365. Dies bedeutet eine Zunahme um 1840 oder rund 25 Prozent. Werden die Einstellungspläne – oder besser Nichteinstellungspläne – der Kultusminister bzw. der Finanzminister im diesem Jahr realisiert, muß bis September 1981 mit einer Verdoppelung der Zahl der gemeldeten arbeitslosen Lehrer gerechnet werden.

Diese Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit geben jedoch das wahre Ausmaß der Lehrerarbeitslosigkeit nicht wieder. So wird sich ein arbeitsloser Lehrer nach dem ersten Staatsexamen, der noch seine Ausbildung abschließen muß, in der Regel gar nicht arbeitslos melden, da er keinen Anspruch auf Leistungen des Arbeitsamtes hat. Nach GEW-Berechnung umfaßt diese Gruppe etwa 5400 Kollegen. Hinzu kommt noch die übliche Dunkelziffer. Die Bundesanstalt selbst rechnet mit einer nur rund 50prozentigen Erfassung. Immerhin gab es zum Schuljahresbeginn 1980/81 13 000 abgelehnte voll ausgebildete Bewerber um eine Lehrerstelle.

Weiterhin gibt es rund 29 000 Lehrer, die mit befristeten Angestelltenverträgen arbeiten – meist zwischen ½ und 3 Jahren. Diese Stellen sind zudem in der Regel keine ganzen, sondern halbe, Zweidrittel- oder Dreiviertel-Stellen mit entsprechend geringerem Gehalt. Ob diese Kollegen dann nach Ablauf ihres Vertrages entlassen werden oder eine andere Stelle bekommen, ist ungewiß. Daneben gibt es immer noch etwa 5000 sogenannte „Stundenlöhner". Das sind kurzfristig stundenweise beschäftigte Kollegen. Insgesamt kann man also sagen, daß es zur Zeit etwa 50 000 arbeitslose, kurzarbeitende oder stundenweise beschäftigte Lehrer gibt.

NACHRICHTEN: *Zahlreiche Lehrer sind als sogenannte „Lehrer-Feuerwehr" nur stundenweise beschäftigt. Wie ist deren finanzielle Situation?*

Kurt Veith: Stundenweise beschäftigte „Feuerwehr-Lehrer" sind Lehrerinnen und Lehrer, die kurzfristige Lehraufträge zwischen 4 Wochen und ½ Jahr erhalten. Die Lehraufträge liegen unterhalb der Hälfte eines normalen Arbeitsvertrages und fallen damit nicht unter den Schutz tariflicher Absicherung. Es

gibt Lehraufträge zwischen 4 und 13 Stunden pro Woche. Die Bezahlung richtet sich nach der Ausbildung und der Schule, an der man eingesetzt wird, und schwankt zwischen 16 und 33,17 DM pro Stunde. Es werden aber dann nur die tatsächlich erteilten Stunden bezahlt. Aus irgendwelchen Gründen ausgefallene Stunden, etwa wegen Ferien oder Schulausflug, werden dann nicht berücksichtigt. Gar nicht berechnet werden die Vorbereitungsstunden, die ein Lehrer nun einmal braucht, um zu unterrichten.

Häufig werden aber auch Verträge abgeschlossen, bei denen die Ferien mit bezahlt werden. Dafür ist aber die Stundenvergütung geringer. Ein „Stundenlöhner" verdient je nach Vertrag zwischen 213 DM und 1100 DM brutto im Monat. Die Regel dürfte zwischen 550 DM und 900 DM liegen. Davon gehen noch Steuern, Kranken- und Sozialversicherung ab. Arbeitslosenversichert ist man mit einem solchen Vertrag dagegen nicht, so daß man nach Vertragsende bestenfalls Arbeitslosenhilfe bekommen kann.

Da diese Verträge nicht unter die Regelungen des BAT fallen, werden die Arbeitsbedingungen und insbesondere die Bezahlung einseitig von den jeweiligen Kultusministern festgelegt. Die obigen Zahlen beziehen sich deshalb nur auf Niedersachsen. Die Unterschiede zu den anderen Bundesländern sind aber geringfügig. Die Vertragsbedingungen der „Stundenlöhner" sind also sowohl materiell, wie auch arbeitsrechtlich äußerst unsozial und werden von der GEW auf das schärfste abgelehnt. Man muß auch bedenken, daß die betroffenen Kollegen meist älter als 25 Jahre sind und eine Familie gründen wollen. Unter solchen Vertragsbedingungen ist daran natürlich kaum zu denken.

NACHRICHTEN: *Nun sind die Schulen – das wissen alle Eltern schulpflichtiger Kinder aus eigener Erfahrung – mit Lehrern unterversorgt. Können Sie uns einige Details über den Unterrichtsausfall nennen?*

Kurt Veith: Der Unterrichtsausfall ist von Bundesland zu Bundesland und von Schulform zu Schulform recht unterschiedlich. Etwa im Durchschnitt liegt Niedersachsen, so daß ich den Unterrichtsausfall am Beispiel Niedersachsen darstellen will. Nach offiziellen Angaben des Kultusministers liegt der Unterrichtsausfall im laufenden Schuljahr 1980/81 im Landesdurchschnitt bei 5 Prozent. Um diese Fehlstunden zu beseitigen, müßten rund 3000 Lehrer eingestellt werden. Damit wäre die Lehrerarbeitslosigkeit in Niedersachsen beseitigt.

Die Zahlen des Kultusministers sind jedoch weniger als die halbe Wahrheit. Nicht gerechnet wird bei dieser Statistik der durch Mutterschutzurlaub, Krankheit und Lehrerfortbildung entstehende Unterrichtsausfall. Nach Stichprobenberechnung der GEW macht dies mindestens noch einmal 5 Prozent aus, so daß in Niedersachsen tatsächlich mindestens 10 Prozent Unterricht durchschnittlich ausfällt. Das ist bei 10jährigem Schulbesuch immerhin ein Schuljahr. Da dies Durchschnittszahlen sind, kann der Unterrichtsausfall im Einzelfall natürlich erheblich darüber liegen. Weiterhin wird etwa 50 Prozent des Unterrichts von Referendaren und Anwärtern erteilt, also von Kollegen, die noch in einem Ausbildungsverhältnis stehen und eigentlich ausschließlich Unterricht zu Ausbildungszwecken erteilen sollten.

Aber es ist ja nicht nur der Unterrichtsausfall, der die Misere ausmacht, auch die Klassen sind nach wie vor zu groß. Bedingt durch Schülerrückgang, nähern wir uns zwar in Niedersachsen langsam statistisch der Zahl von 25 Schülern pro Klasse, aber dies heißt noch lange nicht, daß jeder Schüler nur noch in Klassen mit 25 oder 26 Schülern sitzt. Eine Untersuchung der GEW im Kreis Schaumburg ergab, daß von 770 untersuchten Klassen aller Schulformen in 540 mehr als 25 Schüler waren, und in 150 Klassen saßen sogar 30 und mehr Schüler.

NACHRICHTEN: *In den letzten Monaten fanden in mehreren Städten Aktionen gegen die Lehrerarbeitslosigkeit statt. Sind weitere Aktivitäten geplant?*

Kurt Veith: Wenn es nach den Plänen der Landesregierung geht, müssen wir 1981/82 mit einem drastischen Anstieg der Lehrerarbeitslosigkeit rechnen, da fast überall Sparhaushalte vorgelegt worden sind, die zum Teil einen völligen Einstellungsstopp und darüber hinaus Entlassungen von befristet angestellten Lehrern vorsehen. Die Ausschüsse junger Lehrer und Erzieher der GEW werden deshalb im Herbst und Winter 1981/82 verstärkt vielfältige Aktionen gegen die Lehrerarbeitslosigkeit durchführen, etwa wie den Sitzstreik Hamburger arbeitsloser Lehrer, die Versteigerung arbeitsloser Lehrer in Hannover, die Aktion „Lehrer auf den Müll" in Düsseldorf oder das kollektive Arbeitslosmelden in Hessen.

In diesem Zusammenhang ist auch eine bundesweite Protestveranstaltung geplant. Wir sind sicher, daß wir bei all unseren Aktivitäten die volle Unterstützung der gesamten GEW bekommen werden, da insbesondere nach den Beschlüssen des letzten Gewerkschaftstages klar ist, daß das Problem der Lehrerarbeitslosigkeit nicht nur eines der jungen Kollegen, sondern ein Schwerpunkt der Arbeit der GEW insgesamt ist.

Allerdings haben wir Schwierigkeiten, die Betroffenen selbst zu aktivieren. Sie sehen häufig Arbeitslosigkeit als ihr individuelles Problem und versuchen auf verschiedenste Art und Weise, eine Stelle zu ergattern, oder aber sie resignieren völlig und „steigen aus". Dabei ist die bisherige Erfolgsbilanz im Kampf gegen Lehrerarbeitslosigkeit gar nicht schlecht. Seit 1975 die Finanzminister erstmals ankündigten, daß keine Lehrer mehr eingestellt würden, sind ca. 100 000 neue Lehrerstellen geschaffen worden, und das sicher nicht zu letzt aufgrund der Aktivitäten der GEW.

NACHRICHTEN: *Welchen Stellenwert räumt die AjLE der Arbeitszeitverkürzung als einem der Mittel ein, um der Lehrerarbeitslosigkeit entgegenzusteuern und die Arbeitssituation der Lehrer zu erleichtern? Gibt es dazu Beschlüsse Ihrer Organisation?*

Kurt Veith: Trotz Schülerrückgangs würde die Beseitigung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls und die Erfüllung elementarer bildungspolitischer Forderungen, wie etwa keine Klassen über 25 Schüler, besondere Betreuung ausländischer Schüler, Einführung der Ganztagsschulen in der nächsten überschaubaren Zeit die Einstellung aller Lehrer fordern.

Trotzdem hat die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und der 35-Stunden-Woche auch für Lehrer einen zentralen Stellenwert, um die Lehrerarbeitslosigkeit zu beseitigen. Wir haben die enge Verbindung des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung und um Einstellung aller Lehrer stets betont. Diese Situation ist auf dem letzten Gewerkschaftstag der GEW ausdrücklich bekräftigt worden. So heißt es in dem Beschluß zur Arbeitszeitverkürzung: „Die GEW sieht in der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung die wichtigste politische Aufgabe der kommenden Jahre ... Das Recht auf Arbeit gilt auch für Lehrer. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit der Lehrer wäre vermieden worden, wenn die Landesregierungen die Lehrer wie die anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst an der Arbeitszeitverkürzung beteiligt hätten. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bleibt unsere zentrale Forderung, weil wir Lehrer unter dem ständigen Druck von Arbeitsüberlastung und Mehrarbeit stehen und weil wir in der Verteidigung unserer Arbeitskraft und in der Verbindung mit der breiten gewerkschaftlichen Bewegung gegen die wachsende Intensivierung der Arbeit (u. a. der Gewerkschaften ÖTV, Post, Druck und Papier, Metall) die größte Einheit unter uns Lehrern selbst und mit anderen abhängig Beschäftigten herstellen können."

Zentrale Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, diesen Beschluß umzusetzen. Angesichts der gegenwärtigen finanzpolitischen Prioritätensetzung wird dies eine harte Auseinandersetzung werden, in der wir einen langen Atem und phantasiereiche Kampfformen entwickeln müssen.

29 Heinze-Frauen am 9. September vor BAG

„Mütter, Väter, Töchter, Söhne – kämpfen für die gleichen Löhne." Diese Losung steht auf Plaketten, Aufklebern und Flugblättern, mit denen die IG Druck und Papier, unterstützt von anderen Gewerkschaften und dem DGB, die Großveranstaltung am 6. September im Kasseler Eisstadion vorbereitet. Anlaß dafür ist der am 9. September vor dem Bundesarbeitsgericht angesetzte Prozeß der 29 Heinze-Frauen. Es ist die dritte Station im Kampf gegen die Lohndiskriminierung. Bereits im Mai 1979 verurteilte das Arbeitsgericht Gelsenkirchen den Unternehmer zur Zahlung von 20 000 DM. Dieses Urteil wurde vom Landesarbeitsgericht Hamm aufgehoben.

Leider ist die Lohndiskriminierung der Gelsenkirchener Heinze-Frauen kein Einzelfall, sondern betriebliche und auch gesellschaftliche Realität. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hatten im März des vergangenen Jahres 45,6 Prozent der erwerbstätigen Männer, aber nur 11,3 Prozent der erwerbstätigen Frauen ein monatliches Nettoeinkommen von 1800 DM und mehr. Und noch eine Zahl: Wie das offizielle Presse- und Informationsamt der Bundesregierung am 16. April vermeldete, verdienten im vergangenen Jahr 45,7 Prozent der erwerbstätigen Frauen – bei den Arbeiterinnen sogar 61,2 Prozent – weniger als 1000 DM netto im Monat. Hingegen waren es bei den Männern nur 10,4 Prozent.

Daß sich die Frauen in verstärktem Maße ihrer Diskriminierung bewußt sind, zeigt u. a. das Engagement der 29 Heinze-Frauen, die bis zur höchsten arbeitsgerichtlichen Instanz gehen, um ihr im Grundgesetz verbrieftes Recht zu verfechten. Daß sie in ihrem Kampf nicht alleingelassen werden, beweist die bundesweite Solidarität. Zahlreiche Solidaritätsadressen, 45 000 Unterschriften sind bereits eingegangen.

Dies, die Demonstrationen vor den untergeordneten Instanzen der Arbeitsgerichte, die weite Publizität und den großen Anklang, den das Theaterstück „Frauen sind keine Heinzelmänner" gefunden hat, wertet die IG Druck und Papier in einer Dokumentation als „Höhepunkt im gewerkschaftlichen Kampf gegen die Lohndiskriminierung".

„Der Erfolg vor den Gerichten", so die Gewerkschaft, „hängt auch davon ab – heute und in Zukunft – wie Frauen und Männer in den Gewerkschaften den Kampf gegen die Lohndiskriminierung mit dem allgemeinen Kampf der Arbeiterbewegung um Durchsetzung, Erhaltung und Ausbau der Rechte aller abhängig Beschäftigten verbinden und in gemeinsame Aktionen umsetzen."

Für diesen Kampf aber sollte der 6. September in Kassel ein weiterer Meilenstein sein. Aufgabe ist es, in der noch verbleibenden Zeit dafür zu sorgen, daß weitere Solidaritätsunterschriften gesammelt und daß am 6. September weitere Zeichen gesetzt werden.

G. M.

Willi Bleicher †

In der Nacht vom 23. zum 24. Juni starb Willi Bleicher. Er war, wie der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, an seiner Bahre sprach, einer der bedeutendsten und streitbarsten Gewerkschafter unseres Landes. Einem Spruch Ulrich von Huttens folgend, den er zur Leitlinie seines Handelns wählte, reute ihn jeder Tag, an dem er dem Gegner keine Wunden schlug. Willi Bleicher war Marxist. Sein Handeln war gradlinig und konsequent. Dies hinderte ihn nicht, Kolleginnen und Kollegen mit einer unterschiedlichen Weltanschauung zu respektieren, wenn sie konsequent zur Sache der Arbeiterbewegung standen.

Er war, trotz seiner enormen theoretischen Kenntnisse, kein Theoretiker, er blieb immer ein Mann der gewerkschaftlichen Praxis. Eugen Loderer sagte, daß sein Leitspruch gewesen sei: „In der täglichen betrieblichen Kleinarbeit offenbart sich unsere gewerkschaftliche Größe." Das Herz müsse immer mitten in der Sache sein. Dies sei wichtiger als hundert gescheite Gedanken.

Walter Bartel, der aus der DDR angereiste Vizepräsident der Internationalen Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora, würdigte das erfüllte Leben des Antifaschisten Bleicher, der jahrelang im KZ Buchenwald eingekerkert war. Er berichtete, was bisher kaum bekannt war, daß Willi Bleicher im Oktober 1944 in Buchenwald in den Bunker kam und grausam gefoltert wurde. Er blieb standhaft und verriet niemanden. So rettete er die Leitung der internationalen Widerstandsbewegung.

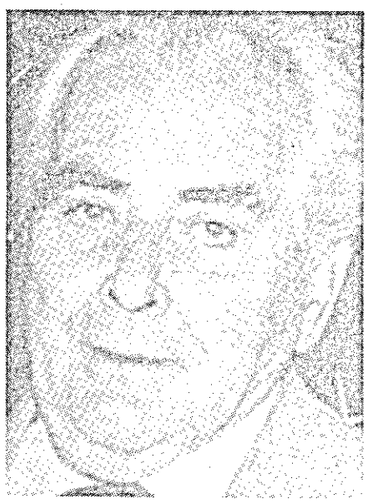
Im Namen des Präsidiums der VVN/Bund der Antifaschisten sagte Emil Carlebach, daß Willi Bleicher schon zu Lebzeiten Vorbild für ungezählte Gewerkschafter und junge Menschen geworden sei. Sein Mut, seine Menschlichkeit und seine vorgelebte Solidarität hätten ihm die Herzen und Hirne gewonnen. Für Willi Bleicher seien die Erfahrungen des Gewerkschafters und die des Antifaschisten zu einer Erkenntnis zusammengeflossen.

Immer sei er ein entschlossener Gegner des Militarismus gewesen. Als Arbeiter und als Arbeiterführer habe er gewollt, daß die Arbeit dem Leben diene, nicht aber dem Tod und der Vernichtung. Carlebach appellierte an die, die an seine Bahre gekommen waren, würdige Nachfolger Bleichers zu werden. „Bückt euch nicht vor den Mächtigen", sagte er, „paßt euch nicht an, laßt euch nicht von der unseligen Tradition deutschen Untertanengeistes einlullen. Nehmt von hier und heute das Bewußtsein mit, daß es in unserem Volke Menschen gibt wie Willi Bleicher, Menschen, die der heranwachsenden Jugend ein Vorbild sind." H. Sch.

Willi Bleicher †

Das Leben lebenswert gestalten

Sie schänden jüdische Friedhöfe, Häuserwände werden mit Hakenkreuzen beschmiert, und „Juda verrecke" ist ihre Losung. Sie halten ihre Parteitage ab, und die Polizei wird zum Schutze dieser Veranstaltungen aufgeboten. Der Majdanek-Prozeß wird zur Farce, und im Lischka-Prozeß verdeckten die Angeklagten vor den Kameras ihre Schädel und beteuerten, von nichts gewußt zu haben. Jeder billige Räuberhauptmann im Mittelalter wäre lachend in die Grube gesprungen, hätte man ihm ein ähnliches Ausmaß an Verbrechen an Zehntausenden unschuldiger Männer, Frauen und Kinder, wie das bei Lischka und Konsorten der Fall war, nachweisen können . . .



1945 hatten wir andere Vorstellungen von dem, was werden soll. Wir wollten die Ursachen des Faschismus beseitigen. Rache war nicht das Beherrschende, weil wir wußten, daß sie destruktiv ist aber wir wollten, daß die Schuldiggewordenen vor Gerichten und Richtern, die selbst nicht schuldig geworden waren, verurteilt werden. Neubeginn war unsere Losung, aber nicht auf den Fundamenten der alten kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wir wollten der Jugend und mit der Jugend eine Welt bauen ohne Radikalenerlaß, ohne Berufsverbote, ohne Jugendarbeitslosigkeit und eine solche des Friedens, des Hoffendürfens auf bessere Tage im Alter und ohne Arbeitslosigkeit.

Wenn ich im 72. Lebensjahr rückblikkend den Weg der deutschen Arbeiterbewegung, von der die Gewerkschaften der wesentlichste Teil waren, verfolge, dann sind es der Niederlagen nicht wenige, und der tiefste Fall, das Jahr 1933, war nicht nur bedingt durch die Uneinigkeit und Zerrissenheit, sondern durch das Nichtbegreifen, daß der Faschismus auch nur eine Herrschaftsform des Kapitalismus ist, zu der man greift, wenn mit den bisherigen Mitteln und Methoden der Demokratie ihre ökonomische Herrschaft und die damit verbundene Profitmaximierung nicht mehr sichergestellt werden kann. Über 11 Jahre Gestapogefängnisse und Konzentrationslager haben mich in dieser Zeit nie schwankend gemacht in meinem Wissen, daß es nicht darauf ankommt, nur in dieser Welt zu leben, sondern viel wesentlicher: diese Welt lebenswerter zu gestalten.

Ja, der Sozialismus ist ein geschichtliches Muß. Er ist für mich der Inbegriff des Humanen, mag er auch in der Gegenwart zuweilen zur Unkenntlichkeit verzerrt werden. Hoffnung liegt in der Erkenntnis, daß wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Die Gewerkschaftsbewegung zog Lehren, indem sie aus den Richtungsgewerkschaften eine einheitliche starke Gewerkschaftsbewegung aufbaute. Sie errang Siege im Kampf um die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, bei der Gleichstellung der Arbeiter im Krankheitsfall mit den Angestellten, im Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie errang Erfolge in der Berufsausbildung und Vergütung der Auszubildenden, auch mehr Urlaub und Urlaubsgeld. Wir strengten uns an, bei der Humanisierung der Arbeitswelt Fortschritte zu erzielen. Es ist also eine stolze Bilanz. Sie kann trotzdem einen politisch aktiv in der Arbeiterbewegung Stehenden nicht befriedigen. Eine politische Lethargie, ein Desinteresse, insbesondere auf gesellschaftspolitischer Ebene, ist spürbar. Wir, die Alten, kümmern uns zuwenig um unsere jugendlichen Kolleginnen und Kollegen. Sie sind wißbegierig, begriffen wir doch, daß diese Jugend Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut ist, würde unser Verhältnis am Arbeitsplatz sich in mehr Solidarität niederschlagen. Ja, das ist noch ein weiter Weg, und er wird immer steiniger, wappnen wir uns mutig, der Gegenwart zu begegnen.

Ich erinnere mich jetzt der Worte, die Karl Liebknecht zwei Tage vor seiner Ermordung schrieb: Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse, wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden, aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs stolz dahin bis zum Ziel. Ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht ist, leben wird unser Programm, leben wird die Welt der erlösten Menschheit, trotz alledem und alledem.

(Aus Maizeitung des DGB-Landesbezirks Hessen 1980, unwesentlich gekürzt.)

Christian Götz (HBV): Allparteien-Koalition plant Sozialabbau

„Wir brauchen eine Volksbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau. Bei ihrer inhaltlichen Ausrichtung und Organisation sollten die Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen." Das erklärte Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), auf einer am 12. Juni stattgefundenen Funktionärskonferenz seiner Organisation in Düsseldorf. Eindringlich warnte der Gewerkschafter vor einer sich bereits deutlich abzeichnenden „Allparteien-Koalition für den Sozialabbau". Es sei im Gegenteil notwendig, die Rüstungsausgaben drastisch zu senken, um so zusätzliche Mittel für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für soziale Reformen freizumachen. Zur Information unserer Leser veröffentlichen wir nachfolgend Auszüge aus dem in Düsseldorf gehaltenen Referat von Christian Götz.

Leider nur eine Fiktion . . .

Aus Bonn kommen in diesen Tagen Nachrichten, die verständlicherweise Aufsehen erregen. Agenturen und Korrespondenten melden: „Helmut Schmidt hat vor dem Deutschen Bundestag mit großer Eindringlichkeit erklärt, daß er für die uneingeschränkte Fortsetzung der – vielfach bewährten – Politik der Entspannung eintritt und auch deshalb die Lagerung noch weiterer Atomwaffen auf dem Territorium der Bundesrepublik für gefährlich und unverantwortlich halten würde. Sozialabbau zugunsten weiterer Rüstung sei für einen führenden Sozialdemokraten noch nicht einmal eine zumutbare Fragestellung. Der Bundeskanzler will mit dem gesamten Gewicht – und notfalls sogar Risiko – seines Amtes dafür eintreten, daß prinzipielle Fehlentwicklungen in der Friedens- und Sozialpolitik bereits im Keim erstickt werden.

Nach dem scharfen Votum von Helmut Schmidt beeilte sich auch FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher zu der Feststellung: Das sozialliberale Bündnis ist einmal unter den Postulaten „Friedenssicherung und Entspannung" und „Mehr soziale Gerechtigkeit durch Reformen" angetreten. Diese Grundorientierung dürfe gerade in schwierigen Zeiten nicht verlorengehen.

Erfahrene Beobachter der „Bonner Szene" stimmen in der Beurteilung überein: Nach diesen Klarstellungen von Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher, mit denen die beiden Spitzenpolitiker der Koalition eine breitgefächerte Grundstimmung sowie tatsächliche Bedürfnisse und Interessen der meisten Bürger subtil auffingen, kann die Opposition ihre Träume von einem schnellen Regierungswechsel für längere Zeit in den Wind schreiben. Soweit der „Bericht aus Bonn". – Leider handelt es sich leicht erkennbar nur um Fiktion und Satire.

- Tatsächlich wird zur Zeit in Bonn auch von der Koalition eine Politik betrieben, die das Konzept der Entspannung unterläuft und seine Früchte gefährden kann.
- Tatsächlich haben die beiden „ersten Männer" der Bundesregierung mit ihrem Rücktritt gedroht; allerdings für den Fall, daß SPD und FDP den verhängnisvollen „Nachrüstungs"-Beschluß, der unser Land noch stärker in eine „Atomrampe" verwandeln würde, nicht bis zum bitteren Ende mittragen.
- Tatsächlich stimmen der Bundeskanzler und alle Bonner Parteien in der „Notwendigkeit" des Sozialabbaus überein.
- Tatsächlich wären Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher eher bereit, ihre Regierungsfähigkeit zu gefährden, als sich von einer amerikanischen Politik abzukoppeln, die sich für die Bundesrepublik letztlich nur negativ auswirken kann, die also unseren (wohlverstandenen) „nationalen Interessen" diametral zuwiderläuft.

Das ist übrigens die eigentliche Satire, bei der Lachen allerdings gar nicht erst aufkommt. In dieser Situation muß sich Demokratie im ursprünglichen Sinn beweisen. Die Regierten müssen die Regierenden auf den „richtigen Kurs" zurückzwingen. Konkreter formuliert: Wir brauchen in der Bundesrepublik eine neue Volksbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau. Bei der inhaltlichen Ausrichtung und Organisation dieser Volksbewegung müssen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen . . .

Die neue amerikanische Regierung finanziert ihren Kurs extremer Hochrüstung mit konsequentem bis brutalem Sozialabbau. Davon ist kein sozialer Bereich ausgeschlossen. Die politisch Verantwortlichen haben keine Hemmungen, den Ärmsten der Armen in die Tasche zu greifen, so wenn z. B. die Aufwendungen für Lebensmittelgutscheine für Millionen von Amerikanern, die unterhalb der Armutsgrenze leben, zusammengestrichen werden.

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat von den europäischen Verbündeten verlangt, diese „Kapitalismus-nackt-Methode" gleichfalls zu praktizieren. Das hat die Bundesregierung, zum Teil sogar von der Opposition sekundiert, entschieden zurückgewiesen. Die Empörung war offensichtlich aber nur verbaler Art. Tatsächlich entwickelt sich in Bonn seit längerem nicht nur eine „große Koalition", sondern sogar ein „Allparteien-Bündnis" für Sozialabbau. Gleich serienweise abgegebene Erklärungen von Spitzenpolitikern beweisen:

Die Bundestagsparteien stimmen über die „Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen im sozialen Bereich" grundsätzlich überein; diskutiert wird lediglich noch über Umfang und Tempo. Der große Rundschlag soll im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 1982 geführt werden. Der FDP-Finanzexperte Hans-Günter Hoppe sagte in der diesjährigen Haushaltsdebatte Eingriffe voraus, „die bis an die Grenzen des Zumutbaren nicht nur für die Bürger, sondern auch für das Selbstverständnis von FDP und SPD vorstoßen würden". Deutlicher kann die Ankündigung „sozialer Amputation" nicht ausfallen.

Daß die Bundesregierung dazu in der Tat bereit ist, hat sie – als kleine Probe aufs große Exempel – bereits im Zusammenhang mit dem am 19. Juni 1981 vom Deutschen Bundestag zu verabschiedenden Nachtragshaushalt 1980 vorgeführt. Mit diesem Etat wurde eine Umschichtung öffentlicher Mittel zugunsten des militärischen Sektors und zu Lasten sozialer Verpflichtungen vollzogen. Von den 1,883 Milliarden DM kassierte das Verteidigungsministerium mit 960 Millionen DM (= 51 Prozent) gut die Hälfte. Zum (teilweisen) „Ausgleich" erfolgten Einsparungen in so wichtigen Aufgabenfeldern wie Berufsausbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Unfallforschung, Krebsforschung und Kampf gegen Luftverschmutzung.

Es gehört keine besondere Prophetie zu der Ankündigung, daß für die nächsten Monate mit einer „Konzertierten Aktion" von Bonner Spitzenpolitikern, Kapitalvertretern und Massenmedien zu rechnen ist, um insbesondere die Arbeitnehmer und ihre Familien langfristig auf den Abbau sozialer Leistungen und Ansprüche einzustimmen. Ziel ist, Widerstand sich erst gar nicht entwickeln zu lassen bzw. bereits im Vorfeld zu brechen.

So forderte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in einer offiziellen Erklärung, die am 2. Juni 1981 der Presse übergeben wurde, „die strikte Begrenzung der Staatsausgaben", um dann (Originaltext) fortzufahren: „In diesem Zusammenhang sei es unvermeidlich, auch das soziale Leistungsrecht konsequent nach Einsparungsmöglichkeiten zu durchforsten, nicht mehr notwendige Sozialleistungen abzubauen und ihre mißbräuchliche Inanspruchnahme durch gesetzliche Vorkehrungen auszuschließen. Hierzu sei das Zusammenwirken aller verantwortlichen Kräfte in Staat und Gesellschaft erforderlich."

„Gegenmacht" aufbauen / „Kampf dem Atomtod" wiederbeleben

Aus der geschilderten politischen Gesamtlage, die durch vielfache Bedrohungen und Gefährdungen von Arbeitnehmerrechten gekennzeichnet ist, müssen die Gewerkschaften Konse-

quenzen für die eigene Arbeit ziehen. Es geht darum, daß die Arbeitnehmerorganisationen sich gerade auf diesem, über unsere Zukunft entscheidenden politischen Feld als wirksame „Gegenmacht" erweisen. Durch zielgerichteten Ausbau ihrer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit müssen der DGB und seine Organisationen noch nachdrücklicher als bisher das prinzipielle Interesse der Arbeitnehmer an einer Politik des Friedens und der Entspannung unterstreichen.

Der DGB-Bundesjugendausschuß hat in einer bemerkenswerten – vom DGB-Bundesvorstand gebilligten – Entschließung, die am 8. April 1981 im „DGB-Nachrichtendienst" veröffentlicht wurde, detailliert beschrieben, welche Forderungen vorrangig zu vertreten sind:

- Sofortiger Beginn von Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Europa ohne Vorbedingungen und mit dem Ziel, keine weitere Stationierung atomarer Waffen in Ost und West zuzulassen;
- sofortige Ratifizierung von SALT II;
- Erarbeitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West mit dem Ziel, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen;
- keine Stationierung der Neutronenbombe in Europa;
- keine Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Eingreiftruppe;
- keine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung neuer Waffensysteme;
- konsequenter Abbau des Rüstungsexports mit dem Ziel eines Verbotes;
- Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen Betrieben unter Beteiligung der Gewerkschaften;
- Schaffung eines Abrüstungsamtes und eines entsprechenden Bundestagsausschusses mit weitreichenden Kontrollmöglichkeiten, insbesondere für Rüstungsproduktion, Rüstungsexport, Einhaltung vereinbarter Abrüstungsschritte und für die Ausrüstung der Bundeswehr;
- parallel dazu schrittweise Senkung des Verteidigungshaushaltes und Umverteilung zugunsten der Entwicklunghilfe und von sozialen und Friedensdiensten;
- Ausbau der Friedensforschung und Einführung des Faches „Friedenserziehung" in den allgemeinbildenden Schulen.

Darüber hinaus sollten die Gewerkschaften ihre eigenen Kontakte zu Arbeitnehmerorganisationen in sozialistischen Ländern gerade jetzt intensivieren und gezielt nutzen, um – gemeinsam – Vorschläge für Abrüstungsschritte zu diskutieren. Dies könnte eine wichtige „vertrauensbildende Maßnahme" darstellen.

Außerordentlich begrüßenswert ist, daß der DGB in den letzten Jahren den traditionellen Anti-Kriegstag neu belebt hat. Neben dem 1. Mai muß der 1. September künftig als Tag gestaltet werden, an dem die organisierte Arbeitnehmerschaft mit machtvollen – und damit von niemandem zu ignorierenden – Demonstrationen für eine Politik des Friedens, der Abrüstung und Entspannung eintritt. Laut Entschließung des DGB-Bundesjugendausschusses sollen in diesem Jahr nicht nur zum 1. September selbst, sondern auch in seinem Vorfeld vielfältige Aktionen stattfinden, um den geschilderten Forderungen Geltung zu verschaffen. Dabei sollte der Begriff „Aktion" nicht restriktiv ausgelegt werden.

Von zentraler Bedeutung ist eine breite, einheitliche und aktive „Front" der Arbeitnehmer und Gewerkschaften gegen den drohenden Sozialabbau herzustellen. Auch Arbeitnehmer, die auf die Warnung „Bedrohung des Friedens" nur begrenzt reagieren, weil diese „Losung" möglicherweise zu abstrakt ist und weil sie sich (noch) sicher fühlen, werden bald merken, daß ihre ökonomischen und sozialen Interessen jetzt konkret bedroht sind. Das eröffnet für die Gewerkschaften die Chance – und zugleich die Pflicht –, den Widerstand in die breite Mitgliedschaft und in die Betriebe zu tragen.

Wie bereits einleitend betont, sollten sich die Gewerkschaften durch notwendige Eigenständigkeit und falsche Berührungsnicht daran hindern lassen, daß ihre Aktivitäten in eine Volksbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau einfließen, die in Ansätzen bereits vorhanden sind. Für dieses Bündnis gibt es einen wichtigen historischen Vorläufer: In der Initiative „Kampf dem Atomtod" schlossen sich in den 50er Jahren Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Wissenschaftler sowie Vertreter von Kirchen und verschiedenen Friedensverbänden zusammen, um die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu verhindern. Der gegenteilige Mehrheitsbeschluß des Bundestages vom 25. 3. 1958 konnte letztlich nicht realisiert werden.

In diesem Sinne gilt es, aus der Geschichte zu lernen. Wir sollten die DGB-Mai-Parole von 1962 „Nicht Atomwaffen – nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden!" aufgreifen und praktisch umsetzen. Wir haben die Chance, eine verhängnisvolle Entwicklung zu verhindern – wenn wir das wirklich wollen.

10. Frauenkonferenz des DGB BESCHLÜSSE

Vom 20. bis 22. Mai fand in Essen die 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz statt (Bericht NACHRICHTEN 6/81). Die Delegierten berieten über 137 Anträge (A), mehrere Initiativanträge (IA), Entschließungen (E) und Initiativentschließungen (IE) mit einer breiten Themenskala. Darunter ist auch ein umfangreiches „Aktionsprogramm für die gewerkschaftliche Frauenarbeit zur Durchsetzung der gleichen Rechte und Chancen der Frauen". Wir werden dieses Aktionsprogramm dokumentieren, sobald der DGB-Bundesvorstand seine Zustimmung gegeben hat. Zur Information unserer Leser veröffentlichen wir nachfolgend eine Auswahl der in Essen gefaßten Beschlüsse.

Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (I A)

Die Delegierten der 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz fordern im Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Kinder den Bundestag auf, die vorgesehene Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, wonach eine finanzielle Förderung nach dem 30. Lebensjahr nicht mehr erfolgen soll, nicht vorzunehmen. Wir wehren uns entschieden gegen diese Einschränkung, weil dadurch Arbeitnehmer, die Bildungsabschlüsse nachholen oder eine weitere Qualifizierung vornehmen wollen, benachteiligt werden. Der 2. Bildungsweg würde damit endgültig für Arbeitnehmer versperrt. Ebenfalls wenden sich die Delegierten gegen das Hinausschieben der Erhöhung der Bafög-Beträge. Auch für Studenten darf es keine „Lohnpause" geben, denn mit einem solchen Verhalten werden die Studenten an den Rand des Existenzminimums gedrängt.

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit (I E)

Die Delegierten der 10. Bundesfrauenkonferenz sind solidarisch mit allen Frauen, die es nicht länger hingenommen haben und hinnehmen, daß sie mit weniger Lohn oder Gehalt nach Hause gehen, nur weil sie Frauen sind. Immer mehr Frauen setzen sich gegen diese Benachteiligung zur Wehr. Die Teilnehmerinnen der Bundesfrauenkonferenz sind an der Seite der 29 Heinze-Kolleginnen, wenn nun am 9. September 1981 vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel ihre Klagen um gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit verhandelt werden. Darüber hinaus unterstützen sie die anstehenden Lohnklagen der IG-Metall-Kolleginnen der Firma Thyssen in Aßlar, Groschopp in Viersen und Kromberg & Schubert in Witten, und die Klagen aller Kolleginnen aus den anderen Einzelgewerkschaften in dieser Angelegenheit.

Diese Klagen sind ein Beweis dafür, daß die Unternehmer nach wie vor das Recht auf gleichen Lohn verweigern und Frauen gezwungen sind, über viele betriebliche Aktivitäten hinaus ihr Recht einzuklagen. Die in vielen Gesetzen verankerte Gleichberechtigung bedarf unseres aktiven, gemeinsamen und vielfältigen Einsatzes, um ihr ein Stück näherzukommen.

Integration der Frau in das Berufsleben (A 3)

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen der Bundesregierung, der Landesregierungen, bei den Arbeitsämtern sowie bei den Arbeitgebern, bei ihren Verbänden und den Kammern dafür einzusetzen, daß folgende Forderungen realisiert werden:

1. Einführung der Erziehung zu partnerschaftlichem Verhalten in allen Erziehungseinrichtungen und Schulen.

2. Veränderung der Bildungsinhalte im Sinne einer Aufhebung der starren Funktionstrennung von Frau und Mann und Hinwendung zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Familienaufgaben.

3. Eröffnung der Berufsbereiche für Mädchen, die bisher als traditionelle Männerberufe galten. Darüber hinaus müssen den Mädchen auch die Berufe offenstehen, die im Rahmen des technischen Wandels neu erschlossen werden.

4. Chancengleichheit bei Bewerbung und Einstellung.

5. Motivationslehrgänge, Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen zur Wiedereingliederung in das Berufsleben nach Zeiten der Kindererziehung in allen Berufszweigen.

6. Weiterer Ausbau der familienergänzenden Erziehungseinrichtungen für die Kinder aller Altersgruppen zur Durchsetzung der Möglichkeit, Beruf und Familienaufgaben zu vereinbaren. Dazu gehört u. a. die Einführung des Null-Tarifs für Kindertagesstätten in allen Bundesländern.

7. Eine familienfreundliche Arbeitszeit.

8. Untersagung von geschlechtsspezifischen Stellenausschreibungen.

Chancengleichheit in der Berufsausbildung (A 6)

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß die Berufsausbildungsmöglichkeiten für Mädchen mehr als bisher ausgeweitet werden. Ein breites Angebot von Ausbildungsplätzen innerhalb der gewerblich-technischen Berufe muß von Industrie und Handwerk zur Verfügung gestellt werden.

Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (A 11)

Der DGB-Bundesfrauenausschuß wird beauftragt, eventuell durch das Einsetzen einer Kommission, Grundlagen für eine breitere Informationsarbeit (innerhalb der Gewerkschaften und des DGB) sowie eine wirkungsvollere Öffentlichkeitsarbeit über Erfahrungen, Forderungen, Ziele und Erfolge der gewerkschaftlichen Frauenarbeit zu erarbeiten und diese dann umzusetzen.

EG-Anpassungsgesetz (A 15)

Der DGB-Bundesvorstand soll dahingehend auf den Gesetzgeber einwirken, daß das EG-Anpassungsgesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz und über die Erhaltung von Ansprüchen bei Betriebsübergang in folgenden Punkten geändert wird:

1. Auf die Glaubhaftmachung einer Benachteiligung durch den Arbeitnehmer im Streitfall muß verzichtet werden.

2. Bei einem Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot muß der Arbeitnehmer die Wahl haben, auf Erfüllung zu klagen oder Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen.

3. Die Sollvorschrift des § 611 b BGB (keine geschlechtsspezifische Stellenausschreibung) ist durch ein Verbot der geschlechtsbezogenen Stellenausschreibung zu ersetzen.

4. Ein Verstoß des Arbeitgebers gegen das Gesetz ist als Ordnungswidrigkeit zu verfolgen.

5. Den Tarifvertragsparteien muß ein Klagerecht eingeräumt werden.

Anteil der beschäftigten Frauen in den Medien (A 22)

Die Delegierten der 10. Bundesfrauenkonferenz fordern die DGB-Vertreter in den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten auf, darauf hinzuwirken, daß mehr Frauen verantwortlich im gesamten Programmbereich beschäftigt werden.

Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen (A 23)

Der DGB tritt dafür ein, daß bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Subventionen an Betriebe Auflagen erlassen werden, die zur Schaffung qualifizierter Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Frauen führen. Auch der öffentliche Dienst muß mehr qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen bereitstellen.

Modellversuche und Fördermaßnahmen (A 29)

Die Delegierten der 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz fordern den DGB-Bundesvorstand auf, wegen einer Reihe negativer Erfahrungen Fördermaßnahmen für Frauen und Mädchen in gewerblich-technischen Berufen künftig nur noch mit folgender Zielsetzung zu unterstützen:

Bei Ausweitung des Ausbildungsangebotes für Frauen und Mädchen durch die obengenannten Fördermaßnahmen ist darauf zu achten, daß nur solche gewerblich-technischen Berufe gewählt werden, in denen breite Grundkenntnisse und zukunftsorientierte Qualifikationen vermittelt werden, das heißt Berufe, in denen die Chance des langfristigen Erhalts der Ausbildung besteht. Zweijährige Ausbildungsberufe, Kurzausbildungsgänge und die Beschränkung der Ausbildung von Frauen und Mädchen auf die erste Stufe eines Ausbildungsganges sind prinzipiell abzulehnen. Es ist ferner darauf zu achten, daß Frauen nach ihrer Ausbildung in einem gewerblich-technischen Beruf entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt und entlohnt werden.

Insgesamt ist darauf zu achten, daß die verstärkte Förderung von Frauen in gewerblich-technischen Berufen nicht zum Vorwand für unterwertige Beschäftigung nach der Ausbildung, für den Abbau vorhandener Arbeitsschutzbestimmungen, für Lohnabbau und Senkung des Facharbeiterniveaus wird. Die Betriebsräte sind aufgerufen, zur Verwirklichung dieser Ziele durch Wahrnehmung ihrer Rechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz in den Betrieben beizutragen.

Rationalisierung und technischer Wandel (E A)

Die als „Dritte technische Revolution" bezeichnete Einführung neuer Technologien, insbesondere der Mikroprozessorenelektronik, verändert in großem Ausmaß die Strukturen von Produktions- und Arbeitsabläufen. Den wirtschaftlichen Vorteilen dieser Technologien stehen dabei große soziale Risiken für die von ihnen betroffenen Arbeitnehmer gegenüber, vor allem durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Entwertung traditioneller Qualifikation. Die Umstrukturierung der Arbeitsorganisation, z. B. durch die Einrichtung zentraler Schreibdienste und Bildschirmarbeitsplätze, durch Einführung neuer Arbeitszeit- und Personalbemessungssysteme, führt neben einer weiteren Entfremdung von den Inhalten der Arbeit zu einer in-

humanen Leistungsverdichtung. Von dieser Entwicklung sind in hohem Maße Frauen betroffen.

An den Strategien der Arbeitgeber zur Durchsetzung ihrer Absichten hat sich nichts geändert. Immer wieder wird versucht, die Rationalisierungsmaßnahmen in Produktion und Verwaltung unter Umgehung der Betriebsräte durchzusetzen. Die tarifvertragliche Absicherung betroffener Arbeitnehmer wird weitestgehend vermieden. Auch die Öffentlichkeit wird oft durch Arbeitgeber und Medien falsch und unzureichend über Ausmaß und Folgen von Rationalisierung unterrichtet.

Die Delegierten der 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB fordern alle Verantwortlichen auf, stärker als bisher Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um diese Entwicklung, die sich auf dem Rücken der Arbeitnehmer vollzieht, zu stoppen.

Dazu gehören vor allem:

- Rationalisierungsschutzabkommen für alle Branchen,
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich,
- Ausweitung der Mitbestimmung,
- keine Ausweitung von Teilzeitarbeit,
- verbesserte Qualität der beruflichen Bildung.

Trotz eines derzeitigen Standes von bereits 1,3 Millionen arbeitslosen Arbeitnehmern – davon rund die Hälfte Frauen – ist abzusehen, daß weitere Arbeitsplätze durch die beschriebene Entwicklung verlorengehen. Die Delegierten der 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB fordern daher, daß bei dem zu erwartenden Arbeitsvolumen das Recht aller – auch der Frauen – auf Arbeit gesichert wird.

Arbeitszeitverkürzung (A 39)

Der DGB-Bundesvorstand und die Vorstände der Einzelgewerkschaften werden aufgefordert, dafür einzutreten, daß die im DGB-Aktionsprogramm und in seinem Programm zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung aufgezeigten Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung zügig in die Tat umgesetzt werden. Dies gilt auch für die Angleichung der gesetzlichen an die tariflichen Bestimmungen.

Arbeitszeitsysteme (E B)

Im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und um Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich zu vermeiden, gehen Arbeitgeber immer häufiger dazu über, Arbeitszeitregelungen einzurichten, deren volles Risiko zu Lasten der Arbeitnehmer geht. Beim „Job-sharing-System" teilen sich mindestens zwei Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz. Dabei erwerben sie keinen Anspruch auf einen Vollzeitarbeitsplatz. Dennoch sind sie verpflichtet, auch beim Ausfall eines der Arbeitnehmer die volle Arbeitszeit zu erbringen. Ähnlich ist es mit dem System der „Kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit" (Kapovaz), vornehmlich im Bereich des Handels, bei dem Arbeitskräfte zu bestimmten Stoßzeiten auf Abruf jederzeit einsetzbar sein müssen, um den Kundenansturm aufzufangen.

Von diesen Regelungen sind insbesondere Frauen betroffen. Die Delegierten der 10. Bundesfrauenkonferenz fordern den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auf, dafür Sorge zu tragen, daß solche Arbeitszeitsysteme, deren Risiken zu Lasten der Arbeitnehmer, insbesondere der Frauen, gehen, in Zukunft unterbunden werden. Sie gehen davon aus, daß nur eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, die auch für den öffentlichen Dienst zu gelten hätte, auch den Bedürfnissen der Arbeitnehmer Rechnung trägt, die heute schon auf eine kürzere Arbeitszeit angewiesen sind. Die Tarifvertragsparteien und der Gesetzgeber werden aufgefordert, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Teilzeitarbeit (A 41)

Die Delegierten der DGB-Bundesfrauenkonferenz beobachten mit Sorge die Tendenz, Vollzeitbeschäftigte durch Teilzeitbeschäftigte und Aushilfen zu ersetzen. Die „Kapovaz" im Einzelhandel ist die auffallendste Form dieser Rationalisierungsmaßnahme der Unternehmer. Sie propagieren neue Arbeitszeitsysteme (z. B. job-sharing) mit der Begründung, daß Frauen wegen der Arbeitsmarktlage und ihrer persönlichen Situation gern solche Arbeitszeiten wählen. Deshalb ist es gefährlich, die Ausweitung der Teilzeitarbeit als Mittel zur Lösung der hohen Frauenarbeitslosigkeit zu fordern.

Die Delegierten der DGB-Bundesfrauenkonferenz stellen fest:

– Teilzeitarbeit kann die hohe Arbeitslosigkeit von Frauen nicht senken. Die Umwandlung von Voll- in Teilzeitarbeitsplätze schafft letztlich noch mehr Arbeitslose.

– Gesamtgesellschaftlich bedeutet Teilzeitarbeit Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich.

– Teilzeitarbeit steigert die Arbeitsintensität. Der Leistungsabfall, der in jedem normalen Arbeitstag enthalten ist, liegt bei Teilzeitbeschäftigten außerhalb der Arbeitszeit.

– Teilzeitarbeit bedeutet meistens weniger qualifizierte Arbeit ohne Aufstiegsmöglichkeiten.

– Teilzeitarbeit unterliegt bei weniger als 15 Stunden nicht der Versicherungspflicht und ist daher für Arbeitgeber billiger.

– Teilzeitarbeit manifestiert die traditionelle Rollenverteilung und die Doppelverantwortung der Frau für Haushalt, Kindererziehung, Altenbetreuung und Beruf.

Deshalb fordert die DGB-Bundesfrauenkonferenz:

1. Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, bei der Bundesregierung, den Landesregierungen und der Bundesanstalt für Arbeit nachdrücklich dafür einzutreten, daß eine Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen, insbesondere durch Steuermittel oder direkte Mittel der Bundesanstalt für Arbeit, unterbleibt.

2. Der Gesetzgeber muß sicherstellen, daß teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in die Versicherungspflicht ohne Begrenzung des Einkommens und der wöchentlichen Arbeitszeit einbezogen werden, wobei der Arbeitgeber auch die Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung zu tragen hat, wenn das Monatseinkommen 10 v. H. der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung nicht erreicht.

3. Die im Lohnfortzahlungsgesetz festgelegte Voraussetzung von mindestens 10 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit ist zu streichen.

4. Betriebs-/Personalräte müssen auf die Problematik der Leistungsverdichtung bei Teilzeitarbeit hingewiesen werden und darauf hinwirken, daß der Arbeitsumfang der geringeren Arbeitszeit angepaßt wird – keinesfalls dürfen Voll- in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt werden.

5. Gewerkschaften müssen sicherstellen, daß

– Teilzeitbeschäftigte unabhängig von ihrer Wochenarbeitszeit nicht von tarifvertraglichen Leistungen ausgeschlossen sind,

– daß Arbeitsverträge für Arbeitskräfte auf Abruf in Arbeitsverhältnisse mit fester Arbeitszeit umgewandelt werden.

– Es ist auf eine tägliche Arbeitszeitverkürzung für alle Arbeitnehmer hinzuwirken.

Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen (A 49)

Die Delegierten der 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz sind besorgt über die Bestrebungen, die dahin gehen, unter dem Vorwand der Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt mehr und mehr Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen abzubauen. Sie fordern den DGB-Bundesvorstand auf, darüber zu wachen, daß nicht über den Umweg eines falschverstandenen Gleichberechtigungsgebotes eine Aufweichung gesetzlicher Vorschriften erfolgt, die in zunehmendem Maße den Frauen den mühsam erkämpften Arbeitsschutz nimmt. Es muß verhindert werden, daß bestehende Schutzgesetze für Frauen wahllos aufgehoben werden, um sie den schlechteren Bedingungen der Männer anzupassen. Eine solche Nivellierung nach unten kann auf keinen Fall hingenommen werden. Der bereits vorhandene Schutz bei gesundheitsgefährdenden Arbeiten darf nicht abgebaut werden. Die Delegierten lehnen es ebenso ab, daß der vorhandene generelle Schutz der Frauen vor gesundheitsgefährdenden Arbeiten aufgehoben und die Beschäftigung mit solchen Arbeiten von der individuellen Eignung abhängig gemacht wird. Im individuellen Arbeitsschutz wird kein ausreichender Ersatz für den Fortfall von generellen Beschäftigungsbeschränkungen gesehen.

Die Delegierten der 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz erklären, daß eine Aufhebung von Sondervorschriften des Frauenarbeitsschutzes erst dann in Betracht gezogen werden kann, wenn das gewerkschaftspolitische Ziel erreicht ist, gesundheitsgefährdende Arbeiten soweit wie möglich einzuschränken, so daß dann auch die männlichen Arbeitnehmer vor den Auswirkungen solcher Arbeiten besser geschützt sind.

Wohnungsbaupolitik (A 109)

Der DGB-Bundesvorstand wird gebeten, sich beim Gesetzgeber dafür einzusetzen, daß Baugrund und vorhandener Wohnraum nicht zu Spekulationszwecken mißbraucht werden können. Durch schärfere gesetzliche Maßnahmen muß verhindert werden, daß vorhandener Wohnraum mutwillig zerstört wird oder nur deswegen verfallen muß, weil ein Neubau höhere Gewinne erwarten läßt. Zugleich soll der DGB auf allen Ebenen darauf hinwirken, daß durch Bereitstellung weiterer kommunaler Grundstücke der soziale Mietwohnungsbau vorrangig gefördert wird.

Internationaler Frauentag (A 113)

Die Delegierten der 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz begrüßen, daß der DGB-Bundesvorstand seinen Beschluß vom 19. 1. 1980 zum Internationalen Frauentag geändert hat. Sie fordern den DGB-Bundesvorstand auf, eine Wiederbelebung des Internationalen Frauentages zu fördern und auf die DGB-Kreise einzuwirken, daß sie die Kreisfrauenausschüsse bei der Durchführung von Aktionen zum 8. März unterstützen. Der Internationale Frauentag eignet sich besonders dafür, die Probleme der erwerbstätigen Frauen öffentlich darzustellen und auf die immer noch bestehenden Widersprüche zwischen Verfassungsgebot und Verfassungswirklichkeit in der Frage der Gleichberechtigung hinzuweisen.

Gegen die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr (A 121)

Die Delegierten der 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB wenden sich gegen alle Bestrebungen, die in Art. 12 Abs. 2 und Art. 12 Abs. 4 des Grundgesetzes festgelegten Grundrechte durch die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht für Frauen auszuhöhlen und zu verändern. Die Bestimmungen des Grundgesetzes, wonach der Wehr- und Zivildienst als Pflichtdienst für Frauen verboten ist, waren das Ergebnis der negativen geschichtlichen Erfahrungen, insbesondere zweier Weltkriege. Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht mit der Folge einer Wehr- oder Zivildienstpflicht für Frauen widerspricht den grundsätzlichen gewerkschaftlichen Zielen, die darauf gerichtet sind, Konflikte zwischen den Staaten friedlich zu lösen. Kriegerische Auseinandersetzungen wurden in der Vergangenheit immer auf Kosten der arbeitenden Menschen geführt. Sie waren in die zu Kriegen führenden Entscheidungsprozesse nie einbezogen. Die Delegierten sind der Auffassung, daß das Problem „Frauen in die Bundeswehr" nicht allein unter dem Gesichtspunkt einer angeblichen Verwirklichung von Gleichberechtigung der Frauen diskutiert werden kann.

Bei der Kampagne für die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht für Frauen handelt es sich um

1. eine Aktion mit dem Ziel, den kurzfristigen und langfristigen Personalbedarf bei den Streitkräften mit qualifizierten oder noch zu qualifizierenden Kräften zu sichern;

2. den Versuch, die entstandene industrielle Arbeitskräftereserve mit einem Frauenanteil von über 60 Prozent in neue Beschäftigungsbereiche bei geringerer Bezahlung einzugliedern. Dies gilt insbesondere für die sozialen Dienste im Bereich des Zivildienstes.

Die allgemeine Dienstpflicht soll die Teilnahme der Frauen an politischen Entscheidungsprozessen scheinbar ermöglichen; es wird verschwiegen, daß diese jedoch außerhalb der Bundeswehr in politisch-parlamentarischen Gremien gefällt werden. Die Eingliederung der Frauen in die Bundeswehr führt nicht zu mehr Gleichberechtigung, da die besonderen hierarchischen Strukturen der Bundeswehr Anpassung und Unterordnung voraussetzen. Auch die Bestrebungen, Frauen auf freiwilliger Basis in den Bereich der Bundeswehr einzubeziehen, werden von uns abgelehnt, da die derzeitige Berufs- und Ausbildungsnot der Frauen ausgenutzt werden kann. Scheinbar freiwillig entscheiden sich dann Frauen für einen Beruf im Bereich der Bundeswehr, weil sie keine andere Chance am Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt haben.

Wir fordern statt dessen die Gewährleistung der sozialen Dienste und Aufgaben durch den Ausbau von Arbeitsplätzen im privaten und öffentlichen Bereich, damit eine zunehmende Konkurrenz zwischen Zivildienstleistenden und Arbeitnehmern verhindert wird.

Im Interesse der gesamten Bevölkerung ist die soziale Infrastruktur auszubauen und zu verbessern, um die gleichberechtigte Integration der Frauen ins Erwerbsleben zu sichern. Nur eine solche Politik ist human, frauen- und männerfreundlich und stellt einen konsequenten Beitrag zur Friedenssicherung und politischen Entspannung dar. Die Delegierten der 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz fordern den DGB-Bundesvorstand auf, entschieden und öffentlichkeitswirksam gegen die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr einzutreten.

Entspannung und Abrüstung (A 127)

Mit großer Besorgnis sehen die Delegierten der 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB die zunehmenden Spannungen in der Welt und die wachsende Gefahr eines Atomkrieges. Ausgehend von den Grundsätzen der internationalen Gewerkschaftsbewegung fordern die Delegierten der 10. Bundesfrauenkonferenz erneut zu einer Politik der Entspannung und Abrüstung auf. Die Aufrechterhaltung des Friedens hat für die Arbeitnehmer absoluten Vorrang. Trotz aller ideologischen Gegensätze in der Welt gibt es keine Alternative zu einer Politik der Entspannung und des friedlichen Neben- und Miteinanders der Völker. Im letzten Jahrzehnt sind in wesentlichen Bereichen Erfolge beim Übergang von der Konfrontation zur Kooperation erzielt worden. Diese Politik muß fortgesetzt werden, denn Entspannung und Abrüstung können nicht ohne oder gegen eines der großen weltpolitischen Lager erreicht werden. Deshalb wenden sich die Delegierten der 10. Bundesfrauenkonferenz auch und gerade in der derzeitigen Lage gegen eine Politik des kalten Krieges.

Die jährlich auf 500 Milliarden Dollar gestiegenen weltweiten Rüstungsausgaben müssen dringend durch internationale Vereinbarungen gesenkt werden. Die dadurch freiwerdenden Gelder sind für gesellschaftlich nützliche Aufgaben einzusetzen.

Die Delegierten der 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB bekräftigen die ablehnende Haltung gegenüber der Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte. Die Bundesregierung wird aufgefordert, weiterhin keine militärischen Güter in Spannungsgebiete zu liefern. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Rüstungsproduktion auf Dauer keine Beschäftigungssicherheit bietet. Das Vollbeschäftigungsziel kann u. a. durch die Herstellung nützlicher Güter, die Ausweitung sozialer Dienste sowie durch Arbeitszeitverkürzung erreicht werden.

Die Delegierten der 10. Bundesfrauenkonferenz verurteilen die massive Rüstungspolitik in Ost und West und den Beschluß des NATO-Rates zur Bestückung West-Europas mit Mittelstrecken-Raketen sowie die Absicht der amerikanischen Regierung, in West-Europa die Neutronenbombe zu stationieren. Sie halten Abrüstung und Entspannung in Ost und West als Grundvoraussetzung für eine die Arbeitnehmer überzeugende Reformpolitik. Die Delegierten fordern den DGB-Bundesvorstand auf, anknüpfend an bisherige Aktivitäten zum Antikriegstag Aktionen einzuleiten und die Fragen von Abrüstung, Frieden und Entspannung durch eine breite Informations- und Bildungsarbeit stärker in das Bewußtsein der Mitglieder und der Öffentlichkeit zu bringen.

Projekt Schichtarbeit: Arbeit muß menschlicher werden

Den Problemen der Schichtarbeiter – ihren besonderen Belastungen am Arbeitsplatz, den gesundheitlichen Schädigungen und den sozialen Benachteiligungen – kommt in den Forderungen der Gewerkschaften zur Humanisierung der Arbeit ein herausragender Stellenwert zu. Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IG ChPK) legte nun Anfang dieses Jahres eine umfangreiche wissenschaftlich fundierte Studie vor, in der die Arbeits- und Lebensbedingungen von Schichtarbeitern detailliert untersucht werden. Nachfolgend veröffentlichen wir daraus die wichtigsten Ergebnisse.

Der Arbeitszeitraum des Forschungsprogramms, das zum Teil aus Mitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie finanziert wurde, erstreckte sich über einen Zeitraum von fast zwei Jahren. Hierzu heißt es in den Vorbemerkungen: „Ziel des Projekts ist es, die Ergebnisse der Forschung zum Problembereich Schichtarbeit für die betriebliche und gewerkschaftliche Praxis nutzbar zu machen. In einem ersten Schritt wurde im Frühjahr 1980 eine Problemanalyse der Schichtarbeit im Organisationsbereich der IG Chemie-Papier-Keramik durchgeführt. Dazu wurden ca. 6000 organisierte und unorganisierte Kolleginnen und Kollegen aus 37 Betrieben und Verwaltungsstellen befragt. Drei verschiedene Verfahren kamen dabei zur Anwendung: eine schriftliche und eine mündliche Befragung durch Gruppengespräche jeweils von Schichtarbeitern und Nichtschichtarbeitern sowie mündliche Einzelbefragungen von Betriebsratsmitgliedern, Vertrauensleuten und Gewerkschaftssekretären. Die Problemanalyse sollte Aufschluß geben über die Folgen von Schichtarbeit am Arbeitsplatz. Wir fragten aber auch Nichtschichtarbeiter nach ihren Belastungen. Über einen Vergleich der anderen Belastungen sollten Ansatzpunkte für eine gemeinsame Interessenvertretung von Schichtarbeitern und Nichtschichtarbeitern ermittelt werden. Besonders interessant erschien uns darüber hinaus der Vergleich mit den Angaben ehemaliger Schichtarbeiter."

Allgemeine Daten zur chemischen Industrie

Von den insgesamt 3130 Betrieben im Organisationsbereich der IG ChPK entfällt mit 1648 die größte Anzahl auf die Branche Chemie und Rohstofferzeugung und -gewinnung. Mit großem Abstand folgt an zweiter Stelle mit 437 Betrieben die Kunststoffbranche, danach Papier (230 Betriebe), Glas (223 Betriebe), Feinkeramik (180 Betriebe) und Grobkeramik (243 Betriebe). Rund zwei Drittel der Betriebe arbeiten mit weniger als 100 Beschäftigten, und nur etwa 6 v. H. haben mehr als 1000 Beschäftigte. Allerdings konzentrieren sich ungefähr zwei Drittel aller Beschäftigten auf die Großbetriebe.

Organisationsgrad der IG ChPK

	Arbeiter	Angestellte	Gesamt
Chemie, Rohstofferzeugung und -gewinnung	66 v. H.	24 v. H.	48 v. H.
Kautschuk	76 v. H.	39 v. H.	67 v.H.
Kunststoff	51 v. H.	24 v.H.	44 v. H.
Papier	80 v. H.	35 v. H.	69 v. H.
Glas	79 v. H.	37 v. H.	70 v. H.
Feinkeramik	68 v. H.	34 v. H.	62 v. H.
Grobkeramik	76 v. H.	35 v. H.	65 v. H.
IG ChPK gesamt	68 v. H.	27 v. H.	53 v. H.

Rund 26 v. H. der Arbeiter und Angestellten in der Chemieindustrie sind in Schichtarbeit tätig. Der weitaus überwiegende Teil dieser Schichtarbeiter ist in vollkontinuierlicher Arbeitsweise beschäftigt. Am weitesten verbreitet ist die 8-Stunden-Schicht, wobei es in verschiedenen Betrieben unterschiedliche Regelungen für das Wochenende gibt. In der chemischen Industrie arbeiten zwar nur wenige Betriebe im 12-Stunden-Takt. Da es sich aber um sehr große Betriebe handelt, ist etwa die Hälfte aller Schichtarbeiter in dieser Branche von diesem Schichtsystem betroffen.

Wer hat mitgemacht?

5362 Fragebogen von Kolleginnen und Kollegen aus dem Organisationsbereich der IG ChPK konnten ausgewertet werden, und zwar

3481 Schichtarbeiter = 65 v. H.
764 ehemalige Schichtarbeiter = 14 v. H.
1117 Nie-Schichtarbeiter = 21 v. H.

Die Schichtarbeiter setzen sich folgendermaßen zusammen:

Schichtarbeiter mit Nachtschicht:	2494 (46 v. H.)
Schichtarbeiter ohne Nachtschicht:	987 (18 v. H.)

70 v. H. der befragten Schichtarbeiter gegenüber 30 v. H. der Nie-Schichtarbeiter arbeiten nicht in ihrem erlernten Beruf. Folgende Gründe werden für den Beginn mit Schichtarbeit angegeben:

Ich habe mit Schichtarbeit angefangen ...	Schichtarbeiter	Ehemalige Schichtarbeiter
... weil ich sonst arbeitslos gewesen wäre	22 v. H.	30 v. H.
... aus finanziellen Gründen	65 v. H.	46 v. H.
... weil ich nur als Schichtarbeiter in meinem Beruf unterkommen konnte	23 v. H.	24 v. H.
... weil der Betrieb auf Schichtarbeit umgestellt hatte	23 v. H.	35 v. H.
... weil ich bessere Freizeitmöglichkeiten hatte	24 v. H.	11 v. H.

(Mehrfachankreuzungen waren möglich)

Ein sehr hoher Prozentsatz der befragten Schichtarbeiter (88 v. H.) ist entweder gewerkschaftlich organisiert oder übt gewerkschaftliche Funktionen aus. Ihre Ehepartner sind häufiger nicht berufstätig (62 v. H.) als diejenigen von ehemaligen Schichtarbeitern (49 v. H.) und von Beschäftigten ohne Schichterfahrung (40 v. H.). Je mehr sich die Partnerin und die ganze Familie an den Rhythmus des männlichen Schichtarbeiters anpassen, desto weniger stark ist er belastet. Gleichzeitig bedeutet dies jedoch eine erhöhte Belastung für die gesamte Familie.

Schichtsystem:

Es arbeiten

– in vollkontinuierlicher Arbeitsweise mit 8 Stunden Früh-, Spät-, Nachtschicht	11 v. H.
– in vollkontinuierlicher Arbeitsweise mit 8 Stunden Früh- Spät-, Nachtschicht während der Woche, allerdings mit 12 Stunden samstags und/oder sonntags	31 v. H.
– in vollkontinuierlicher Arbeitsweise in 12-Stunden-Schicht	42 v. H.
– in teilkontinuierlicher Arbeitsweise (Wochenende frei)	5 v. H.
– in Zweierwechselschicht mit 8stündiger Früh- und Spätschicht	8 v. H.

Arbeitsbedingungen: Wer hält das bis zur Rente durch?

90 v. H. der befragten Schichtarbeiter arbeiten an Wochenenden. Für etwa die Hälfte der Nicht-Schichtarbeiter trifft dies zumindest gelegentlich zu. Etwa drei Viertel der 8-Stunden-Schichtler arbeiten am Sonntag 12 Stunden. Obwohl insgesamt weniger Schichtarbeiter Überstunden und Zusatzschichten machen, ist die durchschnittliche Anzahl pro Monat bei denjenigen, die Mehrarbeit leisten, höher als bei Nicht-Schichtarbeitern. Auch die personelle Besetzung in den Schichten ist noch knapper bemessen als bei den Nicht-Schichtarbeitern.

Mehrfachbelastung

Schichtarbeitsplätze sind überdurchschnittlich durch Mehrfachbelastung gekennzeichnet. Neuere arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse weisen darauf hin, daß Schichtarbeit und Mehrfachbelastung besonders problematisch sind.

Folgende Umweltfaktoren belasten die Schichtarbeiter am Arbeitsplatz:

Lärm	60 v. H.	Feuchtigkeit/Nässe	20 v. H.
Temperaturschwankungen	48 v. H.	Erschütterungen/Vibrationen	19 v. H.
Hitze	38 v. H.	Kälte	21 v. H.
Giftige/gefährliche Stoffe	40 v. H.	Staub/Ruß	28 v. H.
Unangenehme Gerüche	42 v. H.	Ungünstige Beleuchtungsverhältnisse	14 v. H.
Zugluft	38 v. H.	Räumliche Enge	13 v. H.

Zu diesen Umweltfaktoren kommt noch die gestiegene nervliche Belastung hinzu. 48 v. H. der befragten Schichtarbeiter sind unter starkem Zeitdruck tätig, 53 v. H. fühlen sich durch starke Konzentration und 66 v. H. durch häufig abverlangtes schnelles Reaktionsvermögen belastet. Die Qualifikation und der Handlungsspielraum bei der Arbeit haben sich als wesentlicher Erklärungsfaktor z. B. für gesundheitliche Beschwerden oder betriebliches und gewerkschaftliches Handeln erwiesen. Monotone und einseitige Arbeitsplätze, also Arbeitsplätze, die wenig Handlungsspielraum zulassen, aber trotzdem hohe Belastungen aufweisen, werden von den Betroffenen oft als unmenschlich bezeichnet.

Schichtarbeit – Angriff auf die Gesundheit

Die Schichtarbeit führt zu einem Ansteigen körperlicher Beschwerden. Ihre Schädlichkeit ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der Schichtarbeiter gegen seine „innere Uhr" leben muß. Als auffallendste Auswirkungen werden Schlafstörungen und andere körperliche Beschwerden, besonders des Magen-Darm-Traktes, und Herz- und Kreislaufbeschwerden beobachtet.

	Schichtarbeiter	Ehemalige Schichtarbeiter	Nie-Schichtarbeiter
Schlafstörungen	42 v. H.	27 v. H.	18 v. H.
Magenbeschwerden	20 v .H.	16 v. H.	11 v. H.
Nervosität	40 v. H.	33 v. H.	25 v. H.
Kopfschmerzen	22 v. H.	20 v. H.	17 v. H.

Mit zunehmendem Alter wachsen auch die körperlichen Beschwerden, gleichzeitig bleibt es aber bei dem systematischen Unterschied zwischen den Vergleichsgruppen: Die Schichtarbeiter geben die häufigsten Beschwerden an, gefolgt von den Ehemaligen. Am wenigsten Beschwerden nennen die Nie-Schichtarbeiter. Ähnliches kann für die Dauer, mit der jemand in Schicht gearbeitet hat, gesagt werden. Auffallend ist jedoch auch der allgemeine schlechte Gesundheitszustand der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik. Nach dem Urteil einer Sachverständigenkommission der Weltgesundheitsorganisation müßten zwei Drittel aller westdeutschen Arbeitnehmer vor dem Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze aus dem Berufsleben ausscheiden.

Die gesundheitlichen Probleme stellen sich für Schichtarbeiter verschärft, wenn man bedenkt,

– daß 67 v. H. der Schichtarbeiter in ihrem Betrieb keine Möglichkeit zum Wechsel zur normalen Tagarbeit sehen,

– daß 35 v. H. der Schichtarbeiter bei einer Krankschreibung Nachteile befürchten,

– daß Schichtarbeiter im Schnitt eindeutig mehr Belastungsfaktoren ausgesetzt sind als die Vergleichsgruppen und mehr aktuelle körperliche und psychische Beschwerden aufweisen,

– daß 52 v. H. der Schichtarbeiter 40 Jahre und älter sind,

– daß 41 v. H. der Ehemaligen angaben, aus gesundheitlichen Gründen ausgestiegen zu sein, und

– daß 33 v. H. sogar auf Anraten des Arztes eine andere Tätigkeit aufgenommen haben.

Freizeit und soziale Kontakte kommen viel zu kurz

Die Normalarbeitszeit ist in ihrer täglichen und wöchentlichen Lage fester Bestandteil der Organisation des sozialen Lebens (Feierabend, Nachtruhe, Wochenende). Das Freizeitangebot wie fast alle Leistungen im Bereich der Infrastruktur orientieren sich an diesem Rhythmus. Schichtarbeiter sind nicht in der Lage, sich diesem gesellschaftlichen Rhythmus anzupassen, ihre Zeitregelung steht im Widerspruch dazu (am stärksten in der Spät- und Nachtschicht). Viele Aktivitäten, z. B. Fortbildung, Vereinssport, sind erschwert, weil sie zu Tages- oder Wochenzeiten stattfinden, in der Schichtarbeiter in periodischen Abständen oder ständig arbeiten müssen. Nach der Infas-Repräsentativuntersuchung 1977 haben Schichtarbeiter genausoviel Freizeit wie Nichtschichtarbeiter, sie unterscheidet sich aber durch ihre zeitliche Lage und die ausgeübte Freizeitbeschäftigung. Es wurde ein Übergewicht von tagesunabhängigen Aktivitäten, wie z. B. Spazierengehen, Arbeiten im Haus, Lesen usw., bei Schichtarbeitern festgestellt. Sie bevorzugen Tätigkeiten, die man allein ausführen kann.

Auf die Frage: „Was fällt Ihnen – verglichen mit Nichtschichtarbeitern – leichter oder schwerer?" antworteten die befragten Schichtarbeiter:

	etwas und viel schwerer
In Vereinen mitarbeiten	86 v. H.
Teilnahme am gesellschaftlichen Leben	85 v. H.
Fortbildung	76 v. H.
Kontakte zu Freunden und Bekannten	70 v. H.
Kontakte zur Familie	55 v. H.
Ausübung von Hobbys	51 v. H.
Sich für seine Interessen und Interessen der Kollegen einsetzen	48 v. H.
Arbeiten in Haus und Garten	24 v. H.

Außerdem zeigen die Forschungsergebnisse: Schichtarbeiter haben weniger Freunde und treffen sich weniger mit ihnen als andere Arbeiter und Angestellten. Diejenigen, die nie Schicht gearbeitet haben, haben am meisten Freunde und treffen sich am häufigsten mit ihnen. Die Zeit, die Schichtarbeiter mit ihrer Familie verbringen, unterscheidet sich nicht wesentlich von anderen Gruppen. Man vergißt aber dabei leicht, was das für die betroffenen Familien heißt: in der Regel müssen sich Frau und Kinder voll auf den Lebens- und Arbeitsrhythmus des Mannes einstellen. Es besteht die Gefahr, daß sich die gesamte Familie nach außen isoliert.

In Organisationen, Vereinen und Parteien sind Schichtarbeiter seltener Mitglied, können weniger Zeit verwenden und übernehmen weniger häufig ein Amt. 57 v. H. der Schichtarbeiter gegenüber etwa 70 v. H. der Nichtschichtarbeiter sind Mitglieder in Organisationen. 26 v. H. der Schichtarbeiter mit Amt stehen etwa 40 v. H. der Nichtschichtarbeiter gegenüber.

Was kann die gewerkschaftliche Interessenvertretung bewirken?

87 v. H. der Befragten sind in der IG ChPK oder in einer anderen DGB-Gewerkschaft organisiert. 58 v. H. sind zwar Mitglied, üben aber keine Funktion in der Interessenvertretung aus. 29 v. H. der Befragten sind gewerkschaftlich organisierte Funktionsträger. Nach einer Ausgangserhebung in den Befragungsbetrieben sind die Schichtarbeiter etwa gemäß ihrem Anteil an den Beschäftigten insgesamt im Vertrauensleutekörper repräsentiert. Im Betriebsrat sind sie aber deutlich unterrepräsentiert. Die Ausübung einer Funktion dürfte für den Schichtarbeiter um so schwieriger werden, je mehr Aktivitäten von ihm in der gesellschaftlichen „Normalzeit" verlangt werden. Trotz starker Belastungen können sich Schichtarbeiter nur unter erschwerten Bedingungen für Verbesserungen einsetzen.

In den letzten 12 Monaten	Schicht-arbeiter	Nichtschicht-arbeiter
sind häufig oder immer auf Betriebs- bzw. Abteilungsversammlungen gegangen	43 v. H.	73 v. H.
haben an gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen teilgenommen	21 v. H.	29 v. H.

Auch in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien können Schichtarbeiter seltener aktiv mitarbeiten. Das heißt aber nicht, daß sie fünftes Rad am Wagen sein wollen: Schichtarbeiter sind genau so aktiv wie Nichtschichtarbeiter, wenn es darum geht, Zeitungsartikel und Bücher über Arbeitnehmerfragen zu lesen, zur Vertrauensfrau oder zum Vertrauensmann zu gehen oder andere Kollegen für die Gewerkschaft zu gewinnen.

Folgende Zahlen bringen einen starken Wunsch nach Veränderungen am Arbeitsplatz bei allen Arbeitern und Angestellten zum Ausdruck:

	Verbesserungs-vorschläge für den Arbeitsplatz	Vorschläge für die Betriebsratsarbeit
Schichtarbeiter	48 v. H.	39 v. H.
ehemalige Schichtarbeiter	46 v. H.	32 v. H.
Nicht-Schichtarbeiter	50 v. H.	37 v. H.

Die Bereitschaft, sich zur Durchsetzung ihrer Interessen aktiv zu betätigen, ist bei allen Befragten vorhanden. Bei den Schichtarbeitern gibt es jedoch drei Einschränkungen:

1. Die Arbeit rund um die Uhr macht ihnen häufig einen Strich durch die Rechnung. Nach einer Nachtschicht z. B. noch mal extra zu einer Betriebsversammlung zu kommen, das schafft nicht jeder Schichtarbeiter.

2. Unterbesetzte Schichten machen den Schichtarbeiter oft unabkömmlich.

3. Bei Betriebsversammlungen und ähnlichen Terminen innerhalb der Arbeitszeit können Tagschichtler prinzipiell ihre Arbeit für 2 bis 3 Stunden ruhen lassen; der technologische Arbeitsablauf eines Schichtarbeiters hingegen erlaubt dies in der Regel den Schichtarbeitern nicht.

Nur gemeinsam können Arbeiter und Angestellte, unabhängig von ihrer Arbeitsweise, tatsächliche Verbesserungen am Arbeitsplatz durchsetzen. Dazu müssen die Schichtarbeiter besser in die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung einbezogen werden.

Deshalb:

- Schichtarbeiter gezielt ansprechen;
- Vertrauensleute in jeder Schicht können Bindeglied sein;
- regelmäßige Schichtversammlungen;
- Verbesserung der Betreuungskonzepte für Schichtarbeiter.

Als eine gute Möglichkeit haben sich Gruppengespräche über Belastungsabbau innerhalb der untersuchten Betriebe erwiesen.

Diskussionsergebnisse

1. Wer von Schichtarbeit redet, sollte immer den ganzen Arbeitsplatz im Auge haben. Neben den Belastungen direkt durch Schichtarbeit sind gerade Schichtarbeiter einer Vielzahl von weiteren Belastungen wie z. B. Hitze, Lärm, Feuchtigkeit, Streß, Monotonie usw. ausgesetzt.

2. In allen Gruppengesprächen wurde von den Kollegen über ständig verschärfte betriebliche Rationalisierungsstrategien und dem damit in Zusammenhang stehenden zu geringen Personalbestand sowie der ständigen Arbeitsintensivierung berichtet. Probleme, die im übrigen auch die Nicht-Schichtarbeiter betreffen. Deshalb standen bei der Diskussion von Maßnahmen zur Veränderung der Schichtarbeitsbedingungen Forderungen wie:

- Arbeitszeitverkürzung;
- Neueinstellung durchsetzen;
- Zusatzschichten und Überstunden ablehnen;
- ausreichende Personalreserven für Krankheit und Urlaub

eindeutig im Vordergrund.

3. Überraschend hohe Bedeutung messen die Kollegen der Verbesserung der ärztlichen Versorgung im Betrieb bei. Im einzelnen wurden Maßnahmen wie regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen, vorbeugende Erholungskuren, warme Mahlzeiten auf allen Schichten usw. angesprochen.

4. Längst überfällig sind nach Ansicht der Kollegen Regelungen für den Ausstieg aus der Schichtarbeit. Festsetzung einer Höchstgrenze für die Dauer der Tätigkeit in Schicht und Herabsetzung des Rentenalters bringen notwendige Verbesserungen gerade für ältere Arbeitnehmer. Derartige Maßnahmen müssen aber eingebettet sein in eine gewerkschaftliche Gesamtstrategie. Z. B. müssen Umsetzungsplätze bei finanzieller Besitzstandwahrung vorhanden sein, Kosten einer Frühpensionierung dürfen vom Arbeitgeber nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden (Verursacherprinzip).

Der erste Eindruck trog: Kommunistenhatz geht weiter

Als der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter in seiner Festrede anläßlich des 60. Geburtstages von Leonhard Mahlein, erster Vorsitzender der IG Druck und Papier, Anfang April in Stuttgart dazu aufrief, endlich Schluß zu machen mit dem Gerede von der kommunistischen Unterwanderung und die Kommunistenhatz innerhalb der Gewerkschaften zu beenden, glaubte mancher Gewerkschafter, jetzt werde in dieser Frage endlich Ruhe sein. Man hoffte, die Erkenntnis des Vorstandes der IG Metall, die Unterwanderungslüge sei ein Mittel der Gewerkschaftsgegner zur Schwächung der Solidarität, wäre Allgemeingut im DGB geworden.

Leider trügt der Eindruck. Zunächst heizten die Unternehmer nach dem außerordentlichen DGB-Kongreß im März die Atmosphäre neu an. Schon zuvor gab es eine große Koalition, die von der FAZ, dem Handelsblatt, dem Deutschlandmagazin der CDU, dem Bayernkurier, der Deutschen Nationalzeitung über das Angestelltenmagazin der DAG bis zur „einheit" der IG Bergbau und Energie reichte. Alle genannten Postillen lobten die Ergüsse von Wilke und Vilmar über den „Marsch der DKP durch die Institutionen" nahezu nach gleichlautendem Strickmuster.

Nunmehr versuchte sich eine Gabriele Wölke im Gewerkschaftsreport Heft 4 von Juni 1981, herausgegeben vom unternehmereigenen Institut der Deutschen Wirtschaft, am Thema Kommunisten und Einheitsgewerkschaft. Viel Neues hatte die Dame nicht zu vermelden. Anhand des schon erwähnten außerordentlichen DGB-Kongresses lobte sie alle antikommunistischen Äußerungen und beschimpfte jene Gewerkschaftsfunktionäre, die dagegen aufgetreten waren. Das schlimmste, was es für die Unternehmer geben könnte, sei eine Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten. Wie muß es diesen Leuten in den Ohren klingen, wenn jetzt in Frankreich Sozialisten und Kommunisten sogar eine gemeinsame Regierung bilden.

Bei der erwähnten Unternehmerpostille fiel allerdings eines auf. Frau Wölke stützte sich nicht auf das schon genannte Buch von Wilke und Vilmar. Offenbar hatte sie eingesehen, daß mit dieser Denunziationsschrift, der es nach der „Welt der Arbeit", Wochenzeitung des DGB, Nr. 15/81 an „wissenschaftlicher Redlichkeit" fehle, die antikommunistische Hetze nicht mehr so recht fruchtet.

Anders denkt man jedoch beim Hauptvorstand der ÖTV. Mit einer halbjährigen Verspätung, nachdem schon im Januar 1981 das IG-Metall-Organ „Der Gewerkschafter" Vilmar und anderen bescheinigt hatten, daß sie „aus der Geschichte nichts gelernt" haben und „das Geschäft der Gewerkschaftsgegner betreiben", erschien in der Juni-Ausgabe des ÖTV-Magazins eine Rezension über den „Marsch der DKP . . .", verfaßt vom Nordwest-Bezirksleiter Hans Schmalbach. In diesem Aufguß werden alle Plattheiten wiederholt, die im November/Dezember vergangenen Jahres die oben angesprochen Unternehmergazetten von sich gegeben hatten. Kein Wort wird darüber verloren, daß der als Mitverfasser genannte Professor Ossip K. Flechtheim sich mittlerweile von dem Machwerk distanziert hat.

Willi Bleicher

Es gibt keine Einheitsgewerkschaft als dauerhaftes Geschenk. Wir müssen uns täglich auseinandersetzen. Man muß den Kollegen achten, auch den, der eine andere Meinung hat. Fairneß und Toleranz sind dort keine leeren Worte. Ohne Toleranz läßt sich eine solche Gewerkschaftsbewegung auf die Dauer nicht so schlagkräftig machen, wie das angesichts der gegenwärtigen Situation, wo die Unternehmer uns bedrängen, notwendig ist.

(Aus „druck und papier", Nr. 12, 4. Juni 1979)

Ursprünglich sollte der „Marsch der DKP . . ." statt im Fischer-Verlag unter dem Titel „Mehr Machtgewinn" im ÖTV-eigenen Courier-Verlag erscheinen. Wer jedoch angenommen hatte, daß sich mit der Streichung aller Hinweise im Vorwort auf die Initiative von Vertretern des Hauptvorstandes der ÖTV bei der Herausgabe des Buches diese Gewerkschaftsführung nicht mehr des antikommunistischen Machwerks gegen aktive Gewerkschafter bedienen würde, sah sich durch die angesprochene Rezension von Schmalbach enttäuscht. Nicht bekannt geworden ist, ob der Hauptvorstand der ÖTV ebenso wie der der IG Chemie und der IG Bergbau und Energie Tausende Exemplare des Buches auf Gewerkschaftskosten aufgekauft hat und in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zur Pflichtlektüre machte.

Parallel zu diesem von oben verordneten Antikommunismus gegen die Grundlagen der Einheitsgewerkschaft befleißigt sich neuerdings der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Hermann Rappe, die gewerkschaftliche Bildungsarbeit von oben nach unten mit organisatorischen Maßnahmen zu disziplinieren. Nach einer Information der Frankfurter Rundschau vom 12. Juni 1981 will Rappe künftig nur noch vom geschäftsführenden Hauptvorstand vorher beschlossene Schwerpunktthemen für Bildungsveranstaltungen zulassen. Will eine Verwaltungsstelle ein anderes Thema behandeln, muß erst vom Bezirk und von der Rappe-Abteilung im Hauptvorstand eine Genehmigung eingeholt werden. Diese erstreckt sich auch auf die vorgesehenen Redner und Teamer. Sie sollen ebenfalls einer straffen zentralen Kontrolle unterworfen werden. Mit Methoden dieser Art will Hermann Rappe offensichtlich alle kritischen und engagierten Gewerkschafter, die sich im vergangenen Jahr für den auf dem Gewerkschaftstag ausgebooteten Paul Plumeyer und für mehr innergewerkschaftliche Demokratie eingesetzt haben, mundtot machen.

Viele besorgte Gewerkschafter stellen die Frage, dient diese Politik den Interessen der Mitglieder? Am besten kann darauf geantwortet werden, wenn man die Laudatio nachliest, die der Vorsitzende der Verbände der bayerischen chemischen Industrie, **Ekkehard Maurer**, in Nr. 10/81 des Arbeitgebers, offizielles Organ der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, über Hermann Rappe schrieb. Zunächst kritisierte er den außerordentlichen DGB-Kongreß und titulierte das angenommene Grundsatzprogramm als einen „Rückfall" in „klassenkämpferische Feindhaltung". Auch habe es keine klare Abgrenzung zu den Kommunisten gegeben. Lediglich Hermann Rappe habe als einziger eine klare Aussage gegen die Kommunisten gemacht. Wörtlich fuhr Maurer fort: „Es fällt auf, daß hier wieder einmal ein Vertreter der IG Chemie eine im Vergleich zu vielen Gewerkschaftskollegen erfreulich eindeutige Haltung eingenommen hat. Vom IG-Chemie-Vorsitzenden Hauenschild sind in jüngster Zeit wieder eher mäßigende Äußerungen bekannt geworden, denen bei aller Kritik Anerkennung nicht versagt sei."

Was Vertreter des Großkapitals „erfreut" und was sie als „mäßigend" anerkennen, kann niemals positiv für die Arbeiter und Angestellten sein.

Werner Petschick

DGB-Richtlinie für Funktionäre stößt immer mehr auf Kritik

In einer Zeit, wo die Reallöhne sinken, soziale Leistungen abgebaut werden, mehr als 1 Million Arbeitslose registriert sind und sich eine breite Volksbewegung gegen die NATO-Raketenpläne entwickelt, hat nach der Mehrheit des DGB-Bundesvorstandes (NACHRICHTEN 6/81, S. 3) nunmehr auch der DGB-Bundesausschuß Anfang Juni nichts anderes zu tun, als sich mit der „Richtlinie zur Sammlung von Unterschriften im Gewerkschaftsbereich" zu beschäftigen. Gegen die Stimmen von Vertretern der IG Metall, HBV, GEW, Gewerkschaft Holz und Kunststoff, IG Druck und Papier und Gewerkschaft Kunst ist dieser faktische Maulkorb für Funktionäre mit Mehrheit angenommen worden.

Formal untersagt die Richtlinie haupt- und ehrenamtlichen Funktionären der Gewerkschaften, Unterschriften für politische Initiativen, wie z. B. Aufrufen gegen den NATO-Raketenbeschluß oder gegen den drohenden Parteiausschluß des SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen, mit Angabe ihrer Gewerkschaftsfunktion oder -zugehörigkeit zu unterschreiben. Ebenso dürften auch die Initiatoren einer Unterschriftensammlung weder auf die jeweilige Gewerkschaftsfunktion hinweisen, noch auf andere Weise in der Öffentlichkeit bekanntmachen.

Angeblich würden mit diesen Unterschriften „durch Mehrheitsbeschlüsse festgelegte gewerkschaftliche Positionen von einzelnen durch Willensbekundungen auf fremden Unterschriftenlisten mit ausdrücklicher Beschreibung ihrer gewerkschaftlichen Funktion unterlaufen". Die Kritiker dieses Maulkorbes für Funktionäre sind sich darüber einig, daß diese Begründung einer genauen Prüfung nicht standhält. Untersuchen wir das anhand jetzt laufender Unterschriftenaktionen:

- Die Forderung nach Aufhebung des sogenannten Nachrüstungsbeschlusses der NATO (Krefelder Appell und Bielefelder Initiative führender Sozialdemokraten) stimmt nicht nur wörtlich mit entsprechenden Beschlüssen der Gewerkschaftstage der IG. Metall, IG Druck und Papier und HBV sowie der DGB-Bundesfrauenkonferenz und vielen hundert Entscheidungen von regionalen Gremien des DGB und seiner Gewerkschaften überein, sondern entspricht auch der Präambel des neuen DGB-Grundsatzprogramms.

- Das Verbot von neonazistischen Organisationen haben alle elf Gewerkschaftstage von 1980 verlangt. Die IG Druck und Papier hat in ihrem höchsten Gremium in dieser Frage den Beschluß gefaßt, dafür Unterschriften zu sammeln.

- Alle Aussagen und Forderungen im Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik basieren auf gewerkschaftlichen Beschlüssen und können als eine Konkretisierung der im DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm festgelegten Ziele und Aufgaben angesehen werden.

Selbst dann, wenn einzelne Gewerkschafter Appelle unterstützen sollten, die nicht mit Mehrheitsstandpunkten übereinstimmen (z. B. Pro und Kontra zur Atomenergie oder Ausbau des Frankfurter Flughafens), muß auch den Minderheiten das demokratische Recht zugestanden werden, öffentlich für ihre Meinung einzutreten. Das garantiert das Grundgesetz jedem Bürger, also auch dem Gewerkschaftsfunktionär.

Kritiker der Maulkorb-Richtlinie kreiden den Initiatoren, zu denen auch der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker gehören soll, an, daß eine Mehrheit der DGB-Spitze das demokratische Engagement abwürgen will, wo es auch im Interesse der Millionen Gewerkschaftsmitglieder besonders gebraucht werde. Statt undemokratische Verbotsschilder aufzustellen, hätte es dem DGB-Bundesausschuß besser angestanden, sich mit der unzureichenden Solidarität des DGB gegenüber der IG Metall bei der letzten Tarifbewegung zu beschäftigen. An der Zeit wäre es auch gewesen, entsprechend dem Mitgliederwillen eine eindeutige Haltung zum NATO-Raketenbeschluß vom 12. Dezember 1979 zu beziehen.

Der Verdacht liegt nahe, daß man gerade jetzt gegen Unterschriften mit Funktionsangabe vorgehen will, weil mit diesen Initiativen die nicht mit gewerkschaftlichen Zielsetzungen übereinstimmende Politik der Schmidt/Genscher kritisiert wird. Solange bei jeder Wahl in den vergangenen 30 Jahren Gewerkschafter mit voller Funktionsangabe für eine bestimmte Partei geworben haben, nahm kaum jemand daran Anstoß. Das gleiche ist der Fall, wenn Gewerkschafter mit voller Funktionsangabe für diese Partei kandidieren. Auch keine Einwände werden erhoben, wenn sich z. B. Betriebsräte für die Atomlobby mit ihrer Gewerkschaftsfunktion aussprechen oder christlich eingestellte Gewerkschafter mit ihrer Funktion gegen die mehrheitlich beschlossene Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch außerhalb der Gewerkschaften auftreten.

In zahlreichen Orten haben Gewerkschaftsgremien nicht nur gegen den Maulkorb protestiert, sondern einzelne Funktionäre sind geradezu animiert worden, sich jetzt mit voller Funktionsangabe an Initiativen, die mit gewerkschaftlicher Zielsetzung übereinstimmen, per Unterschrift zu beteiligen. So haben beispielsweise in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden zahlreiche hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre gemeinsam mit bekannten Persönlichkeiten wie Landtagsabgeordnete und Geistliche in einer örtlichen Initiative den Krefelder Appell unterstützt.

Werner Petschick

Erneuter Skandal um „Schandurteil"

Nach Mitteilung der IG Metall wird der Bruchsaler IG-Metall-Bevollmächtigte Günter Schering weiter strafrechtlich verfolgt. Der Anlaß dafür liegt einige Jahre zurück. Weil ein Schweißer sich wegen lebensgefährlicher Dämpfe an seinem Arbeitsplatz an die Gewerkschaft und die Gewerbeaufsicht gewandt hatte, war er entlassen worden. In zwei arbeitsgerichtlichen Instanzen war die Entlassung für rechtens erklärt worden. Diese Entscheidung war von Günter Schering als „Schandurteil" bezeichnet worden. Deswegen war er zu einer Geldstrafe von 750 DM verurteilt worden. Er ging in Berufung und wurde freigesprochen, ebenso wie der IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler, der sich mit zahlreichen weiteren Gewerkschaftern hinter die Bezeichnung „Schandurteil" gestellt hatte. Gegen den Freispruch von Schering hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Was jedoch den Skandal weiter perfekt macht, ist die Tatsache, daß das baden-württembergische Arbeits- und Sozialministerium Günter Schering als einzigen von 130 vom DGB vorgeschlagenen ehrenamtlichen Arbeitsrichtern von der Liste strich.

HBV-Delegierte unterstützen Protestmarsch für Abrüstung

Mit überwältigender Mehrheit hat sich die Ende Mai stattgefundene Ortsdelegiertenkonferenz Düsseldorf der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hinter eine Entschließung gestellt, die zuvor von der Düsseldorfer HBV-Jugend einhellig gebilligt worden war. In der Entscheidung, die wir nachfolgend leicht gekürzt veröffentlichen, wird ein ganzer Katalog von Forderungen erhoben.

Die Rüstung in aller Welt hat gigantische Ausmaße erreicht. Wir leben – im wahrsten Sinne des Wortes – auf einem Pulverfaß. Immer mehr Bürger befürchten, daß die politisch Verantwortlichen die Kontrolle über diese Entwicklung verlieren könnten. Sie fordern deshalb den unverzüglichen Stopp des Rüstungswahnsinns . . .

Die Delegierten der Gewerkschaft HBV bekennen sich erneut und uneingeschränkt zur Politik des Friedens, der Abrüstung und Entspannung. Zu dieser Politik gibt es keine realistische und erfolgversprechende Alternative. Wir wenden uns gegen alle Tendenzen der Wiederbelebung des „kalten Krieges" und mahnen die verantwortlichen Politiker in Ost und West eindringlich zur Besonnenheit. Deshalb stellen wir fest:

Der weltweite unkontrollierte Rüstungswettlauf

- gefährdet nach wie vor den Weltfrieden,
- führt zu einer Vergeudung öffentlicher Mittel,
- beschleunigt Inflation und Arbeitslosigkeit,
- verhindert und erschwert dringend notwendige soziale und demokratische Reformen,
- nimmt den Entwicklungsländern die Chance, in absehbarer Zeit stabile soziale und politische Ordnungen aufzubauen.

Diese Entwicklung muß unbedingt gestoppt werden. Wir bekräftigen die Forderungen der organisierten Arbeitnehmerschaft nach allseitiger, kontrollierter Abrüstung. Dazu gehört vorrangig

- das Einfrieren und der schrittweise Abbau der Militärhaushalte,
- der Verzicht auf alle neuen Rüstungsobjekte,
- die Reduzierung der Truppen,
- das Verbot der Herstellung, Weitergabe und Anwendung atomarer, chemischer und bakteriologischer Waffen,
- die Ratifizierung von SALT II durch die USA
- die Entwicklung von Alternativplänen zur Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion
- die Schaffung eines Abrüstungsamtes mit wirksamen Kompetenzen.

Radikale Anhänger und Antreiber

Wichtig ist vor allem, daß die deutschen Gewerkschaften sich ihrer Tradition als Friedensbewegung bewußt bleiben. Sie dürfen sich darin von niemand übertreffen lassen. Nein, mehr noch: Gewerkschaften sind radikale Anhänger, ja sogar Antreiber jeder Politik, die gegen Rüstung, Militarismus und Krieg zielt. Deshalb sollten sie auch eigene Aktionen dafür unternehmen.

Zu denken wäre dabei an Veranstaltungen wie einen Friedensmarsch, eine Friedenswoche und den Antikriegstag, vor allem aber auch an eine Unterschriftensammlung. Der Beschluß des DGB-Bundesjugendausschusses oder die entsprechenden Passagen aus der Präambel des neuen Grundsatzprogramms wären dafür geeignete Grundlagen.

(„Deutsche Post", Zeitung der Deutschen Postgewerkschaft, Nr. 12/81 aus dem Leitartikel von Joachim Scherzer)

Die Delegierten der Gewerkschaft HBV erwarten von der Bundesregierung, daß sie eigene Initiativen zur Abrüstung entwickelt und zu den Abrüstungsverhandlungen konstruktive Beiträge leistet. Jedes Verhandlungsangebot muß sorgfältig ausgelotet und jede Gesprächschance genutzt werden. Der sogenannte Nachrüstungsbeschluß der NATO erweist sich immer offensichtlicher als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Stationierung weiterer Atomraketen in Europa und der Bundesrepublik würde unsere Sicherheit nicht erhöhen, sondern zusätzlich gefährden. Der sogenannte „Nachrüstungsbeschluß" stellt außerdem keine Voraussetzung, sondern ein wesentliches Hindernis für weitere Abrüstungsverhandlungen dar.

Der ungehinderte Rüstungswettlauf führt zu immer größeren Belastungen der Arbeitnehmer und ihrer Familien; die Arbeitslosigkeit wächst, es besteht Wohnungsnot, Mittel für Bildung und Forschung wurden gekürzt. Während in allen sozialen Bereichen der Rotstift regiert, wächst der Verteidigungshaushalt unaufhörlich. Diese bedrohliche Entwicklung muß unverzüglich gestoppt werden. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung, daß

- ohne weitere Verzögerung und ohne größere „Denkpausen" Verhandlungen aufgenommen werden, um die eurostrategischen Waffensysteme in Europa zu begrenzen (miteinander reden statt gegeneinander rüsten);
- die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch die Rücknahme des NATO-Beschlusses doch noch verhindert wird;
- die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa beschleunigt und intensiviert werden;
- keine Neutronenbombe in der Bundesrepublik stationiert wird;
- der Rüstungsetat zugunsten sozialer Investitionen gesenkt wird (soziale Sicherheit statt militärischem Aufwand);
- schnellstmöglich eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen wird.

Eine Reihe von Bundestagsabgeordneten hat mit ihrer Forderung nach Kürzung des Wehretats um 1 Mrd. DM einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. In Gesprächen am Arbeitsplatz, in der Familie, Freundeskreis und bei jeder sich bietenden Gelegenheit müssen wir Gewerkschafter deutlich machen: Der Frieden ist das Hauptanliegen aller Arbeitnehmer und ihrer Familien und die wichtigste Grundlage für die Entwicklung des sozialen und politischen Fortschritts.

Angesichts der beschriebenen Situation halten die Delegierten der HBV-Ortsdelegiertenkonferenz Düsseldorf auch eigene gewerkschaftliche Aktivitäten für Frieden und Abrüstung, die über den Antikriegstag hinausgehen, für unbedingt notwendig. Aus diesem Grunde schließen sie sich der Forderung der Gewerkschaftsjugend an, einen Protestmarsch

- gegen die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in Europa und der Bundesrepublik,
- für das Verbot der Herstellung und des Vertriebs von Kriegsspielzeug,
- für erste konkrete Abrüstungsschritte in Ost und West

zu organisieren und diesen Friedensmarsch noch 1981 erfolgreich durchzuführen. Für eine gesicherte Zukunft – Abrüstung jetzt!

Pfingstcamps '81

Daß die Pfingsttage den Pfingstjugendtreffen und Pfingstcamps der Jugendverbände gehören, ist in den letzten Jahren immer mehr zu einer festen Tradition geworden. An den Treffen der Gewerkschaftsjugend, der SDAJ, der Naturfreundejugend und vieler Friedensinitiativen nahmen in diesem Jahr mehrere tausend Jugendliche teil. Wenngleich die Pfingsttreffen der Gewerkschaftsjugend noch keine Selbstgänger geworden sind, drückte sich an der gestiegenen Zahl aus, daß für viele engagierte junge Gewerkschafter das Pfingstcamp einfach dazugehört. Über 4000 junge Gewerkschafter trafen sich allein in fünf Jugendcamps.

Die norddeutsche Gewerkschaftsjugend schaltete nach den Großveranstaltungen der beiden letzten Jahre (Hannover und Hamburg) einen Gang zurück und führte mehrere kleinere Treffen durch. Auf der Nordseeinsel Föhr trafen sich 600 Mitglieder des DGB-Nordmark. Sie demonstrierten für den Frieden über die Insel und erlebten die selbstgemachte Revue „Ball die Faust nicht in der Tasche".

Beim Treffen von rund 1000 jungen Gewerkschaftern in Salzgitter machte die DGB-Jugend Niedersachsen wieder den „Bär los". Mit Diskussionsveranstaltungen, viel Selbstdarstellung der Jugendausschüsse und Jugendgruppen, einem Filmzelt, mit Informationen von Zimmerleuten und viel Musik wurde ein interessantes Programm geboten. Ein zweites Pfingstcamp der DGB-Jugend Niedersachsen/Bremen fand in und um das Wilhelmshavener „Pumpwerk" (ein Jugendzentrum) statt. 300 Teilnehmer erlebten spannende Diskussionen und ein entspannendes Kulturprogramm.

In Markelfingen am Bodensee trafen sich rund 350 junge baden-württembergische Gewerkschafter im traditionellen Camp. Das alles beherrschende Thema war Frieden und Abrüstung. Diskutiert wurde u. a. mit Erhard Eppler. Höhepunkt der Veranstaltungen waren die holländischen Bots. In Oer-Erkenschwick und in weiteren anderen Pfingstlagern kame mehrere hundert junge Gewerkschafter aus Nordrhein-Westfalen zusammen. Unter dem Motto „Nicht ducken – aufmucken" diskutierten sie über Jugendarbeitslosigkeit und Berufsausbildung.

Noch eine Vielzahl weiterer kleiner und größerer Treffen wurde zu Pfingsten in der gesamten Bundesrepublik durchgeführt. Ihnen allen war gemeinsam der Hauptinhalt: Der Kampf für Frieden und Abrüstung, die Ablehnung des NATO-Beschlusses zur Stationierung neuer US-Atomraketen prägte alle Camps, zog sich durch alle Diskussionen, ob es in den Camps der DGB-Jugend, der SDAJ, der Naturfreundejugend oder anderer Jugendverbände war. H. v. B.

IG Metall gegen „gläserne Menschen"

Mit nahezu lückenlosen Überwachungssystemen bemühten sich immer mehr Firmen, in Büros und Werkhallen „gläserne Menschen" zu schaffen. Das erklärte Lutz Dieckerhoff, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, am 12. Juni in Frankfurt. Nach seinen Angaben würden in den Büros immer mehr Computer eingesetzt, um die Arbeit von Programmierern, kaufmännischen Sachbearbeitern, Konstrukteuren und Technikern minutiös zu kontrollieren. Es bestände die Gefahr, daß „schwarze Listen alter Zeiten" ihre elektronische Wiederauferstehung erlebten.

GdED: Weitere Belastung nicht mehr zumutbar

Der Bundesbahn drohe große Gefahr, wie das geschäftsführende Hauptvorstandsmitglied der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), Dieter Langendorf auf einer Mitte Juni in Passau stattgefundenen internationalen Konferenz von Eisenbahnergewerkschaften erklärte. Weitere Belastungen der Eisenbahner, deren Zahl seit 1974 um rund 80 000 reduziert wurde, seien nicht mehr zumutbar. Infolge der Verschuldung und Zinsbelastung der Bahn wären auch politische Kurzschlußhandlungen nicht auszuschließen. So sei nicht undenkbar, daß die Bahn aufgefordert werde, den gesamten Nahverkehr außerhalb der Ballungsgebiete drastisch einzuschränken oder gar ganz aufzugeben. Nach Ankündigung Langendorfs werde die GdED gegen eine solche Schizophrenie entschieden ankämpfen.

Gewerkschafter sollen ins politische Zwielicht

Die HBV habe absolut kein Verständnis, wenn die Unternehmerverbände sich neuerdings befleißigten, „umstrittene Funktionen des Verfassungsschutzes zu übernehmen". Das erklärte Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden HBV-Hauptvorstandes, zu den Fragebogen, die das Institut der Deutschen Wirtschaft an die Unternehmer verschickt. Es sei ein Skandal besonderer Art, „wenn die Arbeitgeber aufgefordert werden, eine politische Einordnung der neugewählten Betriebsräte, z. B. nach ‚alte und neue Linke' vorzunehmen". Die HBV habe seinerzeit gegen die Beschnüffelungspraxis des Verfassungsschutzes protestiert, wegen der Praxis des Unternehmer-Instituts will die Gewerkschaft nicht untätig bleiben und evtl. den Datenschutzbeauftragten einschalten.

PERSONALIEN

Harry von Bargen, 31, ist neuer Verantwortlicher für den Bereich Arbeiterjugendpolitik im Bundesvorstand der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Er war lange Jahre aktiv in der Gewerkschaftsjugend in Hamburg tätig und löst **Heino Hoffmann,** 33, ab, der aus dem geschäftsführenden Bundesvorstand und Sekretariat der SDAJ ausschied.

Erich Frister, 53, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und eine Zeitlang als Nachfolger des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter im Gespräch, wird Arbeitsdirektor bei dem gewerkschaftseigenen Unternehmen „Neue Heimat". Als sein Nachfolger ist Dr. Dieter Wunder, 45, bisher zweiter stellvertretender Vorsitzender, vorgesehen. Dieter Galas, erster stellvertretender Vorsitzender, steht aus familiären Gründen nicht zur Verfügung.

Ernst Eisenmann, 53, langjähriger Sekretär der Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall, wurde 1. Bevollmächtigter in Stuttgart, der mit 113 000 Mitgliedern größten Verwaltungsstelle der IG Metall.

Paul Manowski, von 1955 bis 1973 Bezirksleiter der IG Metall in Essen, starb am 21. Mai.

Josef Schleifstein, 66, langjähriger Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, mit dem der Nachrichten-Verlag u. a. durch die gemeinsame Herausgabe von Büchern und des Periodikums „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse" verbunden ist, trat Anfang Juni in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde der bisherige stellvertretende Leiter, **Heinz Jung,** 46. Neuer Stellvertreter ist **Jürgen Reusch,** 34.

Günter Schröder, 44, wurde vom Gewerkschaftsausschuß der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Nachfolger von **Helmut Schirrmacher,** 58, gewählt. Schröder ist Landesvorsitzender der seit drei Jahren dem DGB angehörenden GdP in Nordrhein-Westfalen und war bisheriger stellvertretender Vorsitzender seiner Gewerkschaft. Zu neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurden **Manfred Bienert,** 41, aus Hamburg, und **Hermann Lutz,** 43, aus Mainz, gewählt, nachdem auch der weitere stellvertretende Vorsitzende **Joachim Weiß** (Bayern) sein Amt aus Gesundheitsgründen niedergelegt hatte.

Wolfgang Stork, 30, wurde Nachfolger von **Erich Walz,** 62, in der Funktion des Geschäftsführers beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Die Wahl Storks, der bisher Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Groß-Gerau war, erfolgte durch den Hauptausschuß der GEW.

Auf dem 19. Kirchentag in Hamburg Frieden das meistgebrauchte Wort

Noch nie zuvor hatte ein evangelischer Kirchentag so viele Menschen versammelt wie der 19. vom 19. bis 21. Juni in Hamburg. 150 000 vor allem junge Teilnehmer besuchten weit über tausend Veranstaltungen, Diskussionsforen, Gottesdienste, Bibelarbeiten, Feste mit Spiel und Musik und die 300 Info-Stände und Aktionszentren im „Markt der Möglichkeiten". Nie zuvor war aber auch ein Kirchentag für die Vertreter der etablierten Parteien, vor allem für die Vertreter der Bundesregierung, eine so massive Herausforderung.

Die im Vorfeld des Kirchentages unternommenen Versuche von Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Schmidt sowie rechtskonservativer Kreise der Kirchentagsleitung, die Bedeutung der Friedensfrage herunterzuspielen und christlichen und kirchlichen Kreisen hier eine moralische und politische Legitimation absprechen zu wollen, blieben nicht nur ohne Wirkung, sondern führten bereits in der Vorbereitung des Kirchentages zu einer sich steigernden Ablehnung der kirchlichen „Basis".

Nach dem Kirchentag erklärte Kirchentagspräsident von Weizsäcker, der Kirchentag sei „alles in allem unpolitisch" gewesen. Man muß den Eindruck haben, als habe dieser CDU-Politiker an einem völlig anderen Kirchentag teilgenommen, an einem Kirchentag, bei dem es nicht die Demonstration von 80 000 überwiegend jungen Christen gegen die vorgesehene Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen auf dem Boden der Bundesrepublik gab.

In Wahrheit war der Kirchentag ein bedeutender neuer Höhepunkt im Kampf der Friedensbewegung unseres Landes gegen Wettrüsten und Militarisierung. Daß der Kirchentag zu einer solchen wichtigen Friedensmanifestation wurde, ist nicht voraussetzungslos entstanden. Sein Verlauf und seine Ergebnisse müssen in engstem Zusammenhang mit dem Anwachsen der Friedensbewegung unseres Landes sowie auch mit der Entwicklung einer eigenständigen christlichen Friedensbewegung gesehen werden, die fast alle Orte der Bundesrepublik erfaßt hat. Unübersehbar ist die Zahl christlicher Friedenswochen und Friedensbekundungen kirchlicher Kreise, die insbesondere auf die Unterstützung des Krefelder Appells gerichtet ist. Zur Unterstützung des Krefelder Appells rief die amerikanische Kommunistin Angela Davis auf der Moorweide vor 15 000 Teilnehmern auf. Mit dem Megaphon vom Balkon des DGB-Hauses am Karl-Legien-Platz forderte dazu auch General a. D. Bastian auf.

Das Thema Frieden und Abrüstung stand jedoch nicht nur bei den spektakulären Veranstaltungen wie etwa der mit Rüstungsminister Apel im Mittelpunkt. Bei Bibelveranstaltungen und Gottesdiensten war Frieden das meistgebrauchte Wort. Zehntausende trugen das Abzeichen mit der Losung „Fürchtet euch – der Atomtod bedroht uns alle – wehrt euch!" Das Friedensthema war auch das Motto beim Kinderkirchentag, an dem ca. 20 000 Kinder teilnahmen.

Die Bedeutung des Hamburger Kirchentages besteht vor allem darin, daß seine moralisch-politische Wirkung zu einem weiteren Aufschwung des Friedenskampfes in der Bundesrepublik beitragen wird. Er wird nachhaltige Impulse für die Vorbereitung und Durchführung auch des Antikriegstages am 1. September auslösen. Nach diesem Kirchentag dürfte sich auch in den Gewerkschaften jetzt verstärkt die Frage stellen, ob die organisierte Arbeiterbewegung hinter dem zurückbleiben darf, was in Hamburg so eindrucksvoll und leidenschaftlich für die Sache der Erhaltung des Friedens bekundet und demonstriert wurde.

Neben den spektakulären Höhepunkten des Kirchentages gab es auch eine Reihe nicht minder interessanter Veranstaltungen, die sich mit der Situation der Arbeiter und Angestellten, mit Problemen veränderter Arbeitsbedingungen beschäftigten. So war eine Dauerdiskussionsrunde mit wechselnden Teilnehmern und Inhalten vom „Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt" in Zusammenarbeit mit einzelnen Gewerkschaften organisiert worden. Die Themen lauteten: „Schafft Rüstung Arbeitsplätze?", „Arbeitsmedizinische Aspekte der Nacht- und Schichtarbeit", „Soziale und seelische Belastung durch Arbeitslosigkeit", „Gleiches Recht für alle – auch beim Lohn", „Jugendarbeitslosigkeit – und kein Ende" sowie Themen zur Ausländerproblematik.

Eine Reihe von Betriebsbesichtigungen im Hamburger Hafen, bei der Deutschen Bank, bei einem Großpostamt und eine Betriebsversammlung bei MAN mit Bischof Lohse und dem DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter ergänzten das Programm zur Arbeitswelt.

H. A./a. p.

Geburtstagsfeier

Herausgeber, Redakteure und Mitarbeiter hatten für den 11. Juni zu einer kleinen Feierstunde aus Anlaß des 20. Jahrestages der Gründung der NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik geladen. Werner Petschick, verantwortlicher Redakteur, konnte unter den etwa 100 Gästen, die sich im Willi-Richter-Saal des Frankfurter Gewerkschaftshauses versammelt hatten, Leser unserer Zeitschrift, Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte begrüßen. Darunter auch Vertreter des DGB-Kreises Frankfurt und des Landesbezirks Hessen sowie von Einzelgewerkschaften.

Unter den Anwesenden, Vertretern befreundeter Verlage und Redaktionen, Parteienvertretern, ehemaligen und jetzigen Verlagsmitarbeitern und Autoren, galt der besondere Gruß und Dank dem Gründer und Vater des Jubilars, dem ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Holz, Heinz Seeger. Dessen Initiative und reichem Erfahrungsschatz aus der Zeit der Gewerkschaftsbewegung vor 1933, der Verfolgung in der Nacht des Faschismus und schließlich als Gewerkschafter der ersten Stunde ist die Herausgabe und Entwicklung einer Zeitschrift zu verdanken, die die Aufgabe hat, jene Gewerkschafter zu unterstützen, die sich an den Interessen des arbeitenden Volkes orientieren und sich einer Sozialpartnerschaft der Gewerkschaften mit dem Kapital widersetzen.

Von seinen Beweggründen für die Herausgabe der NACHRICHTEN und ihre auch heute wichtigste Aufgabe, zum Erhalt der Entspannungspolitik und des Friedens beizutragen, sprach anschließend Heinz Seeger. Er betonte, auch künftig die Einheitsgewerkschaft ständig neu zu verteidigen. Geburtstagsgrüße überbrachten Heinz Jung vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Ludwig Müller für den Parteivorstand der DKP, Ingrid Schuster, aktive Gewerkschaftsfunktionärin, im Namen der antifaschistischen Wochenzeitschrift „die tat", Manfred Balder, 2. Landesvorsitzender der IG Druck und Papier, und ein Leser der ersten Stunde, Emil Schmidt, verdienter Arbeiter- und Gewerkschaftsveteran.

Weitere Leser und Freunde der NACHRICHTEN, denen es wegen anderer Verpflichtungen nicht möglich war, zu kommen, hatten ihre Glückwünsche zum Geburtstag schriftlich übermittelt. Unter ihnen der schon kranke und kürzlich verstorbene ehemalige Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Willi Bleicher, der als kritischer Leser die NACHRICHTEN aufmerksam verfolgte. Nach den Ansprachen und den guten Wünschen, für die wir uns nochmals herzlich bedanken, galt der weitere Verlauf des Abends – bei kaltem Buffet, Wein und Gitarrenklängen – ganz der geselligen Unterhaltung. B. K.

Dritte Etappe des Sozialabbaus: „Katalog der Grausamkeiten"

Die Bundesrepublik befindet sich in der dritten Etappe eines umfassenden Sozialabbaus. Die erste Etappe war geprägt vor allem durch die mit den Haushaltsstrukturgesetzen 1976 bei einer Vielzahl von Sozialleistungen erfolgten Einschränkungen. Mit dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz, den 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzen und den 9. und 10. KOV-Anpassungsgesetzen sind in der zweiten Etappe besonders im Bereich der Kranken- und Rentenversicherung und der Versorgung der Kriegs- und Wehrdienstopfer rigorose Eingriffe erfolgt. Seit der vorjährigen Bundestagswahl aber gibt es kaum einen sozialen Bereich, in dem keine Verschlechterungen erfolgten oder vorbereitet werden.

„Sozialabbau – und kein Ende", könnte man kurz und treffend die sozialpolitische Situation und die Perspektiven charakterisieren. Seit Monaten vergeht kein Tag ohne Meldungen über Maßnahmen und Pläne zur Einschränkung der von den Arbeitern und Angestellten und ihren Gewerkschaften in Jahrzehnten erarbeiteten und erkämpften sozialen Rechte und Leistungen. Eine vollständige Übersicht aller Rotstift-Maßnahmen ist im Rahmen dieses Artikels unmöglich. Wieder einmal muß angeblicher „Mißbrauch" zur Begründung von Sozialdemontagen herhalten.

Nichts ist mehr sicher

Mehrfach wurden im Bundeshaushalt 1981 Umschichtungen vorgenommen, um auf Kosten der Sozialausgaben die im Apel-Etat durch die forcierte Hochrüstung entstandenen Löcher zu stopfen. Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 1982 aber sind weitere Streichungen bei den Sozialausgaben angekündigt. In Bonn wurde von einem „Katalog der Grausamkeiten" gesprochen. Nichts ist mehr sicher!

Mit der anhaltend hohen Teuerungsrate von gegenwärtig 5,6 Prozent, an der staatliche Maßnahmen (z. B. Anhebung der Mineralölsteuer und der Gebühren für öffentliche Dienstleistungen) einen erheblichen Anteil haben, der Erhöhung des Renten- und Krankenversicherungsbeitrages bei nur minimalen Steuerentlastungen zu Beginn dieses Jahres wurde und wird bei den unzureichenden Lohn- und Gehaltserhöhungen und der nur 4prozentigen Anpassung der Renten die reale Lebenslage der Arbeiter, Angestellten und Rentner verschlechtert.

Nachdem die Bundesbahn in diesem Jahr schon zweimal ihre Tarife erhöhte, zum 15. Januar um 7,9, zum 1. Juli um 6,4 Prozent, will die Bundespost das Porto sogar um durchschnittlich 30 Prozent verteuern. Mit der Streichung der Vergünstigungen bei der Mineralölsteuer für schienengebundene Fahrzeuge und den öffentlichen Nahverkehr werden die Verkehrstarife weiter steigen. Um 18 Pfennig soll der in diesem Jahr schon mehrfach erhöhte Benzinpreis erneut verteuert werden, wenn die Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer umgelegt wird.

Vor allem in den Ballungszentren wächst die Wohnungsnot. Die Mieten auch im öffentlich geförderten Wohnungsbau sind längst keine Sozialmieten mehr. Doch der soziale Mietwohnungsbau soll nicht, wie es die Gewerkschaften fordern, verstärkt gefördert, sondern statt dessen mit der „Staffelmiete", der „Fehlbelegungsabgabe" und Erleichterung des Mieterhöhungsverfahrens durch Mietspiegel und verkürzte Fristen die Mieteninflation weiter angeheizt werden.

Mit 1,1 Millionen war die Zahl der registrierten Arbeitslosen Ende Mai 40 Prozent höher als vor einem Jahr, höher als jemals im Mai seit Anfang der 50er Jahre. Doch statt der vom DGB geforderten wirksamen Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit soll die soziale Sicherung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter verschlechtert, zugleich aber der Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung von 3 auf 4 Prozent erhöht werden. Zur Disposition steht u. a. die Kürzung des Arbeitslosengeldes von jetzt maximal 68 auf nur noch 60 Prozent des Nettoverdienstes, eine Verlängerung der Sperrzeiten, die Begrenzung der Lohnfortzahlung und die Beseitigung angeblicher steuerrechtlicher Vorteile für Arbeitslose.

Mit fast 83 000 hat die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter Ende Mai einen neuen Höchststand erreicht. Aber auch hier soll keine der von den Gewerkschaften und Behindertenverbänden geforderten Maßnahmen zur vollen Durchsetzung der gesetzlichen Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte in Angriff genommen werden. Das Bundeskabinett hat vielmehr – im Internationalen Jahr der Behinderten – beschlossen, 525 Millionen DM bei der beruflichen Rehabilitation für Behinderte durch die Bundesanstalt für Arbeit einzusparen. Zugleich gibt es Überlegungen und Vorbereitungen dafür, die Kriterien für die Anerkennung als Schwerbehinderter zu verschärfen.

Um ein halbes Jahr verschoben wurde die dringend notwendige Verbesserung der unzureichenden Bundesausbildungsförderung. Zur Disposition stehen jetzt noch weitere Einschränkungen beim BAFöG, wie auch – bei steigenden Mieten – beim Wohngeld. Für eine Verschlechterung des Kindergeldes gibt es gleich mehrere Varianten: Völlige Streichung des nur 50 DM betragenden Erstkindergeldes oder bzw. und des Kindergeldes für über 18 Jahre alte, in der Ausbildung befindliche Kinder oder bzw. und Einführung einer Einkommensgrenze für das Kindergeld.

Auch Rentner sollen „bluten"

Für 1981 wurden 3,5 Milliarden DM der gesetzlichen Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung, die für die finanzielle Sicherung der Reform der Hinterbliebenensicherung eingeplant waren, einfach gestrichen. Ob dennoch die Teilhaberente, die ab 1985 die Witwen- und Witwerrente ablösen soll, 70 Prozent der gesamten Rentenanwartschaften beider Ehepartner betragen soll, wie das von allen Bundestagsparteien vor der Wahl versprochen wurde, ist noch nicht sicher, obwohl selbst dann für 49 Prozent der Frauen, die jetzt Anspruch auf eigene und Witwenrente haben, die Gesamtversorgung geringer wird! Festgelegt aber ist im Rentenanpassungsgesetz 1982 der Einstieg in den Krankenversicherungsbeitrag der Rentner ab Januar 1983. Bundesarbeitsminister Ehrenberg hat zusätzlich vorgeschlagen, die Voraussetzungen für das vorgezogene Altersruhegeld zu verschärfen, und Bundesfinanzminister Matthöfer hat die Berufung einer Kommission angekündigt, die Vorschläge zur Besteuerung der Renten und Pensionen erarbeiten soll.

Wie bei der Hochrüstung, sind sich Bundesregierung und CDU/CSU auch grundsätzlich darin einig, daß weitere Einschränkungen im sozialen Leistungsrecht erfolgen sollen. Dieser antisoziale Kurs liegt voll auf der Linie der Unternehmerverbände und ihrer Institute. Auch der diesjährige Ärztetag ist auf diesen Kurs eingestiegen und kreierte das alte Unternehmer-Modell der Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten und redete einer weiteren Steigerung des Krankenversicherungsbeitrages das Wort. Der Bundesverband Junger Unternehmer aber forderte eine Kürzung der Lohn- und Gehaltsfortzahlung bei Krankheit um 20 Prozent, natürlich für die Arbeiter und Angestellten, nicht für die Manager.

Wenn nicht noch mehr von dem, was in den vergangenen Jahrzehnten an sozialer Absicherung erreicht wurde, verlorengehen soll, ist energisches Handeln das Gebot der Stunde. Nicht die „Begehrlichkeit" oder das „Anspruchsdenken" der Arbeiter, Angestellten und Rentner sind die Ursache für die Misere in den öffentlichen Haushalten, sondern die Hochrüstung, die kapitalistische Wirtschaftskrise und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit.

Mit durchschnittlich 38,4 Prozent Steuern und SV-Abgaben zahlen die Arbeiter und Angestellten wahrhaftig genug für ihre soziale Sicherung. Und die Bundesrepublik ist trotz Wirtschafts- und Finanzkrise immer noch ein reiches Land. Doch wieder einmal sollen nicht die Millionäre, die Bank- und Konzernherren, Minister und Abgeordnete, sondern die Millionen die Zeche einer verfehlten Politik zahlen. Die richtige Antwort haben darauf die Studenten mit der machtvollen Demonstration der 40 000 in Bonn gegeben. Der Reichsbund, dessen 1. Bundesvorsitzender Hermann Meyer vor der „schwersten Gefährdung unseres Systems der sozialen Sicherung seit der Gründung der Bundesrepublik" warnte, hat unter dem Motto „Wehret den Anfängen – gegen sozialen Abbau!" eine Welle von mehr als 100 Warn- und Protestveranstaltungen gestartet. Der Bundesausschuß des DGB hat erklärt, „daß er sich kompromißlos gegen alle Bestrebungen zur Wehr setzt, die das für die Existenz der Arbeitnehmer unverzichtbare System sozialer Sicherheit beeinträchtigen".

Arthur Böpple

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

BVerfG: Kein Zutrittsrecht der ÖTV

Das Bundesverfassungsgericht hat wieder einmal überdeutlich gezeigt, welchen Interessen es dient und auf welcher Seite es steht: In einer Entscheidung Mitte Juni wurde das Zugangsrecht der Gewerkschaften zu kirchlichen Einrichtungen bestritten und ein gegenteiliges Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 14. Februar 1978 aufgehoben (siehe S. 3).

Mit über 500 000 Mitarbeitern sind die Kirchen nach dem öffentlichen Dienst der zweitgrößte Arbeitgeber überhaupt in der Bundesrepublik. Seit einigen Jahren erkennen die Beschäftigten der kirchlichen Einrichtungen verstärkt, daß auch sie keine grundsätzlich anderen Interessen als die Arbeiter und Angestellten in anderen Bereichen haben. Ob es sich um einen staatlichen oder einen kirchlichen Kindergarten, ein staatliches oder ein konfessionelles Krankenhaus handelt, überall wird rationalisiert, werden zunehmend Gelder für Sozialleistungen eingespart, wird der Druck auf die Arbeitsleistungen und das Verhalten der Mitarbeiter stärker. Mit einem Wort, die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisierung wird immer deutlicher.

Man schätzt, daß gegenwärtig rund 5 bis 10 Prozent dieser Beschäftigten organisiert sind. Nun fürchten jedoch Kirchen und kirchliche Einrichtungen die Gewerkschaften mehr als der vielzitierte Teufel das Weihwasser. Ihre Versuche, die weitere gewerkschaftliche Organisierung zu verhindern, sind nicht mehr zu zählen, sie reichen von Druck und Kündigung bis zur strikten Ablehnung jeder gewerkschaftlichen Aktivität in ihren Einrichtungen.

Im Februar 1978 hatte das Bundesarbeitsgericht grundsätzlich entschieden, daß auch in kirchlichen Einrichtungen ein allgemeines Zugangsrecht der Gewerkschaften für betriebsfremde Gewerkschaftsangehörige nach Art. 9 Abs. 3 GG besteht. In der Entscheidung heißt es: „Schließlich ist dem LAG darin zu folgen, daß das sich aus Art. 9 Abs. 3 GG ergebende Recht der Gewerkschaften, in Betrieben durch nicht betriebsangehörige Beauftragte ihre Mitglieder zu informieren und zu betreuen, sowie neue Mitglieder unter den Arbeitnehmern des Betriebes zu werben, auch gegenüber der Beklagten als einer karitativen Einrichtung der Kirche besteht ... Das im Grundgesetz garantierte Recht auf Glaubensfreiheit und das Recht der Religionsgemeinschaften, ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten und zu ordnen, bedeutet aber nicht, daß die Kirchen in jeder Hinsicht außerhalb der Verfassung und der Gesellschaftsordnung stehen. Sie haben das Grundgesetz und die für alle geltenden Gesetze zu beachten, wenn sie sich für die Regelung ihrer Angelegenheiten in weltlicher Weise weltlicher Mittel bedienen, wie es z. B. bei der Regelung arbeitsvertraglicher Vereinbarungen der Fall ist. Deshalb ist dem LAG darin beizupflichten, daß die Kirchen an das trotz ihrer Autonomie für alle geltende Arbeitsrecht gebunden und sie deshalb zur Beachtung des Grundgesetzes verpflichtet sind, wenn sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben Menschen in abhängiger Stellung als Arbeitnehmer beschäftigen. Das gilt auch dann, wenn die Tätigkeit in der Bindung an den übergeordneten Auftrag der Kirche ausgeübt wird."

Wie schafft es das Bundesverfassungsgericht, die klare, verfassungsrechtliche Garantie der Gewerkschaften nach Art. 9 Abs. 3 GG zu verneinen? Nach den Vorberichten der Presse geschieht dies durch eine einschränkende Auslegung des Art. 9 Abs. 3 GG. Und das kann leider auch für alle anderen Arbeiter und Angestellte böse Konsequenzen haben. Nach Art. 140 GG gilt für die Kirchen Art. 137 der Weimarer Verfassung weiter. Art. 137 Abs. 3 Weimarer Verfassung lautet: „Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes."

Ein solches „für alle geltende Gesetz" existiere – so das Bundesverfassungsgericht – für das Zugangsrecht der Gewerkschaften nicht. Auch Art. 9 Abs. 3 GG komme dafür nicht in Frage, denn dadurch sei eine gewerkschaftliche Betätigung nur insoweit gewährleistet, „als diese für die Erhaltung und Sicherung des Koalitionsrechts als unerläßlich betrachtet werden müsse". Wenn jedoch die Gewerkschaften bereits Mitglieder in einer kirchlichen Einrichtung hätten, könnten sie ja ihre Information und Werbung durch diese Mitglieder durchführen, ihr Koalitionsrecht sei also nicht gefährdet, wenn betriebsfremde Gewerkschaftsangehörige kein Zugangsrecht hätten. Außerdem unterliege das Recht der Gewerkschaften, sich in Betrieben durch Werbung und Information zu betätigen, ohnehin „Schranken und könne nicht ohne Rücksicht auf Rechte und Interessen anderer ausgeübt werden".

Man muß sich bei dieser Entscheidung vor Augen halten, daß das Betriebsverfassungsgesetz in § 118 Abs. 2 „Religionsgemeinschaften und ihre karitativen und erzieherischen Einrichtungen unbeschadet deren Rechtsform" ausdrücklich vom Anwendungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes ausnimmt. Liquidiert man auch das Zugangsrecht der Gewerkschaften zu Informations- und Werbezwecken, so kann das nur dem Ziel dienen, einer großen und wichtigen Gruppe von Arbeitern und Angestellten das Recht auf Interessenvertretung und gewerkschaftliche Betätigung faktisch abzusprechen. Denn was es bedeutet, wenn nur Betriebsangehörige werben dürfen, wurde in der Zeitschrift „Arbeit und Recht", der den Gewerkschaften nahestehenden Fachzeitschrift für Arbeitsrecht, so zum Ausdruck gebracht (Prof. Naendrup, Kirchenbezogene Aspekte der Zutritts- und Informationsrechte von Gewerkschaften, Sonderheft „Kirche und Arbeitsrecht", 1979, Seite 37 ff.): „In kirchlichen Einrichtungen ohne organisierte Dienstnehmer könnte überhaupt nicht geworben werden. In anderen Einrichtungen würde die Möglichkeit eröffnet, sich betätigende Arbeitnehmer mit vertragsrechtlichen Sanktionen zur Rechenschaft zu ziehen. Beide Ergebnisse widersprechen der Koalitionsfreiheitsgarantie."

Florett

Fünfeinhalb Jahre Gefängnis für Singen der Internationale

„Gefängnis für Gesang" war die Überschrift eines Artikels in der Frankfurter Rundschau am 22. Juni 1981. Weil Mitglieder der Gewerkschaft Maden-Is (Metallgewerkschaft in DISK) auf ihrem Kongreß im Dezember 1979 die „Internationale" gesungen hatten, wurden jetzt 13 Kollegen vom Militärgericht in Istanbul zu je fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde über sie ein zweiundzwanzigmonatiger Hausarrest und der lebenslange Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verhängt.

Dieses Urteil wirft ein deuliches Licht auf die aktuelle Situation der Gewerkschaftsorganisationen und ihrer Mitglieder in der Türkei. Die Gewerkschaften sind verboten, ihr Vermögen ist beschlagnahmt, mehrere tausend Kollegen sind verhaftet, ihnen drohen schwere Strafen einschließlich der Todesstrafe, es wird gefoltert.

In einer Entschließung des 25. Weltkongresses des IMB vom Mai 1981 wird gesagt, daß die massiven Verletzungen von Menschen- und Gewerkschaftsrechten mit unveränderter Intensität fortgesetzt werden. Man muß allerdings sehen, daß sich der Hauptstoß der Militärregierung gegen die fortschrittlichen Gewerkschaften richtet, und zwar vornehmlich gegen die Mitgliedsverbände von DISK (Fortschrittliche Gewerkschaftskonföderation). In der Entschließung des IMB-Kongresses wird kritisiert, daß der Gewerkschaftsbund Türk-Is, dem die beiden IMB-Mitgliedsverbände angehören, bisher kein Wort der Kritik an der Militärjunta geäußert hat, „sondern im Gegenteil durch seinen Generalsekretär, dem der Posten des Ministers für soziale Angelegenheiten übertragen wurde, am Militärregime beteiligt ist".

Der IMB wiederholt seine Verurteilung der Militärdiktatur und fordert die türkischen Mitgliedsverbände auf, sich für die Wiedereinsetzung der Gewerkschaftsrechte und die Entlassung aller inhaftierten Gewerkschafter einzusetzen. Außerdem wurde beschlossen, der Internationalen Arbeitsorganisation eine Klage gegen die türkische Regierung zu übermitteln.

Im Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Protestes und der gewerkschaftlichen Solidarität steht der seit dem 22. April stattfindende Prozeß gegen DISK. Der IBFG und der EGB haben schärfstens gegen diesen Prozeß protestiert. Noch ist ungeklärt, ob der Prozeß weiter beim Arbeitsgericht verhandelt wird oder einem Kriegsgericht übergeben wird. Die Anklage vertritt die Position, daß die Anschuldigungen Vergehen gegen das Kriegsrecht sind.

Die neueste Information, die uns zugänglich war, ist der Bericht des stellvertretenden Generalsekretärs des EGB, der sich vom 18. bis zum 22. April inoffiziell in der Türkei aufhielt. Der Besuch wurde ohne vorherige Ankündigung in der Presse und ohne Benachrichtigung der Behörden durchgeführt. In dem Bericht heißt es: „Fast jeder Hauptamtliche der DISK sitzt im Gefängnis, versteckt sich oder hat das Exil gewählt ... Die Regierung hat drei Kuratorien beauftragt, sich um das Vermögen und die Einkünfte der DISK zu kümmern ... Das in der Türkei übliche System des direkten Abzugs der Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn ist beibehalten worden, die Arbeitgeber ziehen also diese Beiträge nach wie vor ab und überweisen sie den DISK-Kuratoren. Von diesem Geld, das auf Sperrkonten in der Staatsbank deponiert ist, nimmt man allgemein an, daß es früher oder später in den Institutionen der Streitkräfte auftaucht ... Der Prozeß, der am 22. April begann, zielt darauf ab, die DISK endgültig aufzulösen."

Die gegen die Gefangenen erhobenen Beschuldigungen sind noch nicht veröffentlicht worden. Erwartet werden Verstöße gegen die Artikel 146 und 141 des Strafgesetzbuches, Artikel 1402 des Kriegsrechts, gegen Artikel des Gewerkschaftsgesetzes und Artikel der gesetzlichen Bestimmungen über Streiks und Arbeitskonflikte. Auf Verstoß gegen Artikel 146 des Strafgesetzbuches steht die Todesstrafe. Artikel 146: „Zum Tode wird verurteilt, wer mit Gewalt versucht, das Grundgesetz der türkischen Republik teilweise oder ganz zu verändern ..."

Die erwähnten Anklagepunkte werden gegen den DISK-Vorsitzenden Abdullah Bastürk vorgebracht. Ihm war es möglich, zu Prozeßbeginn eine beeindruckende politische Erklärung abzugeben. Er weist nach, daß der Prozeß nicht aus rechtlichen Erwägungen geführt wird, sondern daß es allein ein politischer Prozeß ist. „Diese Anklage zielt in der Tat nicht nur auf die Auflösung und Ausschaltung der DISK ab. Wesentliches Ziel dieser Anklage ist es, der demokratischen Klassen- und Massengewerkschaftsbewegung, die sich in der Türkei unter der Führung der DISK und gegen die gelbe Gewerkschaftsbewegung entwickelt hat, ein Ende zu setzen."

Ute Jochimsen

Todesstrafe droht 52 Gewerkschaftern

Gegen den Vorsitzenden des von der türkischen Militär-Junta verbotenen Fortschrittlichen Gewerkschaftsbundes DISK, Abdullah Bastürk, und 51 weitere führende Gewerkschaftsfunktionäre, hat ein Militärgericht in Istanbul am 25. Juni die Todesstrafe beantragt. Die 52 Gewerkschafter werden beschuldigt, eine Verschwörung angezettelt zu haben. Vor dem Gericht erklärte Bastürk, daß seine Gewerkschaft „Anarchie und Terror auf unmißverständliche Weise" ablehne. Gegen 2000 weitere DISK-Mitglieder kündigte der Vertreter der Anklage ebenfalls Prozesse an.

Gäste bei der HBV: SU-Gewerkschafterinnen

Auf Einladung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) nahm eine fünfköpfige Delegation der Gewerkschaft des Handels und der Konsumgenossenschaften der Sowjetunion unter Leitung der Gewerkschaftsvorsitzenden Olga Bogatscheva vom 15. bis 20. Juni an einem gemeinsamen Seminar in Düsseldorf teil. Das Thema: „Die Lage der Frauen in den Handelsberufen".

Zur Eröffnung des Treffens – es war übrigens das fünfte von Delegationen beider Gewerkschaften während der letzten neun Jahre – begrüßte HBV-Vorsitzender Günter Volkmar, daß mit diesem Seminar eine Verbreiterung und Vertiefung des praktischen Erfahrungsaustausches zwischen den Organisationen beider Länder erreicht wird.

Im Rahmen des Seminars, an dem neben Betriebsräten aus Handelsgroßunternehmen auch die stellvertretende Vorsitzende des HBV-Landesbezirks Bayern, Renate Schmidt, teilnahm, wurden mehrere Warenhäuser besucht und Gespräche mit Betriebsräten und Unternehmensleitungen geführt.

Mit der Weiterführung der Zusammenarbeit in konkreten Sachfragen zum Nutzen der Millionen Handelsbeschäftigten in beiden Ländern will die HBV, wie ihr Vorsitzender Günter Volkmar erklärte, einen Beitrag zur Verbesserung des Verständnisses zwischen den Menschen in beiden Ländern und zur internationalen Verständigung leisten.

Gewerkschaften im Ostseeraum engagieren sich für Abrüstung

Nach einjähriger Pause fand in Binz auf Rügen/DDR wieder eine „Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands" statt. Es war die 23. Konferenz, die in traditioneller Weise Gewerkschafter aus sieben Ostseeländern, Norwegen und Island zusammenführte, um über aktuelle Fragen gewerkschaftlichen Wirkens zu beraten. Im Mittelpunkt stand die Frage, welchen Beitrag die Gewerkschaften im Norden Europas zur Beendigung des Rüstungswettlaufs leisten können.

„Wir werden alle Anstrengungen unternehmen", heißt es in der gemeinsamen Erklärung der rund 300 Delegierten und Teilnehmer, „den Folgen der Krise und dem Rüstungswahn Einhalt zu gebieten. Die Schlußakte von Helsinki in allen ihren Teilen muß bestimmend für die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten sein. Von der Nachfolgekonferenz der KSZE in Madrid erwarten die Völker Europas positive Ergebnisse. Wir unterstützen deshalb alle Vorschläge, die darauf gerichtet sind, das Klima auf dem europäischen Kontinent zu entspannen."

Die Konferenz forderte von den Gewerkschaften eine „Vertiefung des Meinungsaustausches über soziale und ökonomische Aspekte der Abrüstung mit dem Ziel, eine Weltkonferenz der Gewerkschaften zu diesem Thema durchzuführen und das Engagement der Gewerkschaften im Friedenskampf zu erhöhen". Diese Thematik spielte in Referaten und Diskussionsbeiträgen im Plenum und in einem der drei Arbeitsgruppen die Hauptrolle.

In den anderen Arbeitsgruppen diskutierte man über „Auswirkungen moderner Technik und Technologien auf das Arbeitsleben" sowie über „Gewerkschaften und sozialer Fortschritt". Dabei gab die Behandlung der Themen aus der Sicht der beiden Systeme, des kapitalistischen und des sozialistischen, der Diskussion einen besonders informativen und interessanten Charakter.

In allen Delegationen und Teilnehmergruppen war die Meinung einhellig, daß diese 23. Arbeiterkonferenz gerade richtig zu einem Zeitpunkt stattfand, an dem die politische Situation in Europa so gefährlich und gespannt ist wie selten zuvor. Darum sei der gewerkschaftliche Einsatz für die Friedenssicherung als Grundlage allen gewerkschaftlichen Wirkens so außerordentlich dringlich. Diese Aussage prägte auch das Hauptreferat des Vorsitzenden des Ständigen Komitees der Arbeiterkonferenz, Heinz Hanns, zugleich Vorsitzender des Bezirks Rostock des FDGB.

Sehr aufmerksam verfolgten auch die Teilnehmer der Arbeitsgruppe das Einleitungsreferat von Harald Oeveraas, dem Vorsitzenden des Arbeitsmannverbandes Norwegens. Warnend sagte er: „Es ist ein ganz unsinniger Gedanke anzunehmen, daß das Atomwaffenarsenal immer nur größer wird und sich von Land zu Land verbreitet, ohne daß es jemals gebraucht wird oder daß niemals technische Fehler oder menschliche Fehleinschätzungen eintreffen, die eine kernphysische Götterdämmerung auslösen."

Deshalb hätten auch die norwegischen Gewerkschaften auf ihrem Bundeskongreß im Mai die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone gefordert, die Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland umfaßt. Die Gewerkschaftsbewegung könne und müsse mehr tun als Resolutionen gegen den Rüstungswettlauf zu beschließen. Sie müßten mit vielfältigen Aktivitäten und Aktionen vorangehen, um vom „Weg des Wahnsinns und der Vernichtung" herunterzukommen.

Für die 30 Teilnehmer aus der Bundesrepublik, die sich im Plenum und in den Arbeitsgruppen lebhaft an der Diskussion beteiligten, war der Aufenthalt vom 27. bis 31. Mai in Binz sehr informativ und interessant. Dafür sorgten sowohl die Betriebsbesuche und zweiseitigen Treffen mit Gewerkschaftern anderer Länder als auch das kulturelle Begleitprogramm.

Allgemein wurde der Wunsch geäußert, daß sich an den kommenden Konferenzen der DGB mit seinen Gewerkschaften offiziell beteiligen möge. Das Anliegen der Arbeiterkonferenzen sei so wichtig und so gewerkschaftsbezogen, daß die Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik nicht länger abseits bleiben dürfe.

Die Teilnehmer wählten abschließend die Mitglieder des Ständigen Komitees, in dem alle neun an den Arbeiterkonferenzen beteiligten Länder vertreten sind. Die 24. Konferenz wird 1983 stattfinden.

Gerd Siebert

IUL-Kongreß

Auf dem 19. Kongreß der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeitergewerkschaft (IUL) vom 28. bis 31. Mai 1981 in München wurde Günter Döding, der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten, zum Präsidenten gewählt.

Der Kongreß stellte in seinen Entschließungen fest, daß die transnationalen Unternehmen aufgrund fortschreitender Konzentration und wirtschaftlicher Machtzusammenballung zunehmend an Bedeutung gewinnen. Sie hätten wachsenden Einfluß auf die internationalen Handels- und Kapitalströme, auf Rohstoffangebote und Preise. Mit ihren weltumspannenden Aktivitäten beeinflußten sie nicht allein die Wirtschaftspolitik, sondern auch das sozial- und gesellschaftspolitische Geschehen der Länder, in denen sie tätig sind.

Hauptaufgabe der IUL müsse es ein, beizutragen, daß die wesentlichen Gewerkschaftsrechte und -freiheiten auf die größtmögliche Anzahl von Ländern ausgedehnt werden und dort zu verteidigen seien, wo sie bedroht sind. Einsatz der traditionellen Aktionsmittel, wie Streik und Boykott, öffentliche Kontrolle, Erweiterung der Kollektivrechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, neue zusätzliche rechtsverbindliche Regelungen gegen die Transnationalen, werden gefordert. Die Zielsetzung, in den Entwicklungsländern, die Steigerung der Binnenkaufkraft durchzusetzen, weil nur so die Konsummöglichkeiten verbessert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, ist sicherlich auch für unser Land von Bedeutung.

Zum Problem der neuen Technologien forderte der Kongreß eine Politik, die die sozialen und industriellen Auswirkungen neuer Technologien, insbesondere der Mikroelektronik, berücksichtigt. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die sozialen Probleme, die sich aus diesen Entwicklungen ergeben, zu bekämpfen. Die Einführung oder Annahme neuer Technologien müsse der gewerkschaftlichen Kontrolle unterstehen. Insbesondere sollten Beratungen mit den betroffenen Mitgliedern durchgeführt werden. Die IUL macht darauf aufmerksam, daß die Ernährungssituation sich verschlechtere. Durch die Ausbreitung der transnationalen Unternehmen werde das Gleichgewicht des Nahrungsmittelanbaus zugunsten von Exporterzeugnissen zerstört.

Alle Mitgliedsverbände werden von der IUL aufgefordert, sich für ein positives Vorgehen für den Frieden und die Abrüstung einzusetzen. Dafür müßten die Mitglieder in allen Teilen der Welt vorbereitet werden.

H. Sch.

Rebhahns Solidarnosc – Aktivitäten

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) und insbesondere dessen Generalsekretär Herman Rebhahn wenden einen großen Teil ihrer Mittel und Zeit auf, um die polnische Gewerkschaft Solidarnosc zu unterstützen. Dabei gehört diese Gewerkschaft weder dem IMB noch dem IBFG an. Sie ist auch nicht nach dem Industrieverbandsprinzip organisiert. Vor dem IMB-Exekutivausschuß sagte Rebhahn Anfang 1981, daß er 1980 beschlossen habe, ein Mitglied des IMB-Sekretariats – sein Name wurde nicht genannt – nach Polen zu schicken. Dieser legte im Januar 1981 einen 60seitigen Bericht vor, der allen 170 Mitgliedsverbänden zugeschickt und auch ins Polnische übersetzt wurde.

Rebhahn forderte nun für Solidarnosc Dinge, über die die meisten im IMB organisierten Gewerkschaften oft nur völlig ungenügend verfügen, wie „Druckausrüstungen, Druckerschwärze, Chemikalien, Schreibmaschinen, Fotokopiergeräte, Kassettenrecorder, Papier, Heftmaschinen und Heftklammern", obwohl dem Bericht zufolge Solidarnosc „nicht knapp bei Kasse" ist. Er drängte darauf, Artikel und Bücher über Struktur und Arbeitsweisen von Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern ins Polnische zu übersetzen. Die meisten Arbeitsemigranten, auch in unserem Land, würden sich sicherlich freuen, gewerkschaftliche Materialien in ihre Muttersprache übersetzt vorzufinden. Dies erfolgt nur in ganz seltenen Fällen und dann meist nur in Kurzfassung.

Kaum war jedoch die Druckerschwärze der ersten Polen-Mission der IMB trocken, beschloß Herman Rebhan erneut, einen weiteren Bericht über Polen vorzulegen, der dann am 25. Mai, wiederum von einem namentlich nicht genannten Mitarbeiter, veröffentlicht wurde. Auch hier finden wir fast dieselben Forderungen wie beim ersten Bericht. Solidarnosc brauche „vor allem" Druckmaschinen und Büroausrüstungen, weil Druckereien Staatsmonopol seien, „das Solidarität nicht durchbrechen kann". Des weiteren wird „ein ständiger Fluß von Material" gefordert, „wenn möglich ins Polnische übersetzt". Schon jetzt weiß der IMB, daß „irgendwann" Solidarnosc „um Geldmittel für einen Sozialfonds aus dem Ausland bitten" werde.

Man darf gespannt sein, wann Rebhahn beschließen wird, die dritte Expedition nach Polen zu schicken. Viele Mitgliedsorganisationen des IMB könnten sicherlich hochzufrieden sein, wenn sie sich ebensolcher Aufmerksamkeit ihres Generalsekretärs erfreuen könnten wie Solidarnosc. Dies hätte zudem noch den Vorteil, von niemandem als Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder aufgefaßt zu werden.

H. Sch.

„Welt der Arbeit" über Lech Walesa

In der „Welt der Arbeit" vom 25. Juni wird das Buch von Jule Gatter-Klenck „Vielleicht auf Knien, aber vorwärts! Gespräche mit Lech Walesa" besprochen. Das Buch, so wird vermerkt, strotze nur so von Peinlichkeiten. Wörtlich heißt es dann: „Richtig fesselnd wird das Buch, wenn Walesa sich zu gewerkschaftlichen oder politischen Fragen äußert. Ein paar Kostproben: ‚Wir wären sehr froh, wenn alle Gewerkschaften grundsätzlich unpolitisch wären.' – ‚Wir haben die führende Rolle der kommunistischen Partei anerkannt, aber die Partei interessiert uns nicht.' – ‚Das politische System bei uns interessiert mich nicht.' – ‚Mit dem Kommunismus habe ich mich noch nicht gründlich beschäftigt.' – ‚Was die Mehrheit von mir verlangt – auch wenn es idiotisch wäre – werde ich versuchen durchzusetzen.'

Aussagen, die keine Fragen mehr offen lassen, nur die eine, wie kann ein solcher Mann Führer einer Gewerkschaft werden? Ein ganzes Buch über ihn ist völlig unnötig, die wichtigsten Aussagen von ihm auf zwei Manuskriptseiten zusammengefaßt, hätten völlig gereicht."

Gewerkschaft Kampucheas

Rund zweieinhalb Jahre sind vergangen, seit Kampuchea befreit wurde. Seit dem 7. Januar 1979 begann in dem südostasiatischen Land auch die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung unter legalen Bedingungen. Seither ist vieles erreicht worden. Aus bescheidenen Anfängen ist eine gewerkschaftliche Organisation geworden, die kürzlich auf ihrem ersten Kongreß eine positive Bilanz ziehen konnte.

Unter der Feudalherrschaft, während der Zeit der französischen Kolonial-Indochina-Epoche und der danach andauernden US-amerikanischen Einflußzeit gab es für die Arbeiter und Angestellten Kampucheas kein Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Arbeiterführer wurden festgenommen und gefangengehalten. Auch in der Phase kapitalistischer Herrschaftsbedingungen unter Sihanouk wurden die Gewerkschaften weiterhin unterdrückt. Mit dem Sieg im Befreiungskampf im April 1975 gründete sich auch die Hoffnung vieler auf eine demokratische Entwicklung, auf Frieden und Freiheit. Doch das Gegenteil war der Fall. Die herrschende Clique um Pol Pot und Yeng Sary festigte mit verbrecherischen Mitteln ihre Macht und verwandelte Kampuchea in ein Gefängnis.

Gegen die herrschenden Terrorbanden bildete sich neuer Widerstand heraus, der sich in der „Vereinigten Nationalen Front zur Rettung Kampucheas" vereinigte. Mit Hilfe der vietnamesischen Kampfgefährten des gemeinsamen Widerstandes gegen Franzosen und US-Amerikaner gelang es, das ganze Land von der blutigen Herrschaft Pol Pots zu befreien. Am 7. Januar 1979 war der letzte entscheidende Widerstand gebrochen, die „zweite Befreiung" des Landes erreicht. Seitdem sind gut zwei Jahre vergangen. Eine historisch kurze Zeit. Doch viel ist erreicht worden. Das Leben ist nach Kampuchea zurückgekehrt, nicht nur in die Hauptstadt Phnom Penh. Die restliche, überlebende Bevölkerung ist, mit internationaler Hilfe, vor dem Hungertod gerettet worden. Es wird mit Macht an der Entwicklung der Volkswirtschaft, am Aufbau des Landes, von Schulen, des Gesundheitswesens gearbeitet.

Diese nationale Wiedergeburt ging einher mit der Gründung eines nationalen Gewerkschaftsbundes, einer Organisation, die schnell auf mehrere hunderttausend Mitglieder angewachsen ist. Ihre Basis ist die sich wieder entwickelnde Landwirtschaft, das Handwerk, die langsam aufgebaute Industrie und der Bereich der staatlichen Dienstleistungen.

Die Gefahren für den jungen Staat sind jedoch noch nicht beseitigt. Vor allem mit chinesischer und US-amerikanischer Unterstützung treiben Resttruppen Pol Pots vorwiegend von thailändischem Boden aus mit Überfällen in den Grenzgebieten ihr schmutziges Geschäft. Mit dem zusätzlich starken Einfluß der EG-Staaten und auch der Bundesrepublik wird der Regierung vor der UNO weiterhin die Anerkennung verweigert, und zwar zugunsten des Pol-Pot-Regimes. In der praktischen Konsequenz hieße das, dem Volk Kampucheas zuzumuten, ein Mordregime, das bereits von ihm gestürzt wurde, erneut als rechtmäßigen Herrscher anzuerkennen.

a. p.

Nicht nur ein Frauenbuch

Frauenbewegung und revolutionäre Arbeiterbewegung; Texte zur Frauenemanzipation in Deutschland und in der BRD von 1848 bis 1980; herausgegeben und eingeleitet von Florence Hervé; Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1981, Marxistische Paperbacks, Band 100, 349 Seiten, mit Abbildungen, 21,– DM.

DAS AKTUELLE BUCH

Die Zeiten sind vorbei, als Frauenbücher Aufsehen erregten. Bücher, die sich mit den Angelegenheiten der Frauen befassen, haben inzwischen eine eigene Ecke in den Buchhandlungen. Aber es geht doch gerade darum, die Frauen nicht in eine neue Ecke zu schieben? Es geht darum, die Frauenfrage, die Frauenbewegung, eben alles, was Frauen bewegt, und auch die in Bewegung gekommenen Frauen einzubeziehen in die gesamte fortschrittliche gesellschaftliche Bewegung? Und das heißt vor allem: die arbeitenden Frauen einzubeziehen in die Arbeiterbewegung. Man findet freilich nicht mehr so viele Bücher, die auf diese Fragestellung Antworten geben.

Genau dieser Fragestellung ist das vorliegende Buch gewidmet. Daß es eine Sammlung von Texten der letzten 130 Jahre, eine Sammlung der Erfahrungen aus dieser Zeit ist, macht es um so wertvoller, als damit die Frauenbewegung von heute bewußt in die geschichtliche Entwicklung, in die Geschichte der Arbeiterbewegung hineingestellt wird, und zwar nicht nur in die nationale Geschichte und Bewegung, sondern auch in den ganzen internationalen Zusammenhang. Kurzum: Emanzipation wird hier im umfassenden Sinn sichtbar, als gesellschaftliche Befreiung der arbeitenden Menschheit, deren eine Hälfte freilich weiblich ist.

Wie wenig die Beschäftigung mit der Geschichte der Frauenbewegung etwas mit Ruckblick zu tun hat, das deutet die Herausgeberin in ihrem Vorwort an: ‚Texte zur Frauenemanzipation sind Zeugnisse der Geschichte. Sie widerspiegeln Probleme, Auseinandersetzungen und Kämpfe, Errungenschaften und Mißerfolge. Sie sind aber nicht nur Zeugnisse von etwas Vergangenem, ihre Aussagen sind für uns heute wertvoll. Für die Ausarbeitung einer Strategie zur Befreiung der Frau, für die Entwicklung der demokratischen Frauenbewegung können wir auf die damals gemachten Erfahrungen aufbauen. Diese sind übrigens oft verblüffend aktuell . . .'

Und sie sind auch erfrischend zu lesen. Vielleicht mit das Erstaunlichste beim Lesen dieser Texte ist, daß oft noch solche aus den Anfängen und nicht einmal solche, die an die Tagesaktualität heranreichen, sich gerade als die schwungvollsten, aktuellsten, unmittelbar auch uns heute betreffenden lesen. Sie greifen so z. B. die Frage auf: Wie hängt die Berufsarbeit der Frau und ihre gesellschaftliche Rolle, ihre Teilnahme an der gewerkschaftlichen und der Arbeiterbewegung zusammen?

Aber der Aspekt, daß hier Geschichte der Frauenbewegung vermittelt wird, ist in der Tat nicht so zu verstehen, daß das ganze Buch an die heutige Gegenwart nur gerade heranreichen würde. Es führt buchstäblich in die Gegenwart hinein, in dem nämlich die Texte aus dem Zeitraum nach dem zweiten Weltkrieg die Hälfte des Buches ausmachen, und davon wiederum die Hälfte umfaßt den Zeitraum von 1969 bis heute. Gerade diese zweite Hälfte des Buches – es sind die Abschnitte „IV. Im Zeichen des kalten Krieges. Kampf gegen Wiederaufrüstung und die Adenauersche Frauenpolitik 1945–1968" und „V. Demokratische Frauenbewegung im Aufschwung. Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation 1969–1981" – macht es zu einem Handbuch für wichtige Erfahrungen in aktuellen Auseinandersetzungen: so zum einen für den Kampf um Frieden und Abrüstung; zum anderen für das unterschiedliche Herangehen, aber auch für die Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns in der Frauenfrage heute durch die Gewerkschaften, die demokratische Frauenbewegung, durch – leider nur in bescheidenem Maße – die Sozialdemokratie und durch die DKP.

So umfassen die Texte aus der Gewerkschaftsbewegung von 1969–1980 mit immerhin 30 Seiten und 19 Texten schlaglichtartig nur, aber dafür übersichtlich und gedrängt die wichtigsten programmatischen und auch für die unmittelbare praktische gewerkschaftliche Frauenarbeit vorwärtsweisenden Positionen. Und nicht zuletzt der Überblick über solche Positionen, den dieses Buch vermittelt, zeigt Möglichkeiten zum wirkungsvolleren, breiter angelegten Handeln durch Aktivierung gerade der arbeitenden Frauen durch ihre gewerkschaftliche Tätigkeit.

D. N.

VERLAGSINTERNES

Dortmund, 19./20. Juni 1981: Annähernd 200 000 versammelten sich rund um die Messehallen. Sie waren gekommen zum 3. Festival der Jugend, eingeladen von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend und dem Marxistischen Studentenbund Spartakus, gemeinsam von Freitagabend bis Sonntagfrüh zu feiern, Musik zu hören, zu diskutieren, Sport zu treiben, Freunde wiederzutreffen und vieles mehr, wozu man sich ermuntert fühlte, Lust darauf hatte, es mit anderen zusammen zu machen. Neben den Diskussionsforen über die aktuellen Probleme der Jugend heute, in denen von verschiedenen Standpunkten solidarisch um gemeinsame Positionen gerungen wurde, stand vor allem das Angebot an demokratischer und fortschrittlicher Kultur im Mittelpunkt: 600 Stunden Programm an mehr als 35 Ecken und Enden des Festivalgeländes. Absoluter Höhepunkt war wohl der Auftritt der amerikanischen Bürgerrechtskämpferin Angela Davis in der langen Friedensnacht, in der sie der bundesdeutschen Friedensbewegung die Grüße des anderen, des demokratischen Amerika überbrachte. Insgesamt war es ein Fest der internationalen Solidarität und Ausdruck des Friedenswillens der Jugend.

Kein Höhepunkt des Festes, aber mit von der Partie: der Nachrichten-Verlag. Mit einem eigenen Stand im Aktionszelt der Arbeiterjugend hatten wir Gelegenheit, mit vielen Jugendlichen, darunter auch zahlreichen Angehörigen der Gewerkschaftsjugend, ins Gespräch zu kommen. Zu „Festival-Sonderpreisen" fanden viele Bücher und Broschüren einen neuen Eigentümer. Und schließlich konnten wir für unsere Zeitschrift eine ganze Reihe neuer Abonnenten gewinnen.

Um bei den Abonnements zu bleiben: Obgleich seit Jahren die Zahl der festen Leser der NACHRICHTEN zwar nie sprunghaft, aber doch kontinuierlich steigt, ist es für einen Verlag wie den unseren, der auf keinerlei Unternehmerhilfe rechnen kann, absolut notwendig, daß dieser Trend dauerhaft stabilisiert werden kann. Andernfalls müßte ein schon geringfügiger Abfall der Zuwachsraten an neuen Abonnenten bei der heutigen Inflationsrate Auswirkungen entweder auf die Qualität, den Umfang oder andererseits auf den Preis für die Zeitschrift haben.

Daher die Bitte an unsere Leser: Beteiligen Sie sich weiterhin an unserer Kampagne „NACHRICHTEN-Leser werben NACHRICHTEN-Leser". Wir sind davon überzeugt, daß gerade diejenigen, die unser Blatt ständig lesen und damit auch in Betrieb und Gewerkschaft arbeiten, doch am besten neue Leser gewinnen können. Der Werber erhält dafür ein Buch aus unserer Produktion.

jaco

D 3476 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
NACHRICHTEN-
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

0603650 N1 81.007 0039 13
FREIE UNIVERSITAET B.
VORM.OTTO-SUHR-INSTITU
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

TERMINKALENDER

- **18. Juli bis 1. August**
  12. Bundesjugendtreffen der IG Bergbau und Energie in Thalmässing-Reinwarzhofen

- **22. bis 30. August**
  2. Weltjugendtreffen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Sevilla (Spanien)

- **1. September**
  Veranstaltungen zum Antikriegstag in den DGB-Kreisen und -Landesbezirken

- **18. bis 19. September**
  Bundesarbeitstagung für Vertrauensleute der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten (Ort steht noch nicht fest)

- **27. September bis 1. Oktober**
  12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Ruhpolding

- **4. bis 10. Oktober**
  11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Travemünde

- **27. bis 29. Oktober**
  10. Bundesangestelltentag des DGB in Dortmund

- **30. bis 31. Oktober**
  Zentrale Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in Essen

- **15. bis 18. November**
  11. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Frankfurt

- **19. bis 21. November**
  11. Bundesjugendkonferenz des DGB in Willingen

- **26. bis 28. November**
  8. Zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in München

- **2. bis 3. Dezember**
  11. Beamtentag des DGB in Bonn

- **Januar und Februar 1982**
  Delegiertenkonferenzen der DGB-Landesbezirke zur Vorbereitung des 12. ordentlichen DGB-Bundeskongresses

- **10. bis 15. Februar 1982**
  10. Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) in Havanna (Kuba)

- **Januar und Februar 1982**
  Delegiertenkonferenz der DGB-Landesbezirke zur Vorbereitung des 12. ordentlichen DGB-Bundeskongresses

- **16. bis 22. Mai 1982**
  12. ordentlicher DGB-Bundeskongreß in Westberlin

Zu guter Letzt

Inquisition

Ein ganz Schlimmer muß dieser Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, sein. Ein kommunistisch orientierter Gewerkschaftsführer, Söldner einer roten Diktatur, Sympathisant der DKP. Herr Vetter von der „Frankfurter Allgemeinen" rast. Was war geschehen? Die Zeitschrift „Sowjetunion heute" hatte an vier Gewerkschaftsvorsitzende, zwei aus der Sowjetunion und zwei aus unserem Land, Mahlein und Kluncker, je 7 Fragen über den Inhalt und Perspektive der Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften beider Länder gerichtet.

Auf die Frage der Zeitschrift „Jede Gewerkschaft hat bestimmte Ergebnisse auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, der Sozialversicherung, der Mitbestimmung usw. erreicht. Es ist natürlich, daß durch die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme in vielem auch unterschiedlich an die Lösung dieser oder jener aktuellen Probleme herangegangen wird, so daß es manchmal schwer ist, Vergleiche anzustellen. Und trotzdem: Welche Erfahrungen ihrer Kollegen im jeweils anderen Land wären für ihre Gewerkschaft von Interesse?

Und nun kommt das Ungeheuerliche: Dieser Mahlein spult nicht die täglich wiederkehrende antikommunistische Litanei der FAZ ab, sondern antwortet aufgrund eigener Erfahrungen ganz sachlich u. a. folgendes: „Sicher sind die unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen immer wieder zu beachten; gewonnene Erfahrungen können nicht einfach übertragen werden. Unter Berücksichtigung dieses Tatbestandes kann man jedoch feststellen, daß die sowjetischen Kollegen auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes Vorbildliches geleistet haben; dies gilt sicher auch auf dem breiten Feld der Sozialpolitik. Insgesamt sind wohl auch die Gewerkschaftsrechte im Betrieb, in Staat und Wirtschaft ausgeprägter verankert als hierzulande."

Früher hätte man geschrien: Auf den Scheiterhaufen mit ihm. Heute liest sich das so: „Vielleicht spricht es sich auch in der Druck-Gewerkschaft einmal herum, wes Geistes Kind ihr Vorsitzender ist." Die FAZ hofft, daß jemand den Stein, den sie aufhob wirft.

Sch.

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

ISSN 0047—8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse" (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,– DM; Jahresabonnement 36,– DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:
Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103 Griesheim.
Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 30. Juni

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN-Verlags Gesellschaft mbH

Frankfurt am Main